

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... wöchentlich 25 Pf...

Vormärz

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Raumzeit...

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Im Ungewissen.

Seine tritt der Reichstag zusammen und bald wird es sich zeigen müssen, wie dieses merkwürdige Gebilde...

Noch heikler aber als die Frage des Petroleummonopols ist die Frage der berühmten Vermögenssteuer...

Nun wären die Absichten der Regierung verflucht gleichgültig, wenn nicht die Nationalliberalen so völlig unzuverlässige Patrone wären...

Wie die Entscheidung ausfallen wird, darüber haben wir allerdings kaum einen Zweifel. Ein Blick auf den Zustand der nationalliberalen Partei zeigt es...

Herrn von Bethmanns Sehnsucht wäre ja dann erfüllt, seine Sammelpolitik hätte ihr Ziel erreicht...

servativen und Merkmalen die Nationalliberalen wieder in ihre Dienstbarkeit gebracht, dann werden die Junker...

Aus Sozialdemokraten können freilich diese Treibereien völlig kalt lassen. Der Abmarsch der Nationalliberalen...

So darf man also von dieser Reichstagsession, wenn nichts anderes, so die Beendigung der Unsicherheit der politischen Situation erwarten...

Städtische Fleischverteurer.

In Kreisen der Schlächtermeister zirkuliert das Gerücht, die Regierung sei soweit von den Agrariern breitgeschlagen, daß sie die den Städten gewährten Zollvergünstigungen...

Am Sonntag werden von der Sozialdemokratie einberufene Versammlungen stattfinden, um dieser Verteuerung des Fleisches entgegenzutreten...

Die Debatte über die Wahltaktik.

In einem mehr als zweistündigen, trefflich disponierten Referate legte in der Dienstagstagung des preussischen Parteitag der Sozialdemokratie Genosse Dirsch die Grundlinien dar...

Freisinn eine Politik liberaler Ermannung treiben und statt sich von der Reaktion umgarnen zu lassen...

In der Debatte zeigte sich, daß kein einziger Redner für den bekannten Vorschlag Eisners, den Liberalismus...

Diesem Versuch, unter allerlei Manövern Presse in das von der Bundeskommission und dem Referenten empfohlene Prinzip des selbständigen Wahlvorgehens der Sozialdemokratie...

Die Unterbrechung der Friedensverhandlungen.

Die Unterbrechung der Friedensverhandlungen hat die Aussicht auf den Friedensschluß eher verbessert als verschlechtert. Einmal scheinen die Großmächte...

Adrianopel vor der Uebergabe?

Sofia, 7. Januar. Auf Verlangen des Kommandanten von Adrianopel treten heute bulgarische und türkische Kommissare zu einer Besprechung zusammen...

Die Botschafterkonferenz.

London, 7. Januar. Die Versammlung der Botschafter wird heute Nachmittag im Auswärtigen Amt zusammengetreten, um über die Lage zu beraten...

Die Vermittlungsfaktion.

Paris, 7. Januar. (S.-G.) Der „Temps“ erklärt, in der Lage zu sein, trotz des strikten Geheimnisses, das über die Verhandlungen der Völkerverkonferenz bewahrt wird, genauere Angaben über die Arbeiten der Konferenz, die am Nachmittag zusammentrat, machen zu können. Das Blatt will erfahren haben, daß seit langem über die Adrianopeler Frage Einigkeit unter den Großmächten besteht. Dies kam am 19. Dezember 1912 besonders zum Ausdruck, als die Repräsentanten der Großmächte in Konstantinopel an diesem Tage einigen der Punkte den freundschaftlichen Rat erteilten, Nachgiebigkeit an den Tag zu legen. Einige Tage später, im Laufe der Weihnachtswoche, unternahm die russische Regierung außerdem noch in Konstantinopel einen weitergehenden Schritt in dieser Richtung, indem sie bedeutend energisiertere Vorstellungen bei Koradungian und Niamil Pascha erhob. Rußland erklärte sogar, daß es fürchte, bei einer eventuellen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht mehr neutral bleiben zu können. Da aber die russische Regierung in ihrem Vorgehen von den übrigen Mächten nicht unterstützt wurde, so blieben damals ihre Bemühungen ergebnislos, obwohl die Mächte zur gleichen Zeit abermals in freundschaftlicher Form gehaltenen Vorstellungen erhoben. Auf der Basis dieser gemeinschaftlichen Vorschläge nun unterbreitete der englische Staatssekretär des Aeußern, Sir Edward Grey, am vergangenen Sonnabend den Völkerverkonferenzen in London einen Vorschlag, einen gemeinsamen Schritt bei der Pforte zu unternehmen. Dieser sollte, wie der englische Minister des Aeußern erklärte, schriftlich niedergelegt werden. Das diesbezügliche Dokument sollte sechs Paragraphen umfassen, nämlich die Adrianopeler Frage, die Inselfrage und die Kretafrage, jede einzelne in zwei Paragraphen behandelt. Als Kompensation für die Zugeständnisse der türkischen Regierung in territorialer Hinsicht sollte ihr weitgehendste finanzielle Hilfe zugesichert werden.

In dem Augenblick nun, wo Sir Edward Grey diesen Vorschlag den Völkerverkonferenzen unterbreitete, erhielt die Londoner französische Völkerverkonferenz ein Telegramm der französischen Regierung, in dem Ministerpräsident Poincaré ein dem Sinne nach dem englischen Vorschlag ähnlichen Entwurf der Völkerverkonferenz unterbreitete. Wenn auch, wie bereits betont, der englische und französische Vorschlag dem Sinne nach einander ähneln, so sind beide doch in Form und Inhalt ziemlich verschieden. Darüber nun, wie diese beiden Vorschläge am besten zu einem Ganzen vereinigt werden können, wird in der heutigen Völkerverkonferenz beraten werden.

Die Unterbrechung der Friedensverhandlungen.

London, 7. Januar. Die „Times“ vergleicht die Suspension der Friedensverhandlungen mit der üblichen Pause in einem orientalischen Handelsgeschäft. Der Augenblick sei natürlich delikater und nicht frei von Gefahren. Aber wenn die Lage auch ihr Risiko habe, so habe sie auch ihre Vorteile, und sicher wären alle Unterhändler bitter enttäuscht, wenn diese Vorteile verloren gehen sollten. Das Blatt betont, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen sind oder als abgebrochen zu betrachten seien. Der Ausdruck Suspension sei nach sorgfältiger Überlegung gewählt worden, um nicht die Mächte vor den Kopf zu stoßen. Zugleich aber wollten die Delegierten offenbar nicht heimkehren, ohne einen befriedigenden Friedensbeschluß mitzubringen. Was die Ägäischen Inseln betrifft, so hält die „Times“ ein Kompromiß für tunlich, um so mehr, als die Griechen und Türken wüßten, daß die letzte Entscheidung bei den Großmächten liegt. Dagegen hält die „Times“ einen durchaus abweisenden Beschluß der Türkei über Adrianopel für verhängnisvoll, da ein Aufschub des Friedensschlusses das größte Unheil in Armenien, Arabien und anderen Teilen Asiens herbeiführen könnte.

Der Standpunkt der Balkanstaaten.

London, 6. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hätten die verbündeten Balkanstaaten die Verhandlungen mit Rücksicht auf die unbefriedigende Antwort auf die Vorschläge ihrer Delegierten ungewisselhaft abgebrochen, wenn nicht während der letzten zwei Tage die Großmächte ihren Rat gegeben hätten. Unter diesen Umständen haben jedoch die Verbündeten den Türken Zeit gegeben, die Lage zu überlegen und ihre Stellung darzulegen. Einer der griechischen Delegierten erklärte, die Verhandlungen seien nicht abgebrochen und die Delegierten hätten nicht die Absicht, London sofort zu verlassen. Inzwischen erklärte der Delegierte weiter, werden, wie wir glauben, die Großmächte Kenntnis von dem Geschehenen nehmen, und wenn sie beschließen, irgendwelche Schritte zu unternehmen, so werden wir es bald erfahren. Der nächste Schritt für die Türken wird sein, eine neue Sitzung einzuberufen, wenn sie etwas mitzuteilen haben. Inzwischen können die Großmächte über eine Aktion Beschluß gefaßt haben, oder Adrianopel kann gefallen sein. Wenn die Türkei irgend vernünftige Vorschläge einbringt, so sind wir bereit, sie zu erörtern. Aber ihre gegenwärtigen Vorschläge sind vom Standpunkt der Verbündeten so weit entfernt, daß sie mit ihm unvereinbar sind.

In den türkischen Kreisen ist nichts darüber bekannt, wie sich die Lage jetzt entwickeln wird. Aber man ist der Ansicht, daß die Verbündeten absichtlich die Vertagung der Konferenz herbeigeführt haben in der Hoffnung, daß Adrianopel inzwischen kapitulieren werde. Dieses Vorgehen wird in den türkischen Kreisen mit großem Unwillen angesehen.

Der Wortlaut der türkischen Antwort.

London, 6. Januar. Der Text der schriftlichen Note, die in der heutigen Sitzung der Konferenz von Reschid Pascha unterbreitet worden ist, lautet folgendermaßen: In der Note, die uns die Delegierten der verbündeten Staaten im Laufe der vorigen Sitzung vorgelegt haben, haben sie die Ansicht ausgedrückt, wir hätten die Ergebnisse des Krieges nicht in Rechnung gezogen. Wir müssen darauf hinweisen, daß wir in die bedeutenden territorialen Konzeptionen, abgesehen von zwei Punkten, eingewilligt haben. Wir haben sämtliche Forderungen der verbündeten Staaten zugesprochen. Dadurch, daß die Verbündeten verlangen, in der Klausel, durch die wir die westlich vom Wilajet Adrianopel befallenen Gebiete abtraten, den Ausdruck „befreit“ durch den Ausdruck „gelesen“ zu ersetzen, haben sie selbst anerkannt, daß ein Teil des Gebiets, dessen Abtretung sie verlangen, sich augenblicklich nicht in ihren Händen befindet. Zur Weisheit Entgegenkommens haben wir uns auch dieser Forderung gefügt. Für alle diese Zugeständnisse haben uns die Verbündeten kein einziges gemacht. Wenn wir die Abtretung Adrianopels verweigern, so geschieht das unter anderem deshalb, weil sie vom Gesichtspunkt der Sicherheit Konstantinopels und der Dardanellen aus ein Ding der Unmöglichkeit ist. Außerdem müssen wir sagen, daß wir mit der festen Absicht hierhergekommen sind, einen dauerhaften Frieden zu schließen unter Bedingungen, die geeignet sind, freundschaftliche Beziehungen zu sichern und beiden Parteien nutzbringende Handelsbeziehungen zu erleichtern. Wir

sind auch heute noch bereit, über die Grenzlinie zwischen der Türkei und Bulgarien zu diskutieren, aber diese Grenze muß Adrianopel auf türkischem Gebiet belassen. Um einen neuen Beweis von unserer veröhnlichen Geistes zu geben, willigen wir ein, uns unserer Rechte auf Kreta zu begeben, wohl verstanden unter der Bedingung, daß dann von den Verbündeten die Abtretung seiner weiteren Insel im Ägäischen Meer verlangt wird. Wenn die Verbündeten trotz dieser ungeheuren Opfer dadurch, daß sie jeden Gedanken an Zugeständnisse abweisen, die Verhandlungen abbrechen wollen, so wird alle Verantwortung für die Folgen dieses Abbruchs auf sie fallen. Sollte diese Möglichkeit eintreten, dann erklären wir hiermit alle Zugeständnisse, die wir bis zum heutigen Tage gemacht haben, für null und nichtig.

Eine Anfrage im Unterhaus.

London, 7. Januar. Unterhaus. Der Liberale King fragte, ob die Mächte über den Kurs eines gemeinsamen Vorgehens für den Fall, daß die Friedenskonferenz zu keinem Aberein kommen gelangen sollte, beratschlagt und sich geeinigt hätten.

Der Staatssekretär des Aeußeren, Grey, erwiderte, die Großmächte hätten selbstverständlich dieser Frage ihre Aufmerksamkeit geschenkt, doch könne er keine ihre Ansichten oder ihren Entschluß betreffend Erklärungen veröffentlichen, es sei denn mit ihrer gemeinsamen Zustimmung. Wenn diese Bedingung erfüllt wäre, würde er bemüht sein, dem Hause sobald als möglich Aufklärung zu geben.

Armenische Wirren.

Aus Konstantinopel schreibt uns Gen. Varbus:

Koch sind die Probleme der europäischen Türkei nicht von der Tagesordnung verschwunden und schon drängen sich die Fragen der asiatischen Türkei heran. An die Stelle Mazedoniens tritt Armenien. Die Prozeduren sind dieselben — innere Unruhen, äußere Drangsalierungen —, nur scheint es, daß es diesmal in einem beschleunigten Tempo gehen soll. Wenn Rußland nicht gleich zur Annexion schreitet, so bereitet es jedenfalls zielbewußt die Annexion vor, und die tüpeltaste Politik der türkischen Regierung leistet der zarischen Diplomatie Vorschubdienste.

Die Armenier befinden sich in großen Ängsten und noch größerer Verwirrung. Sie fürchten ihre Feinde, die türkischen Feudalen, deren Uebermut von Tag zu Tag steigt; sie fürchten noch mehr ihre Beschützer, die russischen Diplomaten, und sie haben kein Vertrauen zu der türkischen Regierung, die in Konstantinopel sie mit Versprechungen überhäuft, im Lande selbst aber, im östlichen Anatolien den türkischen Feudalen Schmeichelei und ihnen freie Hand läßt.

Die Regierung hat eine Reformkommission für das östliche Anatolien geschaffen, die ein scheinbar sehr radikales Reformprogramm ausarbeitet. Aber schon die Art, wie die Reformkommission eingesetzt wurde, hat die Armenier befremdet. Statt sich an die vorhandene gewählte politische Vertretung der armenischen Nation zu wenden, hat die Regierung nach ihrem eigenen Belieben einzelne Armenier geladen und aus ihnen nebst einigen anderen Persönlichkeiten die Reformkommission gebildet. Diese absichtliche Umgehung der Volksvertretung erweckt den Eindruck, als wenn das Ganze nur darauf berechnet wäre, Europa blauen Dunst vorzumachen. Auch entbehrt offenbar die Reformaktion einer festen Grundlage; sie kann ebenso leicht umgestoßen werden, wie sie geschaffen worden ist. Vor allem aber sei die dringende praktische Frage, deren Lösung nach der Meinung der Armenier den administrativen Fragen vorangehen müsse, um die es sich handle, recht einfach, aber gerade hier verlagte die Regierung. Die Armenier verlangen, daß man ihnen erlaube, Feld- und Dorfwachen anzustellen, um Leben und Eigentum gegen die türkischen Ueberfälle zu schützen. Die Regierung möge den Dorfbewohnern die nötige Anzahl Gewehre geben. Nun widersteht sich zwar die Regierung dem keineswegs prinzipiell, aber in der Praxis verteilte sie die Gewehre gerade an die Kurden, währenddem sie den Armeniern nur ab und zu einige Gewehre gibt. Mehr noch, wenn die Armenier sich auf eigene Kosten Gewehre anschaffen, so werden diese von der Regierung eingezogen.

Denn die Regierung betrachtet die Kurden, weil sie Muselmanen sind, als das staatsverhaltende Element. Trotz der bösen Erfahrung, die man soeben mit den ja ebenfalls muslimanischen Albanern gemacht hat, geht man im östlichen Anatolien der gleichen Illusion nach. Darum also sucht die türkische Regierung sich mit den türkischen Feudalen auf freundschaftlichen Fuß zu stellen. Andererseits aber glaubt sie gerade durch den türkischen Schwaden die Armenier unterwürdig machen zu können. Unter dem Hamidischen Regime hieß es: „Holt ihr nicht, dann lassen wir euch von den Kurden massakrieren“ — jetzt wurden bloß die Worte geändert und es heißt nunmehr: „Lohnt ihr euch nicht, dann unsere Autorität zu fördern, so können wir euch nicht mehr schütten, und dann kommen die Kurden über euch.“ So wird nach wie vor mit dem Gespenst des allgemeinen Massakers operiert, mit dem Erfolg, daß täglich Mordbrennereien stattfinden.

Während am grünen Tisch papierne Reformprojekte ausgearbeitet werden, ernannt die Regierung die Familienangehörigen der türkischen Feudalen zu Walis, entläßt aus dem Gefängnis die berüchtigten türkischen Strauchritter, und die türkischen Walis veranstalten freundschaftliche Besatzungen mit den türkischen Banditen.

Da sich die Ueberfälle mehren, so setzen sich die armenischen Bauern zur Wehr. Es vergeht kaum ein Tag mehr ohne Zusammenstöße zwischen Armeniern und Kurden.

Das erleichtert offenbar das Werk der russischen Agitation unter den Armeniern. Daß die armenischen Massen sich mit Freuden von Rußland annectieren lassen würden, wird nie von allen Seiten versichert. Anders freilich ist die Bestimmung der armenischen politischen Parteien. Aus zwei Gründen besonders wäre, nach deren Meinung, die Angliederung an Rußland für die armenische Nation verhängnisvoll: einmal weil sie dann die jetzt bestehende nationale Vertretung einbüßen würde, sodann weil die zarische Regierung zum Zwecke der Russifizierung russische Bauern auf armenischem Land ansiedeln und, wie das schon jetzt in dem russischen Armenien geschieht, die armenische Bevölkerung zu verdrängen suchen würde.

Damit stimmt auch überein, daß die russische Regierung weniger die Armenier, als die Kurden zu erregen sucht. Die türkischen Feudalen werden in einer geradezu unberühmt offenen Weise von den russischen Gesandtschaften und Konsulaten gefördert, sie stehen auch meistens direkt im russischen Solde.

Nun sehe man, wie sich diese politischen Methoden ineinander verfriden! Wir wissen, daß die türkische Regierung mit den türkischen Feudalen sich gut zu stellen sucht; wenn sie aber sich energisch gegen die Kurden stellen wollte, dann würde sie auf die Tatsache stoßen, daß die Kurden von Rußland gestützt werden; sie muß also auch aus diesem Grund gut Freund mit den Kurden sein; so wird der Uebermut der letzteren von beiden Seiten gefördert; kommt es dann aber zu Armeniermegeleien, so wird sich Rußland zum Beschützer der bedrängten Armenier aufwerfen!

Die russische kaukasische Presse, allen voran die „Kosowe Brestja“, erklärt jetzt offen den Armeniern: „Lohnt es nur soweit kommen, daß ihr massakriert werdet, dann treten wir als eure Beschützer auf, und ihr werdet frei!“

In Wirklichkeit braucht die zarische Diplomatie das armenische Massaker nicht bloß, um sich einmischen zu dürfen, sondern sie hat überhaupt nichts dagegen, wenn die armenische Bevölkerung

bezimert wird. Sie ist gar nicht darauf erpicht, noch eine Million oder mehr Armenier an die Armenier des Kaukasus anzugliedern. Sie will nicht das armenische Volk, sie will das armenische Land.

Zentrum und kaiserlicher Statthalter.

Das Zentrum in Elsaß-Lothringen, das in letzter Zeit allerhand Grund zur Unzufriedenheit mit der Regierung, mit dem Parlament und — nicht in letzter Reihe durch das päpstliche Ungeschick seiner Führung — mit sich selbst hat, macht eine Krisis durch, die für die am 14. Januar beginnende neue parlamentarische Session in Elsaß-Lothringen mancherlei Ueberzählung verspricht. Schon während der wochenlangen Kommissionsberatungen über die Besoldungsreform, mit denen Hand in Hand alle paar Tage Fraktionsaffigierungen des Zentrums gingen, die nur zum Teil durch diese Materie selbst veranlaßt sein konnten, war zu erkennen, daß in der reichsländischen Zentrumssphäre allerlei zusammengebraut wird, was mit wachsenden Schwierigkeiten verbunden ist. Mit welcher sachlich ganz unerklärlichen Geizigkeit die Zentrumsführer dabei an die Dinge herankreten, zeigte sich drastisch an einer der letzten Sitzungen der Kommission für die Besoldungsreform, als der Abgeordnete Haug bei der Frage der Geislichengehälter plötzlich gegen die Regierung losbrach mit Ausdrücken, wie: die Katholiken seien es endlich müde, stets als Parasiten behandelt zu werden; das Zentrum werde aus der Haltung der Regierung seine Konsequenzen ziehen usw. Warum? Weiß die Regierung, wie sie mit vollem Rechte sofort feststellen konnte, vor zwei Jahren im Landesausschuß einer Regelung der Geislichengehälter zugestimmt hatte, die die Gehälter der katholischen Geistlichkeit allerdings, wie dies seit mehr als hundert Jahren in Frankreich und Elsaß-Lothringen Brauch ist, niedriger ansehe, als die staatlichen Bezüge der (verheirateten) protestantischen und israelitischen Geistlichen — einer Regelung aber, die zwischen den parlamentarischen Führern des Zentrums und der Liberalen, den Wetterlé und Wolf, so vereinbart worden war, weil das Zentrum Gewicht darauf legte, die von den Liberalen Kompromisslern um diesen Preis zugestandene Abschaffung der bis 1910 auch in Elsaß-Lothringen für die Protestanten und Israeliten neben der Kirchensteuer bestehenden gesetzlichen Regelung des Kirchenaustritts durchzuführen. Die Regierung sanktionierte also nur, was die parlamentarische Vertretung des Zentrums im Jahre 1910 mit den Liberalen selber vereinbart hatte, die seit einem Jahrhundert bestehende Ungleichheit der Geislichengehälter — und das soll nun auf einmal ihr Nordverbrechen sein!

Nach deutlicher war der Einblick in die Zentrumssphäre, den ein anderer, noch etwas jüngerer und unreiferer Stürmer an der Spitze der Zentrumskolonnen bei derselben Gelegenheit gestattete, indem er ohne erkennbaren Zusammenhang dem Staatssekretär Jörn v. Bulach, der als routinierter Höfling dafür recht dankbar war, plötzlich das Wort vom „protestantischen Kaiserium“ ins Gesicht warf. Der Sohn des Kammerherrn Napoleons III. an der Spitze des Ministeriums Wilhelms II. in Elsaß-Lothringen fühlte sofort, daß diese Verschönerung des Kampfertrains nur zur Festigung der Position der hartbedrängten reichsländischen Regierung in Berlin beitragen könne, und er langelte den vorciligen Kerikalen Zwischenrufer alsbald mit behaglicher Derschheit ab, indem er ganz richtig sagte: Es wäre manches katholische Land froh, wenn es einen solchen Herrscher hätte, wie Wilhelm II. In der Tat, der Protege und Geschichtsschreiber der Heutzutage, Professor Dr. Martin Spahn an der Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg, hat es mehr als einmal angedeutet: Wilhelm II. ist in mancher Beziehung auch der Zentrumskaiser.

Die Lektion hat jedoch nicht viel gehoson: das rabiat gewordene Zentrum im Lande der wiedergewonnenen Brüder rennt weiter auf der betretenen Bahn, es hat sich die höchsten, um nicht zu sagen „allerhöchsten“ Ziele gesteckt, und da es nicht das Oberhaupt des Deutschen Reiches unmittelbar in seine Drefjur nehmen kann, so ist es wenigstens der kaiserliche Statthalter, der Herr Graf v. Wedel, der jetzt „biegen oder brechen“ soll. Darüber läßt eine Veröffentlichung in der „Königlichen Volkszeitung“, die zum Neujahrstage erschien, und die Haltung der reichsländischen Zentrumspresse seit diesem Tage keinen Zweifel. In diesen Neujahrbesprechungen aus Elsaß-Lothringen, die von einem „langjährigen Beobachter der immer zersahrener werdenden Verhältnisse in Elsaß-Lothringen“ herrühren und denen gegenüber die Redaktion des Kölner Zentrumsbattes nur die kleine Verwahrung einlegt, daß sie sich nicht „jede einzelne Wendung“ zu eigen machen wolle, wird mit der bisherigen Taktik der Zentrumspresse und der Zentrumspartei in Elsaß-Lothringen gebrochen, die neben dem Staatssekretär Freiherrn Jörn v. Bulach und dem Präsidenten des kaiserlichen Oberschulrates Dr. Albrecht in erster Reihe den Unterstaatssekretär für das Innere, den Polizeiminister Randel, zum Gegenstand der Angriffe machte. Im Gegenteil, dem „federstärkeren und geschäftsfundigen Bureaukraten“ Wandel, der „mit seinen kräftigen Gesichtszügen und Bewegungen der Anblick eines wackeren Votiers bietet, der um sein Leben gern für einen Aebener gelten möchte“, wird auf einmal bescheinigt, daß er im Grunde „weit harmloser“ sei, als man bisher annahm, wenn man ihn „für alle minderhaltbaren Leistungen der über- und untergeordneten Verwaltungs- und Polizeiorgame verantwortlich gemacht“ habe. Ebenso wird von dem Schloßhauptmann der Hohlkönigsburg, dem Staatssekretär Jörn v. Bulach, gesagt, daß er „ohne wirklichen Einfluß“ sei und „nur die ganz Naiven oder Uneingeweihten über seine Bedeutung als Faktor der reichsländischen Regierung täuscht“. Um so strenger geht man auf einmal mit dem bisher kaum beachteten und jedenfalls stets mit aller schuldigen monarchischen Ehrfurcht behandelten kaiserlichen Statthalter selbst, dem Grafen von Wedel ins Gericht. Er ist jetzt plötzlich „nicht nur verfassungsmäßig, sondern auch faktisch das leitende und verantwortliche Haupt der Straßburger Regierung“. Er sei „eigenwillig“, und es sei in Straßburg „eines der offenkten von den vielen Geheimnissen, daß Graf Wedel stark in Randbemerkungen (nach berühmten Mustern) und Bleistiftdirektiven ist, die sehr, sehr ins Detail gehen und, wie die Rama behauptet, von den nachgeordneten Erzellenzen und Nichterzellenzen unter heiligen Schauern der Subordination befolgt werden“. Die öffentliche Meinung mache den Statthalter „mit wachsender Sicherheit und steigender Entschiedenheit für alles verantwortlich, was geschehen ist und was geschieht, seit er in Straßburg warm geworden ist und am Born der Weisheit eines Georg Wolf getrunken hat“; aber — vor dem Parlament hätten unlogischerweise der Staatssekretär und die Abteilungschefs die Verantwortung zu tragen.

Man könnte angesichts dieser plötzlichen Erleuchtung, die die Zentrumspresse im ganzen Reichslande sich schmunzelnd zu eigen macht und die der Abgeordnete Wetterlé in seinem „Nouveliste“ mit persönlichen Pointen gegen den Statthalter spielt, indem er gegen die „elende Verfassung“ donnert, die Zentrumskritik fragen, warum sie nicht dieselben Konsequenzen im Reiche zieht, wo doch seitdem Wilhelm II. sein eigener Kaiser geworden ist, im großen

ganzen die gleichen Zustände bei der Regierung herrschen. Wie sie jetzt so laut in Elsass-Lothringen beklagt werden? Wo war das Zentrum, als die Sozialdemokratie im Reich dem persönlichen Regiment durch Abänderung der Verfassung zu Leibe wollte? . . . Diese Frage aufzuwerfen, heißt den eigentlichen Zweck der ganzen Zentrumskampagne gegen den Statthalter in Elsass-Lothringen entfallen. Dieser Zweck ist kein sachlicher im demokratischen Sinne, wie man sich den Anschein gibt, er ist ein persönlicher, im besten Falle ein parteipolitischer. Der Statthalter ist dem Zentrum auf einmal im Wege, weil man glaubt, herausbekommen zu haben, daß sein persönlicher Wille hinter den Schwierigkeiten steht, denen die Zentrumskampagne vor und hinter den Kulissen (bei Besetzung der Beamtenstellen usw.) regierungsfreudig begegnet. Der Statthalter soll durch gehäufte und verschärfte Verhängnisse und Parlamentsattaken zum Entgegenkommen gegenüber dem Zentrum oder zum — Geben gezwungen werden. Daher vor Beginn der neuen Parlamentsession dieser Wind mit dem Jaunpfehl in der „Kölnischen Volkszeitung“, die sich vor dem Throne schließlich dadurch zu salbieren sucht, daß sie von dem in seiner Mehrheit liberalen Straßburger Parlament als von einer „mühsallos sich gebärdenden, vielfach und zwar in allen Parteigruppen demagogisch wirkenden und wirken wollenen Volksvertretung“ (1) spricht.

Die Sozialdemokratie befindet sich bei diesem Streite der Vertreter zweier herrschenden Klassen um die Macht in der Lage des lachenden Dritten, — sie darf bei der gegenwärtigen und der noch bevorstehenden Auseinandersetzung an das Wort von dem Rabbi und dem Rönch erinnern, welche alle beide ist . . . Und sollte der Konflikt — was allerdings wenig wahrscheinlich ist — zur Auflösung des jungen elsass-lothringischen Landtages führen, so darf man erwarten, daß die Wählerschaft bei den Neuwahlen aus den Vorgängen die gleiche Lehre ziehen und dem Rabbi und dem Rönch andere Leute vorziehen wird, die das in Elsass-Lothringen bei der Regierung wie beim Zentrum soviel wie irgend sonst zu kurz kommende Interesse der arbeitenden Klassen über die parlamentarische Intrigue stellen. In der erforderlichen Aufklärung über dieses Rätsel und seine Beweggründe soll's nicht fehlen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. Januar 1913.

Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs.

In der Stuttgarter Lieberhalle hielten am Montag die schwäbischen Volksparteiler ihre übliche Dreikönigsparade ab. Die Veranstaltung stand deutlich unter dem Eindruck des abgeschlossenen Landtagswahlkampfes. Der Schmerz über die Wahlniederlage der Volkspartei hing aus allen Reden heraus. Der Landesvorsitzende Schmid meinte zwar mit Bezug auf das liberale Wahlabkommen, daß es im allgemeinen gut, teilweise sogar tadellos funktioniert habe. Doch gehen, wie sich später zeigte, innerhalb der Volkspartei die Ansichten darüber recht weit auseinander. Daß diese Meinungsverschiedenheiten nicht noch schärfer hervortreten, ist lediglich auf den Umstand zurückzuführen, daß die volksparteiliche Landesversammlung keine Stätte einer sachlichen, unerbitterten Kritik, sondern eine auf Massenwirkung berechnete Schaustellung ist. Was der Redner in seinem sogenannten Rechenschaftsbericht zur Kenntnis der Versammlung brachte, war nicht danach angetan, bei den geschlagenen Truppen neue Begeisterung zu erwecken. Eine etwas dankbarere Aufgabe hätte der neu-erwählte Landtagsabgeordnete Fischer-Heilbronn. Dieser Schüler und Anbeter Raumanns bemüht sich lebhaft, es seinem Meister gleichzutun. Wie dieser versteht er es, wenn auch weniger elegant, über die Realitäten des Lebens hinwegzugleiten. Es war zwar nicht richtig, aber immerhin originell, als Fischer die Wahlniederlage der Volkspartei aus dem Umstand zu erklären versuchte, daß bläher in der volksparteilichen Fraktion kein Berufspolitiker sah. Da mit dem Eintritt Fischers diesem Mangel glücklicherweise behoben ist, darf die Volkspartei wieder getrost in die Zukunft sehen; gegen Wahlniederlagen ist sie nun gefeit. Zugleich verlangte Fischer, daß künftig eine lebhaftere Agitation unter der Jugend, den Arbeitern und unter den Frauen getrieben werde. Abschließend an diese Ausführungen Fischers brachte der evangelische Arbeitersekretär Warnholt-Allm eine Resolution ein, in der die Gründung des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angehöriger begrüßt wird und die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei im ganzen Lande aufgefodert werden, die neue Bewegung tatkräftig zu unterstützen. In der Resolution wird besonders hervorgehoben, daß der Reichsverein die Angestellten und Arbeiter abseits des einseitigen Klassenkampfes zur gemeinsamen Kulturarbeit sammeln und vereinen wolle. Diese Resolution wurde debattellos angenommen.

Reichstagsabgeordneter Nießing machte über die Reichspolitik sehr breite Ausführungen, ohne jedoch einen bemerkenswerten Gedanken zu zeitigen.

Konrad Haußmann referierte über den neuen Landtag und die Landespolitik. Folgende Resolution gibt die Quintessenz seiner Ausführungen:

„Die Volkspartei Württembergs beauftragt die Fraktion, im Landtag für die bisherige Politik, die Württemberg gestützt hat, mit aller Entschlossenheit einzutreten, alle staatlichen und wirtschaftlichen Verbesserungen und Fortschritte mit oder gegen die Regierung anzustreben und mit den anderen Parteien auf der Linken die diesem Zweck dienenden Beziehungen aufrecht zu erhalten.“

Sie beauftragt die Parteileitung, die Organisation in allen Bezirken, auch in den gemäßigteren, sofort weiter auszubauen und eine planmäßige Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift durchzuführen. Die Landesversammlung verpflichtet jeden einzelnen, sich zur Mitarbeit an dieser demokratischen Arbeit zur Verfügung zu stellen.“

In seinem Referat kam Haußmann auch auf die Wahlniederlage seiner Partei zu sprechen. Um sie zu erklären, führte er alle möglichen Gründe ins Feld. Neben dem Wachstum der wirtschaftlichen Interessengruppen war es besonders der nahelaste Sommer des letzten Jahres, dem Haußmann die Hauptschuld an dem für die Volkspartei so ungünstigen Wahlausfall zuschrieb. Den Hauptgrund, nämlich die fortschreitende Industrialisierung und die dadurch bedingte Verschärfung der Klassengegensätze, hatte Haußmann kaum beachtet.

Was er anzuführt, mag ja den Wahlausfall in dieser oder jener Richtung beeinflusst haben. Aber all diese Gründe, die übrigens sehr oft selbst erst wieder die Wirkung bestimmter wirtschaftlicher Veränderungen sind, vermögen die Tatsache nicht zu erklären, daß und warum der württembergische Liberalismus seit zwei Jahrzehnten den Krebsgang geht. Die künftige parteipolitische Entwicklung Württembergs wird den liberalen Führern zeigen, daß der Niedergang des Liberalismus nicht nur durch taktische Fehler und organisatorische Mängel verursacht wird.

Das liberale Wahlabkommen findet auch heute noch in Haußmann einen Fürsprecher. Es mag sein, daß Haußmann recht hat, wenn er sagt, ohne das Abkommen wäre es den liberalen Parteien noch schlimmer ergangen. Andererseits ist aber richtig, daß die Volkspartei den Nationalliberalen eine Anzahl Maßregeln ver-

schrieben hat, in denen die Volkspartei mehr Stimmen auf sich vereinigte als die Nationalliberalen. Ein Teil dieser Kreise ging insolge dieser „weitsichtigen“ Taktik den Liberalen überhaupt verloren. Der Bauernbund war der lachende Erbe. Bei dieser Situation ist es begreiflich, daß sich im volksparteilichen Lager lebhafter Unwille wegen des Abkommens bemerkbar machte. Die vorsichtigen und in diesem Punkte etwas lichtseherigen Führer haben alles versucht, um eine öffentliche Kritik zu verhindern. Ganz ist es nicht gelungen. Ein Redner übte unter lebhaftem Beifall eine scharfe, durch reiches Zahlenmaterial wohlgelegte Kritik an dem Abkommen. Er bemerkte Konrad Haußmann gegenüber sachlich, daß man einen Stimmenverlust von 150 000 (jeder Wähler hatte im Durchschnitt 8½ Stimme) nicht wohl mit einem nassen Sommer erklären könne. Um den starken Eindruck dieser Kritik zu zerstören, arbeitete Haußmann mit seiner ganzen abholatischen Rhetorik. Er erreichte denn auch, daß seine Resolution gegen wenige Stimmen angenommen wurde.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Mit einer geschwollenen Schlußrede des Landtagsabgeordneten Scheef fand die Versammlung ihr Ende.

Landtagswahlwahl in Greiffenberg-Kammin.

Bei der heutigen Landtagswahlwahl im Wahlkreis Greiffenberg-Kammin für den verstorbenen Abgeordneten v. Normann wurde der konservative Kandidat, Rechtsanwalt Justizrat Grundmann-Treptow a. d. Rega mit 290 Stimmen gewählt.

Zollerhöhungen.

Die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ erfährt von bestinformierter Stelle:

Die vom Reichsamt des Innern ausgenommenen Vorbeibringungen für die neuen Handelsverträge bringen eine rund fünfprozentige Erhöhung der Zollsätze.

Wahlkompromiß zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen in Eberfeld-Barmen.

Am Montagabend hielten die Nationalliberalen sowohl wie die Freisinnigen in Eberfeld und Barmen je zwei Versammlungen ab, in denen sie sich über das Wahlkompromiß bei den kommenden preussischen Landtagswahlen verständigten. Beschlissen wurde die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten; von den beiden Eberfeld-Barmen Mandaten soll eins den Nationalliberalen und eins den Freisinnigen zufallen. Jede Partei trägt die Hälfte der Wahlkosten. Den bisherigen Abgeordneten soll die Kandidatur wieder angeboten werden.

Reformen, von denen man nichts merkt.

Die auf dem sozialdemokratischen Preuentag ausgesprochene Vermutung, daß die Immediatkommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform positive Ergebnisse nicht geliefert habe, hat eine amtliche Stelle in Bewegung gesetzt, um zu versichern, daß diese Vermutung unzutreffend sei. Es wird erklärt:

„Abgesehen davon, daß bereits einige derjenigen Fragen, die der genannten Kommission zur Begutachtung vorgelegt sind, Gegenstand gesetzgeberischer Vorlagen geworden sind, wie die Hinterlegungsordnung und einige kleinere Gesetzentwürfe, so liegt eine ganze Reihe von Gutachten dieser Kommission über wichtige Fragen der Organisation der Behörde, der Schul- und Kommunalverwaltung, des Instanzensystems und Rechtsmittelzuges vor. Es werden sicher die Unterlagen für eine Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen für den Landtag werden. Wenn dies zurecht noch nicht geschehen ist, so ist der wichtigste Grund dafür ausschließlich in der großen Fülle gesetzgeberischer Arbeiten zu suchen, die dem Landtage in dieser letzten Tagung der Legislaturperiode ohnehin schon obliegen.“

Die Immediatkommission arbeitet seit Jahr und Tag und alles, was bis jetzt zustande gekommen ist, ist eine Regelung der Hinterlegungsordnung. Der ganze Komplex der Landratsverwaltung ist noch völlig unberührt geblieben. Gerade auf diesem Gebiet hätte die Kommission mit ihren Reformvorschlägen eingreifen müssen; hier jedoch hat sie bisher vollkommen versagt. Deshalb wird die auf dem Preuentag ausgesprochene Vermutung durch die amtliche Erwiderung in keiner Weise entkräftet.

Parteitag der elsass-lothringischen Zentrumspartei.

Hinter verschlossenen Türen versammelten sich am Dienstag in Strasbourg die liberalen Elsass-Lothringens, um ihre Generalversammlung abzuhalten, auf deren Ausschuss man sehr gespannt sein konnte. Mit klaren Worten zog man auf dem Parteitag gegen die elsass-lothringische Regierung, die sich nicht ganz alshörige des Zentrums betrachtet fühlte. Das Regierungssystem, das sich in der Angst vor Berlin und in der Angst vor der alldemokratischen Dege und dem evangelischen Volksempfinden äußere, müsse von der Partei in allen Instanzen zurückgewiesen werden. Trotz der Niederlage der Zentrumsler in der Budgetkommission in der Frage der Erhöhung der Geistlichengehälter werde man entgegen allen Beeinflussungsversuchen Standhaft bleiben.

Auf dem Parteitag wurde ferner noch beschlossen, ein Parteisekretariat für Elsass-Lothringen zu schaffen, dem im ersten Jahre von der Organisation 5000 M. zugestellt werden sollen.

Ein anhaltinischer Landtagsabgeordneter wegen Verleitung zum Meineid verurteilt.

Montagvormittag erschien vor der Strafkammer des Dessauer Landgerichts der konservative Landtagsabgeordnete Oberamtmann Reihner aus Jönitz, der bereits vor einigen Monaten wegen Betruges zu 500 M. Geldstrafe verurteilt wurde, um sich wegen Verleitung zum Meineid zu verantworten. Der Landwirt Vogt in Jönitz wurde Januar 1910 der Nachfolger des Herrn Reihner auf dem v. Raumerischen Gute in Jönitz. Ende Februar 1910 fragte Vogt den Reihner, ob er eine Hagelversicherung für das v. Raumerische Gut bei der Kölner Versicherung abschließen solle, oder ob Reihner noch für das kommende Jahr versichert habe, wozu Reihner vertragsmäßig verpflichtet war. Reihner erwiderte: „Versichern Sie man selbst gegen Hagelschaden, ich habe keine Versicherung mehr.“ Hierauf schloß Vogt eine Versicherung gegen Hagelschaden ab. Nach der Zahlung der Versicherungsprämie im Mai 1910 machte Reihner gegenüber Vogt folgende Bemerkung: „Ich habe mich bezüglich der Hagelversicherung geirrt, ich bin noch auf ein Jahr gegenüber meiner Versicherung verpflichtet. Ist es Ihnen nicht möglich, daß Sie Ihre Versicherung rückgängig machen?“ Vogt erwiderte darauf: „Das tut mir leid, ich habe meine Versicherung abgeschlossen; aber ich will versuchen, daß ich von der Isotamme.“ Vogt machte auch den Versuch, aber die Kölner Versicherung wies ihn ab. Zeuge des letzteren Gesprächs zwischen Reihner und Vogt war der bei Reihner beschäftigte Weidauer. Im Juli 1910 hat nun Reihner an Weidauer zwei Briefe geschrieben, in denen er den Weidauer kipp und klar aufforderte, in einem Zivilprozeß, den Weidauer gegen Vogt angestrengt hatte, zu behaupten, daß Vogt bei dem oben erwähnten Gespräch gesagt hätte: „Ich bin an eine Versicherung noch nicht fest gebunden, ich bin bereit, Ihre Hagelversicherung zu übernehmen.“

Infolge der energischen Ermahnungen des Richters in dem Zivilprozeß gab Weidauer, als er seine Aussage unter Eid machte, der Wahrheit die Ehre, obwohl er schon bei einer früheren Vernehmung nach dem Wunsche Reihners das Gegenteil ausgesagt hatte. Die Folge davon war, daß Reihner den Zivilprozeß verlor und gegen ihn ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineid eingeleitet wurde. In der Verhandlung vom Montag lauteten die

Aussagen der Zeugen so ungünstig für ihn, daß das Gericht, das unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Rannier lagte, zu einem Schuldspruch kam. Reihner wurde zu einem Jahre Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Südwestafrikanische Diamantenabgaben.

Durch kaiserliche Verordnung vom 30. Dezember ist die Umwandlung der bisherigen südwestafrikanischen Diamantenabgaben in die von den Förderern gewöhnliche Abgabe vom Reingewinn mit Rückwirkung vom 1. Januar 1912 ab eingeführt worden. Die Steuer beträgt 6/100 der Betriebseinnahme, vermindert um 7/100 der Betriebskosten. Der Betrag, welchen die Förderer als Ertrag für die bis zur Verleihung des Abbaurechts gemachten Aufwendungen den Betriebskosten zuschlagen dürfen, beläuft sich auf 250 M. für jedes Gramm der in den Südfeldern und 10 M. für jedes Gramm der in den Nordfeldern gewonnenen Diamanten. Die Förderer dürfen 10 Prozent Zinsen aus dem jeweils nicht abgeschriebenem Werte der dem Abbaubetrieb dienenden Gegenstände den Betriebskosten hinzurechnen. Damit ist den Förderern geäußerten Wünschen im vollen Umfange Rechnung getragen worden. Die zur Ausführung der Verordnung erforderlichen Vorschriften werden demnächst erlassen werden.

Frankreich.

Die Präsidentenwahl.

Paris, 7. Januar. Im heutigen Ministerrat im Elysée unterzeichnete Präsident Fallières einen Erlass, durch den das Parlament für den 17. Januar als Nationalversammlung zur Wahl des Präsidenten der Republik nach Versailles einberufen wird.

Portugal.

Die Ministerkrise.

Paris, 7. Januar. Aus Lissabon wird gemeldet, daß es Antonio José d'Almeida gelungen sei, ein Ministerium zu bilden. Sein Programm sei: Disziplin in der Armee, Toleranz im bürgerlichen Leben und Verbesserung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage.

England.

Eine Anfrage über Persien.

London, 7. Januar. Im Unterhaus fragte der Liberale Morrell, ob noch immer Verhandlungen stattfinden, um Persien eine Anleihe zu gewähren, die es insland sehen würde, die Ordnung im Lande wiederherzustellen, und ob Aussicht vorhanden sei, durch Einberufung des Reichsrats die Verfassung wiederherzustellen.

Grey erwiderte, es sei unwahrscheinlich, daß die Finanzleute bei dem Fehlen einer starken und stabilen Regierung in Persien Geld leihen würden. Die Aufmerksamkeit der Regierung Englands und Rußlands sei deshalb auf die Bildung einer solchen Regierung gerichtet. Bis dieses Ziel erreicht sei, könne er über die zweite Frage nichts definitives sagen.

Soziales.

Volkerversicherung Nummer fünf.

Alle wollen sie nun ihr Köpfchen mit an das wärmende Feuer stellen, welches die Gewerkschaften und die Genossenschaften für die Arbeiter angezündet haben. Die Katholiken und ihr Zentrum haben jetzt herausgefunden, daß die „Volkerversicherung“ bei der bekannten Disziplin und Opferwilligkeit der freizugewählten Arbeiter eine Gefahr für den Nachwuchs der christlichen Gewerkschaften ist. In der „Germania“ kann man das folgendermaßen lesen:

„Trotz dieses geplanten neuen Unternehmens in Kraft, so ist aber bei der bekannten Disziplin und Opferwilligkeit der betreffenden Gewerkschaftskreise die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß auch diese Einrichtung ein weiteres Glied in der Kette derjenigen an und für sich gut und harmlos erscheinenden Gründungen bilden wird, die zugleich bezwecken, die christliche Arbeiterbewegung zu hemmen und die zahlreichen, noch keiner Organisation angehörigen Arbeiter durch diese Gründung zunächst für die freien Gewerkschaften und damit für die Folge auch für die politische Sozialdemokratie zu gewinnen. Durch die Gründung derartiger Filialen (Konsumvereine mit Volkerversicherung) wird man aber auch, wenn wir nicht schon die Augen offen halten, leicht in rein katholischen und in rein läublichen Orien Fuß fassen, und damit ist dann aber der Umsturzpartei der Weg in diese, ihre bis dahin verschlossen gebliebenen Gegenden nicht nur geebnet, sondern auch unserer Arbeiterbewegung der natürliche Nachwuchs entzogen. Hier liegt also geradezu ein Lebensinteresse unserer katholischen Arbeiter vor. Darum beizzeiten Vorsicht und Vorsorge getroffen.“

Empfohlen wird durch diesen warnenden Nachwächter die 1895 für die Mitglieder der im Kaiserreich bestehenden katholischen Vereine gegründete Zentralstelle „Leo“ in Köln, Kommodienstraße (Anstaltsstraße) ist kein Wig. D. A.).

Sehen wir uns nun einmal die verschiedenen Volkerversicherungen genauer an:

Nummer 1. Die übliche Volkerversicherung der privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften ist meistens eine Lebensversicherung mit wöchentlichem Prämienzahlung. Sie wurde durch die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften eingeführt und bedeutet für diese ein äußerst lukratives Geschäft. Von 1907 bis 1911 sind jährlich rund eine Million solcher Volkerversicherungen über kleine Beträge neu abgeschlossen worden. Die so jedes Jahr neu erzielte Versicherungssumme erreicht einen durchschnittlichen Betrag von 225 Millionen Mark. Es handelt sich hier also um eine ungeheuerlich große Kapitalanlage der Armen. Die Profite daraus fließen den Aktienären der Versicherungsgesellschaften zu.

Nummer 2. Die Deutsche Volkerversicherungs-A.G., die erst vor kurzem gegründet wurde, ist eine neue Auflage der eben geschichteten kleinen Lebensversicherung. Die Mehrzahl der deutschen Versicherungsgesellschaften hat dies Unternehmen gemeinsam gegründet, um gegen die „Gefahr“ einer wirklichen Volkerversicherung geschützt zu sein. Die Deutsche Volkerversicherungs-A.G. hat den Zweck und die Aufgabe, die privatkapitalistischen Gewinne, die jahraus, jahrein aus der Volkerversicherung fließen, zu sichern, weiter hat sie keinen Sinn.

Nummer 3. Die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung wird vom Verband der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten betrieben. Es handelt sich hier um einen Verband, der aus Gruppen besteht, die von provinzialen Landschaften und anderen reaktionären und agrarischen Körperschaften gestützt werden. Das Geld der kleinen Lebensversicherung, insbesondere der Industriestädte, hat dabei die Aufgabe, auf das Land hinaus zu fließen und dort zur läublichen Entschuldung mitzugeben! Auf diese Art der Volkerversicherung wären beinahe die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften reingefallen.

Nummer 4. Die Sterbekasse „Leo“ hat den Zweck, die Zentrumschächeln auch auf dem Gebiete der Lebensversicherung zusammenzubringen. Dies geht schon daraus hervor, wie lebhaft sie gegenüber der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen „Volkerversicherung“ in Erinnerung gebracht wird.

Nummer 5 oder richtiger Nummer 1! Die Volkerversicherung A. G. ist die einzige wirkliche Volkerversicherung. Denn sie gewährt den versicherten Arbeitern jeden Vorteil, wird durch die von den Arbeitern gewählten Vertreter verwaltet und kennt keinen Unternehmerprofit. Deswegen wird jedem vernünftigen Arbeiter klar sein, worin der Unterschied zwischen der „Volkerversicherung“ und den anderen Arbeiterfreunden besteht.

Gewerkschaftliches.

Christliche Arbeitswilligendienste.

Die Speichereiarbeiter der Rolandmühle in Bremen sollten nach Anordnung der Direktion nach Beendigung ihrer Tagesarbeit noch 8-10 Stunden arbeiten, um die Silos leer zu machen. Sie erklärten sich dazu bereit, trotz der übermenschlichen Anforderung, wenn für die Zeit ein entsprechender Lohnzuschlag bezahlt werde. Das lehnte die Direktion ab und machte durch Anschlag bekannt, daß jeder entlassen werde, der die verlangte Arbeitsleistung nicht ausführe. Um 6 Uhr abends machten die Arbeiter, 36 Mann, einmütig Feierabend; zur selben Zeit erhielten sie aber auch ihre Entlassung. Bei der sofort vom Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband eingeleiteten Verhandlung wurden die Differenzen zugunsten der Arbeiter geregelt und dabei noch die Abschaffung der Affordarbeit durchgesetzt; die Entlassenen wurden wieder eingestellt.

Bei der Verhandlung ersuhr aber der Vertreter der Arbeiter von der Direktion, daß inzwischen der christliche Arbeitersekretär Hartwig persönlich in der Rolandmühle gewesen sei und 15 bis 18 brauchbare Arbeiter angeboten hätte.

So verließen christliche Arbeiterführer die berechtigten Ansprüche der Arbeiter durch Arbeitswilligendienstleistung zu hintertreiben.

Berlin und Umgegend.

Die gelbe Zeuche in den Siemenswerken.

Unter dem Schutze der Siemensdirektion werden alle möglichen Vereinigungen gebildet: Musikverein, Gesangverein, Feuerwehverein, Schützengilde und — der gelbe Verein. Alle haben bisher allerdings nur unter „höherem Protektorat“ existieren können. Diese Vereinsmeierei soll die Arbeiterschaft über ihre mißliche Lage hinwegtäuschen, und es gibt leider Arbeiter und Arbeiterinnen, die infolge ihrer Indifferenz sich durch solche Mäxymen einschlafen lassen. Aber das immerwährende Bestreben der Verleitungen, die Affordpreise zu drücken, Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse hintanzuhalten, wird auch Licht bringen in diese Köpfe und ihre Wesiger einreihen in die freigeordnete Arbeiterschaft.

Wie raffiniert sind doch die Statuten des gelben Vereins abgefaßt! Mitglied des Vereins kann sein, wer seiner Organisation angehört, die auch in außerhalb der Firma stehenden Betrieben beschäftigte Personen umfaßt. Auch darf keine dieser Organisationen in irgend einer Form unterstützt werden. Jeder, der in den gelben Verein hineingepreßt wird, verliert auf diese Weise sein Koalitionsrecht. Er „muß“ dann Beiträge zahlen, da der Beitrag durch das Lohnbureau vom Lohn einbehalten wird. Kommt er dann in die Verlegenheit, Unterstützungsansprüche zu erheben, so hat er gemeinsam das Recht, aus dem Dienst der Firma „auscheiden“ zu müssen. Er hat dann keinerlei Ansprüche an den gelben Verein.

Im § 3 des Statutes heißt es ausdrücklich: Die Mitgliedschaft erlischt: 1) mit der Aufhebung des Arbeitsverhältnisses mit dem Werke, in welchem das Mitglied beschäftigt ist.

Weiter steht darin: Mit dem Aufhören der Mitgliedschaft erlischt jeglicher Anspruch an den Verein. Rückzahlung von Mitgliedsbeiträgen findet nicht statt.

Das sind die Vorteile, die der gelbe Verein der Arbeiterschaft bietet. Bei der Einstellung wird der Arbeiter resp. die Arbeiterin gezwungen, den gelben Nachweis zu bringen und 50 Pf. zu zahlen. Dann wird er durch Angestellte der Firma Siemens veranlaßt, den Aufnahmeheschein für den gelben Verein zu unterschreiben, auf dem bemerkt steht: „Jener erkläre ich, daß ich keiner anderen Arbeiterorganisation angehöre.“ Jeder Arbeiter muß sich die Arbeit bei der Firma Siemens für 50 Pf. erkaufen. Dafür wird ihm dann das staatlich gewährleistete Koalitionsrecht geraubt.

Man preßt ihm vom Lohn den Beitrag ab. Wird er durch Willkür der Betriebsleitung entlassen, so erlischt jeder Anspruch an den Verein. Sein Geld hat der Arbeiter eingebüßt, ohne irgend welche Ansprüche zu haben.

Dieses bei Siemens übliche Verfahren verläßt ohne Zweifel gegen die guten Sitten. Die Firma Siemens verdient jährlich Millionen an Staatsaufträgen, die aus den Taschen der Steuerzahler und zum nicht geringsten Teil aus denen der Arbeiter bezahlt werden. Und eine solche Firma mißachtet so Recht und Gerechtigkeit. Aufgabe unserer Vertreter in den Parlamenten und der Arbeiterpresse wird es sein, bei jeder sich bietenden Gelegenheit anlässlich der erfindenen Terrorisdegeschichten darauf hinzuweisen, wo der Terrorismus wirklich geübt wird!

Die Bewegung der Hiesigen und Hilfsarbeiter.

Der im Jahre 1910 für das Berliner Hiesigenlegergewerbe abgeschlossene Tarifvertrag lief mit dem Ende des Jahres 1912 ab. In dem Willen, den Tarifvertrag auf der alten Grundlage mit einigen redaktionellen Änderungen wieder zustande zu bringen, unterbreiteten die Arbeiter am 6. November vorigen Jahres der Unternehmerorganisation für das Hiesigenlegergewerbe ihre Forderungen mit dem Wunsch, diese möge einer den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Lohnerhöhung zustimmen. Die Verhandlungen am 10. Dezember 1912 scheiterten jedoch an dem Widerstand der Unternehmer gegen irgendeine Lohnerhöhung. Nach vor Ablauf des alten Vertrages unterbreiteten die Unternehmer hierauf den einzelnen Hiesigenlegern und Hilfsarbeitern eine Arbeitsordnung zur Unterschrift, welche gegenüber dem alten Vertrage grundlegende Verschlechterungen aufwies. Darauf beschloß sich eine gemeinsame Mitgliederversammlung aller drei am Vertrage partizipierenden Organisationen (Freie Vereinigung, Deutscher Bauarbeiterverband und Christlicher Bauarbeiterverband) mit dem Vorgehen der Unternehmerorganisation. Dori wurde dann ohne Diskussion folgende Resolution mit 435 gegen 15 Stimmen angenommen:

Die gemeinsame Mitgliederversammlung der Hiesigenlegergewerkschaften Berlins und Umgegend erklärt sich mit dem Verhalten ihrer Kommission bei den Verhandlungen am 10. Dezember 1912 einverstanden und sieht noch wie vor auf dem Standpunkt, daß ohne Erhöhung der Stundenlöhne an den Abschluß eines Tarifvertrages nicht zu denken ist. Die Versammlung erklärt, unter keinen Umständen einseitig von den Unternehmern herausgegebene Arbeitsordnungen anzuerkennen. Zur Abwehr verschlechterter Arbeitsbedingungen sehen sich die Versammelten gezwungen, die Arbeit überall solange ruhen zu lassen, bis dieselben von den Unternehmern zurückgezogen sind und der Verhandlung der Hiesigenlegerschaft sich wiederholt, auf der Grundlage unserer Ihnen am 6. November 1912 zugesetzten Forderungen zu verhandeln. Geschlossen, wie die Versammelten in die Abwehr eintreten, kann die Arbeit auch nur durch gemeinsamen Beschluß wieder aufgenommen werden.

Dieser Beschluß ist von den Hiesigenlegern und Hilfsarbeitern in vollem Umfange durchgeführt worden. Es haben sich bisher 451 Hiesigenleger und 146 Hilfsarbeiter zur Streikkontrolle gemeldet. Alle etwa jetzt noch arbeitenden Hiesigenleger oder Hiesigenlegerhilfsarbeiter sind als „Arbeitswillige“ tätig.

Die Pianofabrik Wilhelm Späthe in Gera läßt uns eine Zuschrift zugehen, in der behauptet wird, daß es unwahr sei, daß ihre Arbeiter sich im Auslande befinden, wie in einer Notiz des Holzarbeiterverbandes in Nummer 222 des „Vorwärts“ vom 28. Dezember mitgeteilt wurde. Angeblich hätten nur 15 Mann aus der Bodenmacherei die Arbeit wegen Kündigung eines Bodenabspülers verlassen, dessen Arbeit durch Inbetriebnahme einer neuen Maschine ersetzt wurde.

Von der Organisation wird freilich die Sachlage völlig anders dargestellt. Danach versuchte die Firma, in der Bodenmacherei mit neu eingestellten Arbeitern tarifwidrige Sonderabmachungen zu treffen. Als die Neueingestellten nach erfolgter Aufklärung von diesen Vereinbarungen zurücktraten, wurden sie entlassen. Auch die in dieser Frage verhandelnden Vertrauensleute wurden gemahnt. Einen Schiedsspruch der Schlichtungskommission, der diese Entlassung mißbilligte, hat die Firma sich nicht gefügt. Die Bodenmacher haben nur die Arbeit nicht wegen der Kündigung eines Kollegen niedergelegt, sondern sie verlangten die Anerkennung des Schiedsspruchs. Als diese verweigert wurde, legten sie am 12. Oktober die Arbeit nieder. Der Späthe hat daraufhin auf diejenigen Arbeiter anderer Abteilungen entlassen, die sich weigerten, die Arbeit der streikenden Bodenmacher fortzusetzen. So vermehrte er die Zahl der Beteiligten von ursprünglich 18 auf 23. Alle Einigungsverhandlungen sind an dem Verhalten der Firma gescheitert. Der Kampf gilt der Erhaltung des Tarifvertrages und der Anerkennung der Organisation. Deswegen ist es Pflicht, namentlich der Berliner Arbeiter, den Betrieb der Firma Späthe in Gera so lange zu meiden, bis diese ihr tarifwidriges Verhalten aufgibt.

Achtung, Schuhmacher! Der Schuhmachermeister Max Marunde, Besohlanstr. 25, hat jetzt den Minimallohn tarif unter schriftlich anerkannt.

Tarifgegnerische Schuhmachermeister sind: NO. Karl Glienke, Verkaufsgeschäft, Große Frankfurter Str. 72 und Mataliski, Kopenstraße 19. SO. F. Volkmann, Göliger Ufer 28. N. E. Bauemer, Anklamer Str. 40 und Jakob Brand, Transvaalstr. 45. SO. Müllerstraße, zweites Geschäft Center Str. 6.

Diese Schuhmachermeister weigern sich beharrlich, unsere gerechten auch von der Innung anerkannten Forderungen zu erfüllen. Wir bitten dieses zu beachten. Zahlstellen befinden sich in Lichtenberg, Pfarrstr. 32, im Lokal von Würgel; in Reutlitz, Zietenstr. 67, im Lokal von Koppow.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Friseurgehilfen! Wegen Tarifbruch für Verbandsmitglied gelte: P. S. K. n. e. r., Wilhelm-Stolze-Str. 16; K. r. p., Schreinerstr. 52; P. u. f. f., Löwestr. 28; B. e. i. l., Gubenstr. Straße 9; K. r. o. l. l., Veteranenstr. 8. Verband der Friseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung in der Mendener Metallindustrie.

Der Regierungspräsident von Arnberg war bereit, dem telegraphischen Ersuchen des christlichen Bezirksleiters nachzukommen und zwischen der Firma Schmole u. Co. und den Aussperrten und Streikenden zu verhandeln. Es ist jedoch nicht dazu gekommen, da die Firma Schmole u. Co. von Verhandlungen nichts wissen wollte.

Aussperrung der Fischdampfermannschaften an der Unterweser.

Am 10. Dezember 1912 hat der Unternehmerverband der deutschen Hochseefischerei (Sitz Westermünde) eine Aussperrung des Maschinenpersonals unter Tarifbruch vorgenommen. Sobald ein Dampfer von der Fangreise im Hafen angekommen war, erhielt die Besatzung ihre Kündigung. Geplant war, nur an den Maschinenisten eine Aussperrungsprobe vorzunehmen. Da aber naturgemäß ohne diese kein Dampfer in See gehen kann, so wurde schließlich auch den übrigen Mannschaften gekündigt. Das geschah offensichtlich unter der Voraussetzung, daß schon die Androhung einer Aussperrung oder die ersten Proben genügen würden, um die Maschinenisten dem Willen der Reeder gefügig zu machen. Da die Kalkulation fehlschlug, waren die Unternehmer schließlich gezwungen, auch den übrigen Mannschaften zu kündigen, um die Weiterzahlung der Löhne für diese sparen zu können. Die ganze Aussperrung war ganz zweifellos nur zu dem Zweck inszeniert, um den am 12. November nach kurzem Streik und wiederholten Verhandlungen mit dem Zentralverband der Maschinenisten und Deizer abgeschlossenen Tarifvertrag los zu werden.

Kurz nach der ausgesprochenen Kündigung wurde den Maschinenisten freigestellt weiter zu fahren, doch wurde ihnen der Austritt aus dem Verband zur Bedingung gemacht. Die Maschinenisten, die zu 90 Proz. im Zentralverband der Maschinenisten und Deizer organisiert sind, lehnten diese Zumutung rundweg ab und der Verband verhängte die Sperre über die Fischdampfer der Unterweser.

Jetzt liegt eine gewaltige Flotte von Fischdampfern in den drei Fischereihäfen still, bisher 143 von 168. Auch von den noch auf See befindlichen Schiffen wird der größte Teil nach dem Einlaufen angehalten. Die Wirkungen der Aussperrung machen sich bereits in weiten Kreisen der Bevölkerung geltend, ist doch die halbe Einwohnerzahl von Westermünde auf den Seefischereibetrieb angewiesen, ganz abgesehen davon, daß der ärmeren Volksklasse ein wichtiges Nahrungsmittel verweigert und entzogen wird.

Der Unmut der Interessentenkreise ist bereits sehr groß, weshalb die Reeder versuchen, die Schuld auf den Zentralverband der Maschinenisten und Deizer abzuwälzen. Der Unternehmerverband behauptet in der bürgerlichen Presse und in Drudbriefen, daß der Zentralverband den Tarif nicht einhält und daß die Aussperrung infolgedessen berechtigt ist. Der Zentralverband hat nunmehr den Dergang der Dinge der Öffentlichkeit unterbreitet, zunächst dergestalt, daß in drei öffentlichen Versammlungen, die vom 3. bis 5. Januar 1913 in den drei Hafenorten Westermünde, Bremerhaven und Nordenham stattfanden, die Angelegenheit einer öffentlichen Besprechung und Kritik unterzogen wurde. Das Referat in den drei Versammlungen hatte der Vorsitzende des Zentralverbandes der Maschinenisten und Deizer übernommen. Die Bevölkerung und vor allen Dingen die Interessenten, Fischhändler, Kopistene und Fischereifloßarbeiter usw., waren stark vertreten, so daß die Versammlung in Westermünde von etwa 1800, die in Bremerhaven von 1000 und die in Nordenham von 400 Personen besucht war. Die Reeder, sowie die Hafeninspektionen waren zu den Versammlungen brieflich eingeladen; die Reeder blieben aber unter wichtigen Vorwänden fern und zwar, wie bürgerliche Zeitungen berichten, weil der Berliner Referent die Ereignisse seit dem 9. Dezember 1912 „nur aus Berichten und nicht aus persönlicher Anschauung“ kennt.

In den letzten Versammlungen wurde an Hand von Aktenstücken und weiteren Beweismaterial festgesetzt, daß nicht die Arbeiterorganisation, sondern der Unternehmerverband für Hochseefischerei Tarifbruch begangen habe und die Aussperrung ein Akt der Willkür sei. Der Unternehmerverband habe vom Vorstande des Zentralverbandes verlangt, daß dieser seine Mitglieder veranlassen solle, bei jeder Ausmusterung nach wie vor die Feuerbureau zu benutzen und dort die Seefahrtsbücher abzugeben. Der Zentralverband lehnte dieses Ansuchen rundweg ab, weil die Maschinenisten laut Tarifvertrag nicht mehr verpflichtet waren, die Feuerstellen zu benutzen. Der betreffende Passus im Tarifvertrag lautet:

Die Einstellung und Entlassung der Maschinenisten soll in der Regel durch die Reeder erfolgen.

Ein Mißverständnis über Sinn und Auslegung dieses Passus ist ganz ausgeschlossen. Das Verhandlungsprotokoll, das vom Syndikus des Unternehmerverbandes abgefaßt und unterzeichnet ist, sagt darüber wörtlich: „Über das Feuerbureau werden Klagen vorgebracht. Die Einstellung der Maschinenisten soll daher durch die Reeder erfolgen.“

Also ein eskalanter Beweis, daß ein Vertrags- und Treubruch der Fischdampferreeder vorliegt.

Die Versammlungen gingen mit den Reedern scharf ins Gericht. In Bremerhaven wurde eine von Vertretern des Gewerkschaftsartikels eingebrachte Resolution einstimmig angenommen, die den Tarifbruch der Reeder verurteilt und den Aussperrten ihre Sympathie ausdrückt. Die Reeder lassen alle Mühen springen und machen trampfhaftige Anstrengungen, um sich weich zu machen. In ihrer Not wenden sie sich nun an den Maschinenistenverein zu Westermünde, Mitglied des Verbandes der deutschen Schiffsoffiziere, und versuchen dessen Mitglieder zum Fahren zu bewegen. Auffällig ist dabei, daß auch ein königlicher Hafeninspektor hierbei

aktiv mitgewirkt und sogar bemüht sein soll, einen gelben Verein zu gründen. Anscheinend finden die Reeder bei dem Maschinenistenverein Entgegenkommen, obgleich sie bisher den Verein und seine „technischen Schiffsoffiziere“ als Laie behandelt haben und dessen Petitionen in den Papierkorb wandern ließen. Der Verein macht bekannt, daß „seine Forderungen“ bewilligt sind, obgleich er nie welche gestellt hat, und gibt seinen Mitgliedern frei, zu fahren. Da nur ein halbes Duzend solcher Arbeitswilligen in Frage kommen, ist ihre Bereitwilligkeit ziemlich wirkungslos.

Alle Resolutionen der Reeder werden seitdem an der musterhaften Einigkeit des Maschinenpersonals und ihrer starken Organisation. Ob nun die Reeder ihr Unrecht fortsetzen und vergrößern, wird die Zukunft lehren; die Mannschaft ist entschlossen, den ihr aufgezwungenen Kampf fortzusetzen.

Ausgesperrt sind insgesamt etwa 1400 Mann, davon entfallen auf das Maschinenpersonal zirka 500, die übrigen sind Deckpersonal. Schon heute machen sich die gewaltigen schädlichen Wirkungen der Aussperrung auf weite Bevölkerungskreise geltend, was sich bei längerer Dauer der Aussperrung ins Ungemeine steigern wird. Die Hafenpolizei legt sich für die „gute Sache“ ins Zeug, indem sie den Aussperrten das Betreten der Fischereihäfen verbietet.

Ausland.

Die englischen Maschinenbauer und ihr Vorstand.

London, 6. Januar 1913. (Eig. Ber.) Verschiedene und sich widersprechende Schilderungen eines einzigartigen und Aufsehen erregenden Vorfalles machen augenblicklich die Runde in der englischen Presse. Es handelt sich um die Abschaffung und gewaltsame Vertreibung des Exekutivkomitees der großen Gewerkschaft der Maschinenbauer. Die Gewerkschaft unterhält einen ständigen Exekutivkomitee, der in London sitzt. Ueber diesem Ausschuss steht die Delegiertenversammlung, der das Recht zusteht, neue Statuten zu beschließen. Von diesem Rechte machte die Versammlung kürzlich Gebrauch. Sie änderte die Statuten in einigen Punkten ab. So reduzierte sie die Zahl der Vorstandsmitglieder und veränderte die Art der Wahl dieser Beamten. Auch mußte sich der Vorstand nach der Statutenänderung einer Neuwahl unterziehen. Der Vorstand weigerte sich darauf, die Statutenänderungen anzuerkennen, appellierte an die Mitglieder und erhielt bei sehr schwacher Beteiligung der Mitglieder an der Abstimmung eine Mehrheit. Darauf rief er seinen Monat die Delegiertenversammlung wieder ein und verlangte von ihr, daß sie ihre früheren Beschlüsse wieder rückgängig machen sollte. Die Versammlung weigerte sich, dies zu tun und suspendierte den Vorstand vom Amte, da er gegen die Statuten gehandelt habe und die Anerkennung des Verbandes als einer staatlich anerkannten Krankenkasse gefährdet haben soll. Der Vorstand ging jedoch nicht. Nun griffen die Kuratoren der Maschinenbauer ein. Am 1. Januar drangen sie mit einer Anzahl Londoner Mitglieder in das Verwaltungsgelände der Gewerkschaft ein, enterneten die Vorstandsmittglieder mit Gewalt und setzten eine interimsweise Verwaltung ein. Die Delegiertenversammlung beschloß in ihrer letzten Sitzung, eine Abstimmung vorzunehmen zu lassen, durch die das Schicksal des alten Exekutivkomitees entschieden werden soll. Der Vorfall hat natürlich großes Aufsehen erregt und das Stillstehen, mit dem man das unangenehme Ereignis hat vertuschen wollen, hat nur dazu gedient, die Erfindungsgebe der Neugierisobribanten anzuregen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Letzte Nachrichten.

Noch ein sozialdemokratischer Stadtverordnetenvorsteher.

Miel, 7. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Genosse Rindfleisch zum stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher gewählt. Auch die bürgerlichen Stadtverordneten stimmten geschlossen für Rindfleisch, nachdem vorher bei der Wahl des ersten Vorstehers die Sozialdemokraten geschlossen für den bürgerlichen Kandidaten gestimmt hatten. — Bei der nun folgenden Besetzung der Kommissionen wurde so verfahren, daß die bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten in möglichst gleicher Zahl in den Kommissionen vertreten sind. Bei der Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für höheres Schulwesen wurde mit 23 gegen 21 bürgerliche Stimmen der Genosse A d e r gewählt. Man darf indes neugierig sein, wie die Regierung sich in der Bestätigungsfrage verhalten wird.

Sangen und Bangen.

London, 7. Januar. (B. T. B.) Zum Stillstand der Friedensverhandlungen erfährt das Reutersche Bureau, daß seit gestern keine weitere Entwicklung eingetreten ist und nach dem jetzt in den türkischen Kreisen herrschenden Eindruck die türkischen Delegierten London wahrscheinlich verlassen werden, wenn keine Mittel gefunden werden, die gegenwärtige Schwierigkeit auszugleichen. Die Mitglieder der Mission haben sich heute nachmittag zu einer Besprechung in der türkischen Postkammer versammelt.

Die bulgarisch-rumänischen Differenzen.

London, 7. Januar. (B. T. B.) Das Reutersche Bureau erfährt: Die Besprechungen zwischen Rumänien und Bulgarien über die Grenzberichtigung machen keine Fortschritte. Minister Jonescu wird heute eine weitere Besprechung mit Dr. Danew haben, die, wie man hofft, die Angelegenheit vorwärts bringen wird. Gegenwärtig herrscht in den bulgarischen Kreisen einige Abneigung, über diese Frage zu verhandeln und die Meinung überwiegt, daß ein bulgarischer Spezialgesandter ernannt werden sollte, um mit der rumänischen Regierung über diesen Gegenstand zu diskutieren. Die Rumänen scheinen das Fortschreiten der Verhandlungen mit Bulgarien über die Grenzfrage nicht allzu hoffnungsvoll zu beurteilen.

Verhängtes Todesurteil.

Leipzig, 7. Januar. (B. T. B.) Das Reichsgericht verwarf die Revision des Handlungsgehilfen Roman Pietruschewski, der vom Schwurgericht beim Landgericht II in Berlin am 26. November vorigen Jahres wegen Raubmordes, begangen am 12. September an dem Privatmann Fuß in Schöneberg, zum Tode verurteilt wurde.

Entdeckung zweier Morde.

Köln, 7. Januar. (B. T. B.) Auf der Bahnstrecke Wilhelm-Schlebusch ist die Leiche einer 43jährigen Arbeiterfrau mit abgetrenntem Kopfe gefunden worden. Die Polizei entdeckte in der Nähe auf einem Felde eine große Blutlache. Anscheinend liegt Nord vor. Es wird angenommen, daß der Täter die Leiche auf das Bahngleis geschleppt hat, um die Spur zu verwischen.

Miel, 7. Januar. (B. T. B.) In der Lebensauer Gochstraße wurde heute mittig ein 17jähriger junger Mann mit zertrümmertem Schädel tot aufgefunden. Die Leiche war im Sanne verscharrt. Es liegt unzweifelhaft Mord vor. Ein Polizeiland verfolgte die Spur des Täters bis zu einer Arbeiterbaracke bei Knoop. Paul Singer & Co., Berlin SW., Dierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Vierter Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

Berlin, 7. Januar 1913.

Zweiter Verhandlungstag. Vormittagssitzung.

Die Debatte über die Landarbeiterfrage wird fortgesetzt.

Scheide-Votum wendet sich gegen eine Verquickung dieser Frage mit der hohen Politik und der Agrarfrage. Viel wichtiger ist für uns, wie wir die hunderttausende ostelbischer Landarbeiter, die in den Bergwerken und Hütten des Westens arbeiten, der Organisation zuführen können. Die Landarbeiter des Ostens meinen, daß im Westen alles im Gold schwimme. Sie kommen mit einem Taschentuch voll Betten und einer Zigarettenschmuckdose hin und sind reich an Kindern. Diese armen Arbeiter werden in die Kasernen geschafft, müssen sich noch Herd und Ofen kaufen und sechs Wochen ohne Lohn leben. So kommen sie aus der Sklaverei der Junker in die der Grundbesitzer. Ein Drittel der westlichen Grundbesitzer stammt aus Ostpreußen und ist dem Merkantilismus verfallen. Der Landarbeiterverband sollte auch im Westen energisch arbeiten. Durch die christliche Landarbeiterorganisation setzt sich das Zentrum mit seinen konservativen Bundesgenossen in Gegensatz. Um so mehr müssen wir Aufklärungsarbeit leisten. (Beifall.)

Darf-Breslau: Dank unserer Arbeit gehört ein großer Teil der Landarbeiter nicht mehr zu denen, von denen Lassalle sagte, sie wissen noch nicht, daß es ihnen schlecht geht. Es handelt sich nur noch um die Mittel, ihre Lage zu bessern. Die wachsende Zahl unserer ländlichen Gemeindevertreter beweist den Erfolg unserer Agitation. Unsere Amateurephotographen sollten in die Dörfer hinausgehen, um die Arbeiterwohnungen und die Schlösser, die Ställe und Hundshütten als Gegenstücke abzubilden. Anschauungsunterricht ist überhaupt notwendig. So kann man die Zusammenhänge des Reichstages mit verschiedenen farbigen Papieren weit besser darstellen als mit Zahlen. Da 66 Proz. der Wähler weniger als 2 Hektar Land haben und der Vorteil der Jölle selbst nach dem Geständnis des Deutschen Bauernbundes erst bei 5 Hektar anfangen soll, kann uns die Zollfrage auf dem Lande gar keine Schwierigkeiten machen. Haben wir erst die Landarbeiter und diese 66 Proz. der Zwergbesitzer, dann können wir den Rest den Junkern schenken. Uebrigens ist das Wesen der Jölle am besten an den Jölle von Kolonialwaren und Industrieprodukten darzustellen. — Ganze Kolonnen Galtzier werden wegen gemeinsamer Arbeitseinstellung mit Gefängnis bestraft, und auch eine Frau wurde verurteilt, die die anderen angestiftet hatte, an einem Montag zu Hause zu bleiben und Wäsche zu waschen und dem Inspektor am Dienstag als Grund die Einbehaltung von 10 Pf. des vereinbarten Lohnes anzugeben! Einem jungen Mädchen, dem die Drehschmaschine keine Reine abgequetscht hatte, wurde die Unfallrente von 14 M. auf 10 M. herabgesetzt, weil das Mädchen sich an den Verlust der Unterschenkel gewöhnt habe und solche Mädchen mit kleinen Renten und derartigen kleinen Fehlern geachtete Heiratsobjekte seien. (Hört! hört!) Ein reichsverbändlerischer Gutbesitzer läßt seine Arbeiter zwar nach Nationen, aber nicht nach Geschlechtern getrennt schlafen. Als da ein Mädchen entbinden mußte, lag sie tagelang ohne Hebamme, erst als ein Sozialdemokrat die Sache in die Presse brachte, wurde eine Hebamme geholt. Zwei Tage darauf war die Mutter mit dem neugeborenen Kinde ausgewiesen und über die Grenze gebracht. Die Schilderung derartiger Zustände ist die beste Agitation. (Beifall.)

Kayenstein schildert die empörenden Zustände in Hinterpommern, Kreis Reußwitz. Auf einigen Gütern hat man die Kartoffeln erfrischen lassen, weil die Arbeiter weggezogen waren. Dabei gehören diese schlechten Wohnungen dem königlichen Hause. (Hört! hört!) Vielleicht lassen sich die Landarbeiter dort einmal einen Beifall mit Kadiner Kadeln einrichten, dann würde sie ihr Gutsdörfer vielleicht besuchen und sich überzeugen, wie dort für die Arbeiter bis ins späte Alter geforgt ist. (Sehr gut!) 1890 verlangte der Kaiser eine bessere Unfallversicherung in der Landwirtschaft, und in den 20 Jahren darauf hat sich die Zahl der tödlichen Unfälle auf dem Lande verdoppelt. (Hört! hört!) Das ist die Antwort der Agrarier. Schamlos ist die Bestimmung der Reichsversicherungsordnung, die dem Reichsversicherungsamt verbietet, an Stelle der landwirtschaftlichen Genossenschaften Unfallversicherungsvereine zu erlassen und technische Aufsichtsbeamte anzustellen. Der Jahresarbeitsverdienst wird konsequent viel zu niedrig angesetzt. Das ist ein ständiger Betrug und Diebstahl an den Landarbeitern. Der Redner schildert dann die Verhandlungen der Arbeiter durch die Gutbesitzer und die Verwahrlosung durch das Zusammenwohnen mit dem erwachsenen Personal und durch den Schnapsgegnuß, wobei der Parteitag lebhaftest Entzückung ausdrückt.

Greiner-Hörsterleben: Auch in der Provinz Sachsen werden Gesetze einseitig zugunsten der Landarbeiter gehandhabt. In den Verträgen wird vielfach die Gewährung der Naturalleistungen vom ganzjährigen Ausdauern in den Dienst abhängig gemacht! Einem 16jährigen Viehhirten passierte es, daß ein Kalb ein Bein brach. Der Arbeitgeber ließ das Kalb schlachten, verwendete es für sich, machte aber den Arbeiter mit dem Gesamtlohn für den vollen Wert des Kalbes verantwortlich! Bei Entlassung der Arbeiter gibt es keine Kündigungsfrist, wollen sie aber kündigen, dann sagt man ihnen, daß sie sich auf ein ganzes Jahr verpflichtet hätten. Die Landtagsfraktion hat die dankbare Aufgabe, dafür zu sorgen, daß dieser Rechtslosigkeit abgeholfen wird. (Bravo!)

Hofner-Meinlauken: Dem Reus gestern sagte, daß heute zwar die Landwirtschaftsämter die Grundrente erhöhen, daß sich aber später, wenn es nur noch landwirtschaftliche Kleinbetriebe gäbe, darüber reden lassen werde, so gerät er in einen Widerspruch. Brächten diese Jölle den Kleinbesitzern Vorteile, so müßten wir sie heute schon um der Millionen Kleinbesitzer willen beschließen, selbst auf die Gefahr hin, daß auch die 18 000 Großgrundbesitzer Vorteile davon hätten. Aber durch die Verteuerung aller Bedarfsartikel schaden die Jölle auch den Kleingrundbesitzern. Wenn der Großbetrieb heute daran krankt, daß die Landarbeiter kein Interesse am Betrieb haben und der Kleinbetrieb daran, daß er nicht die Vorteile der landwirtschaftlichen Maschinen anwenden kann, so wollen wir die Vorteile beider Betriebsarten mit einander verbinden und ihre Nachteile ausschalten. (Beifall.) Wenn aus dem Großbetrieb der heute nicht mehr arbeitende Besitzer ausscheidet und die Landarbeiter genossenschaftlich diesen Großbetrieb bewirtschaften, dann haben wir auf der einen Seite den Vorteil des Großbetriebes mit seiner Maschinenanwendung und auf der anderen Seite haben die Arbeiter selbst wieder ein eigenes Interesse an dem Betrieb. Das ist der richtige Weg für den Landarbeiterverband und nicht das Rezept von Schulz, nämlich daß darauf hinzuwirken sei, daß die Landarbeiter Bauern werden. Die preußischen Domänen sollen nicht zu Kleinwirtschaften zerstückelt, sondern zu Musterwirtschaften gemacht werden, auf denen die Arbeiter zu Selbstwirtschaftern erzogen werden, was die beste Vorbereitung für den genossenschaftlichen Betrieb in der Landwirtschaft wäre. So können wir das einzig richtige Ziel, den genossenschaftlichen Großbetrieb in der Landwirtschaft zu erreichen. (Beifall.) Frau Sieg bespricht den Mangel jeglichen Arbeiterinnen- und Kindererziehunges in der Landwirtschaft. Dank der Be-

stimmung, daß es nicht zwingende Pflicht der Krankenkassen ist, den Hebammen Hebamme und Arzt zur Verfügung zu stellen, haben allein in Ostpreußen 127 000 Frauen ohne Hebamme und Arzt entbinden müssen. (Hört! hört!) Als ich jüngst im Wahlkampf in Greiz dies bekannt gab, sagte der nationalliberale Agitator Jakob: Es geht auch so. (Lebhaftes Hört! hört!) Infolge dieser länderlichen Zustände ist die Kindersterblichkeit auf dem Lande viel größer als in den Städten. Die Kinderarbeit auf dem Lande ist immer noch uneingeschränkt. Der Bundesrat hat zwar über ihren Umfang eine Erhebung angeordnet, aber das seit 7 Jahren vorliegende Ergebnis ist für Preußen heute noch nicht bekannt gegeben! In Bayern waren 100 500 Kinder in der Landwirtschaft und 45 892 in häuslichen Diensten beschäftigt, darunter viele unter acht Jahren. Wie arg müssen die Zustände in Preußen sein, wenn man sie geheim hält! Durch die Erwerbsarbeit leiden die Kinder nicht nur in sittlicher Beziehung Schaden, sie bleiben auch in der körperlichen Entwicklung zurück. Hunderte werden durch Unfälle verletzt, wofür sie Bettekranken erhalten, die Konserervative, Nationalliberale und Zentrum auch noch überhaupt streichen wollten; endlich zeigen die Schulprüfungen von Hülfskindern, daß diese Kinder auch geistig zurückbleiben. Alle Pädagogik verliert gegenüber einer Geistesverfassung, die man mit dem Goetheschen Wort bezeichnen könnte: „Und Warmbilder sieh und sehn mich an; was hat man dir, du armes Kind, getan?“ Wir fordern die Ausdehnung des Kindererziehunges auch bedwegen, weil wir den hohen pädagogischen Wert der Arbeit zu schätzen wissen. Deswegen fort mit der Erwerbsarbeit, her mit der Arbeitsschule! (Lebhaftes Bravo!) Wir fordern, daß ein wenig Sonne in das Dunkel des Lebens der Kinder gebracht werde. Je mehr Schul- und Fürsorge die Landarbeiter genießen, um so eher werden wir sie zu Mitgliedern des großen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse gewinnen. Unsere Agitation muß die Landarbeiter aufmitteln zum Bewußtsein ihrer Klassenlage, dann wird auch für sie der Sozialismus das Evangelium der Befreiung aus geistiger Minderständigkeit, politischer Knechtschaft und wirtschaftlicher Ausbeutung werden. (Lebhaftes Beifall.)

Heiden-Brandenburg: In Westdeutschland werden im Winter viele Bauarbeiter als Waldarbeiter beschäftigt, und da haben sie unter denselben Verhältnissen zu leiden, wie die Landarbeiter. Die ganze preußische Gegend ist auf den Gutsbezirk zugeschnitten, gilt aber auch für den Westen und für größere Kommunen. Auch die Reichsregierung betr. die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse ist ganz in Abhängigkeit geraten von den preussischen Junkern. Gegen den Willen der Regierung haben die Junker mit dem Zentrum die von Kayenstein erwähnte Bestimmung der Reichsversicherungsordnung durchgesetzt. Schwierigkeiten für unsere organisatorische Arbeit liegen in den Nachwirkungen jahrhundertelanger Verklammerung der Landarbeiter. Diese psychologische Struktur zu beseitigen, ist eine unserer schwierigsten Aufgaben. Da über die Errichtung von Landkrankenkassen das Oberversicherungsamt nach Anhörung des Versicherungsamtes zu entscheiden hat, müssen unsere Genossen in diesen Kreisen die Errichtung von Landkrankenkassen möglichst verhindern, auch bei der Festsetzung der Löhne durch diese Behörden können unsere Genossen die skandalöse zu niedrige Festsetzung beseitigen helfen. (Beifall.)

Reusch-Berlin IV: Die Junker beginnen, neben der Peitsche auch das Juckerbrot der „Wohlfahrtsämter“ anzuwenden. Da wird allerdings schon die Stiftung einer Badeanstalt für eine ganze Reihe von Dörfern oder eines Verbandes oder die Anstellung einer Krankenpflegerin für mehrere Dörfer mächtig hervorgehoben. Man stellt den Landarbeitern auch Lesestoff zur Verfügung, zum Beispiel „Sonntagsblätter“, „Kleiner Nistonsfreund“, „Berliner Nistonsfreund“, „Himmelan“, „Ehernes Kreuz“ usw. Aber aus den hier und da erscheinenden Betrachtungen der Großgrundbesitzer über die Möglichkeit einer Einschränkung der Landarbeit ergibt sich doch immer wieder, daß nach Ansicht der Gutbesitzer die dümmsten Arbeiter die Besten sind. Die ganzen Wohlfahrtsanstalten sind schließlich aus Furcht vor der Sozialdemokratie geschaffen. Die Landarbeiter werden unter unserer Aufsicht aber auch einsehen, daß das Juckerbrot sie nur von der Arbeiterbewegung fernhalten soll. (Beifall.)

Kayenstein: Da auf dem Lande fast nur Versammlungen unter freiem Himmel möglich sind, sollten wir unter der Hand möglichst überall abgelegene Plätze für lange Zeit pachten, was nicht viel kosten würde. Auch Sekretariate müßten wir auf dem Lande einrichten und unsere Sekretäre müssen an den verschiedenen Wochentagen in einem bestimmten Dorfe regelmäßig zu sprechen sein. Ich beantrage, mit den Genossen Horn und Hofer, der Resolution die Forderung hinzuzufügen, daß eine Beaufsichtigung der Arbeitsverhältnisse, Wohnungen und Verpflegung der Landarbeiter durch unabhängige, unter Mitwirkung der Arbeiter selbst bestellte Beamte und eine durchgreifende Unfallversicherung geschaffen werden soll. Weiter beantrage wir, volle Gleichberechtigung der Landarbeiter in Gemeinde- und Kommunalverbänden, Abschaffung der Gutsbezirke und Ersetzung der Amtsvorsteher durch freigewählte Landbürgermeister zu verlangen. Es fehlt aber in der Resolution auch noch unser Endziel, die Enteignung der Großgrundbesitzer, damit die Landarbeiter-Genossenschaften den enteigneten Besitz bewirtschaften können. Wir beantragen also auch, die Forderung der Enteignung des landwirtschaftlichen Großbesitzes behutsam Schaffung einer freien und wohlhabenden Arbeiterbevölkerung und der vollen Koalitionsfreiheit für die Landarbeiter zu erheben. Die gedrücktesten Arbeiterschichten sind die letzten und stärksten Stützen des heutigen Systems. Brechen diese Stützen, dann fällt das ganze System zusammen. (Beifall.)

Reusch-Brandenburg polemisiert gegen Hofer, der ihn mißverstanden habe. Gewiß gibt es auch beim Kleingrundbesitz eine Grundrente. Wenn der Kleingrundbesitzer auch gern mit Vorteil veräußert, so überlegt er, daß er dadurch seinem Nachfolger eine höhere Zinsenlast auferlegt und seine Verursachung mißbilligt. Mit meinen Ausführungen wollte ich Artur Schulz entgegenzutreten und sagen, daß von Jölle erst geredet werden kann, wenn die Grundrente restlos der Gesamtheit zufällt, sei es, daß Grund und Boden ihr gehört, sei es, daß durch eine entsprechende Besteuerung die erhöhte Grundrente fortgenommen wird. Mit dem genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetrieb werden wir Anfangs ebenso bittere Erfahrungen machen wie früher in den Städten mit den Konsumvereinen, denn die Rentabilität eines genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebes hängt vor allem von der wirtschaftlichen und politischen Reife der Landbewohner ab, die von unserer Landarbeiterorganisation herbeigeführt werden muß. Wir müssen auf dem Lande sozial Parteisekretäre bekommen, als es Pfaffen gibt. (Heiterkeit.) Unsere Gegner haben ihre Interessenvertreter außerdem noch in den Lehrern, Landräten und Gendarmen. Geben wir unseren Soldaten auf dem Lande die nötigen Offiziere und wir werden neben der städtischen auch eine ländliche Armee bekommen. (Beifall.)

Zubeil-Berlin: Auf die Hauptfrage, wie wir mehr als bisher das Vertrauen der Landarbeiter gewinnen können, ist uns Schmidt die Antwort schuldig geblieben. Heute geht noch sehr oft das laune Erzeugnis wieder verloren. (Sehr wahr!) Die weitgehende Familienunterstützung des Kriegervereinbundes auf dem Lande, auch an Nichtmitgliedern, muß uns zu denken geben. Die Frage der für die Landarbeiter aufzuwendenden Mittel darf keine Rolle spielen. Wir müssen überall Auskunftsstellen für die Landarbeiter einrichten und ihre Interessen vor Gericht vertreten. Das ist zunächst das wichtigste, der Genossenschaftsbetrieb ist Zukunftsmusik. (Sehr richtig!) Die Versammlungen allein machen es nicht, denn das gewöhnliche Wort verfliegt. Mehr Mittel für dauernde Arbeit! Nehmen Sie den Antrag Kayenstein an. (Beifall.)

Marchionini-Königsberg: So wie man vor einigen Jahren in Oppenheim für den Winter die Handweberei und sonstige Heimarbeit einführen wollte, um die Landarbeiter ans Land zu fesseln, so soll

das jetzt durch eine Kindviehversicherung geschehen. Auch die Raiffeisenvereine bringen die Kleinbauern in Abhängigkeit; wenn sie uns ihre Stuben zu Versammlungen geben, kündigt man ihnen die Darlehen. Auch die famose Landarbeiterparlase des Freiherrn v. Wangenheim, wo die Arbeiter bei Fortzug um ihre Ersparnisse kommen sollen, verdient alle Aufmerksamkeit. Wir haben für 16 ländliche Wahlkreise erst einen Parteisekretär und bitten um einen zweiten. Hoffentlich erfüllt der Parteivorstand diesen Wunsch.

Die Rednerliste ist erschöpft.

Referent Georg Schmidt

Berichtigt in seinem Schlusswort zunächst, daß der gestern erwähnte Agrarier Köster in Meldingen, Provinz Hannover, nicht Amtsvorsteher, sondern Gutsvorsteher sei. In die Resolution bitte ich einzufügen, daß wir auch von der Gemeinde die Errichtung gesunder Arbeiterwohnungen verlangen. Auf die Erörterungen über die Agrarfrage kann ich nicht eingehen, denn das ist Sache des deutschen Parteitages. Die gedruckten Entschuldigungsverträge sind zuerst Anfangs der 90er Jahre von dem Rechtsanwalt Euchsland in Halle für den Bund der Landwirte ausgearbeitet worden. Damals sollten die Strafgelder noch in die Armenkasse fließen, jetzt fließen sie in die Taschen der Gutsbesitzer. Die Sozialdemokratie hat keineswegs ein Interesse daran, die Landflucht der Landarbeiter zu fördern. Wir wollen im Interesse der Landwirtschaft, daß die tüchtigen Arbeitskräfte auf dem Lande verbleiben. Das liegt auch in unserem Interesse, denn es sind ja immer die tüchtigsten Arbeiter, die sich organisieren. Das mag nach der agrarischen Seite hin als offizielle Erklärung gelten — wir werden auch mit dem Jesuiten aus evangelischem Lager, dem Abg. Behrens, fertig werden, denn man an die Spitze des neugegründeten christlichen Konkurrenzlandarbeiterverbandes gestellt hat. Um der Befämpfung der freien Gewerkschaften willen werden die Junker auch die christliche Landarbeitergewerkschaft unterstützen. Gegenüber Darf bemerke ich, daß Photographien doch kein Bild der Wahrheit geben können. Da kann ein Dungenhausen romantisch aussehen, und den ganzen Schmutz und das Ungeheuer kann man nicht mitphotographieren. — Die kleinen Bauern sind ebenso reaktionär wie die kleinen Handwerker. Eher überzeugt man doch einen Großgrundbesitzer von den Zielen des Sozialismus, als einen solchen Eigentumsfanatiker. Die Gutsbesitzer wissen selbst, daß sie mit den ausländischen Arbeitern nicht so gut wegkommen wie mit den Inländern. — Hofer stimme ich in ganzen zu. Der freisinnige Wahlerfolg auf dem Lande kommt nicht, wie Artur Schulz schrieb, von einem Nachlassen des Terrorismus der Großgrundbesitzer, sondern von der freisinnigen Abstimmung der Handwerker. In den wägen Wahlbezirken können die Landarbeiter nicht sozialdemokratisch wählen. Dr. Kaup hat festgestellt, daß heute auch die Behauptung nicht mehr zutrifft, daß das Land allgemein bessere Rekruten stelle. (Hört! hört!) Der Referent bespricht dann noch die hurrapatriolischen und kirchlichen Jugendsangbestrebungen auf dem Lande und die sogenannten Wohlfahrtsanstalten; der Massenkauf von Versammlungspflügen würde mehr kosten, als er wert ist. In rüstständigen Gegenden dürfen die Leute nicht erst von dem Ueberwachenden gesehen werden. Viel besser sind kleine Versammlungen. Alles das gehört überhaupt nicht vor die Öffentlichkeit. (Zustimmung.) Durch die Anträge Kayensteins würde die Resolution zu lang und geriet in die Agrarfrage hinein. Wo soll das Geld für soziale Sekretäre herkommen? Die Landarbeiterurteile der Gerichte müssen mehr bekannt werden. Ein Gutbesitzer, der mehrmals vor Gericht gestellt wurde, nimmt sich dann mehr in Acht. Unsere Landtagitation soll nicht geräuschvoll sein, sie soll mit den Landarbeitern in ihrer Sprache reden, und es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn wir dann nicht weiter vorwärts kommen. (Lebhaftes Beifall.)

Der Antrag Kayenstein betr. Enteignung des Großgrundbesitzes wird abgelehnt. Seine weiteren Anträge werden angenommen, ebenso, und zwar einstimmig, die Resolution der Landeskommission mit der vom Referenten beantragten Ergänzung, daß auch von den Gemeinden der Bau von Arbeiterwohnungen gefördert wird.

Es folgt der Punkt:

Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Wahlrechtskampf in Preußen.

Dierzu liegen folgende Resolution der Landeskommission und folgende Anträge vor:

Da die Parlamentswahlen für die Sozialdemokratie in erster Linie der Entfaltung der Agitation zur Aufklärung der Massen dienen, so sind die Parteigenossen verpflichtet, sich auch in Preußen überall an den Landtagswahlen zu beteiligen.

Für die Wahl gelten folgende Grundsätze:

A. Für die Urwahlen.

1. Wo es gelingt — und sei es auch nur in einem Orte eines Landtagswahlkreises — sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen, müssen sich die Genossen an den Urwahlen in allen drei Wählerklassen beteiligen; sie dürfen in diesem Falle nur für die sozialdemokratischen Wahlmänner stimmen.
2. Wo sozialdemokratische Wahlmänner nicht aufgestellt werden können, sind die Genossen nur mit Genehmigung des Geschäftsführenden Ausschusses der Landeskommission berechtigt, für bürgerliche Wahlmänner zu stimmen, vorausgesetzt, daß deren Abgeordnetenmandaten spätestens fünf Tage vor den Urwahlen schriftlich zu Händen des sozialdemokratischen Wahlkomitees erklärt haben, daß sie für den Fall ihrer Wahl in jeder Session im Abgeordnetenhaus die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sowie eine Neuerteilung der Wahlkreise auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung beantragen oder für solche Anträge stimmen werden, wenn sie von anderer Seite gestellt werden.
3. Für Stichwahlen zwischen bürgerlichen Wahlmännerkandidaten gelten folgende Regeln:

- a) In Landtagswahlkreisen, in denen nur ein Abgeordneter zu wählen ist, unterstützen die Parteigenossen bürgerliche Wahlmännerkandidaten nur unter der Voraussetzung der Ziffer 2 und mit Genehmigung des Geschäftsführenden Ausschusses.
- b) In Landtagswahlkreisen, in denen mehrere als ein Abgeordneter zu wählen ist, unterstützen die Parteigenossen die Wahlmännerkandidaten derjenigen bürgerlichen Parteien, deren Wahlkomitee sich verpflichtet, der Sozialdemokratie ein Mandat abzutreten, vorausgesetzt, daß der zur Stichwahl stehende Wahlmann vor der Wahl schriftlich eine Erklärung abgegeben hat, daß er bereit und unabhängig genug ist, bei den Abgeordnetenwahlen für einen sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Bei Nichterfüllung dieser Bedingungen ist Stimmenthaltung zu üben.

B. Für die Abgeordnetenwahlen.

1. Bei der Abgeordnetenwahl müssen die sozialdemokratischen Wahlmänner im ersten Wahlgang für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen, so weit nicht unter Ziffer 2 und 3 Ausnahmen zugelassen sind.
2. Gibt die Sozialdemokratie in Landtagswahlkreisen mit mehr als einem Abgeordneten bei der Stichwahl den Ausschlag, so hat sie die Abtretung eines Mandates zu fordern. Wird diese Forderung bewilligt, so stimmen die sozialdemokratischen Wahlmänner schon im ersten Wahlgang außer für einen sozialdemokratischen Kandidaten für die Kandidaten der betreffenden bürgerlichen Parteien. Wird diese Forderung nicht bewilligt, so stimmen die sozialdemokratischen Wahlmänner

im ersten Wahlgang nur für ihre Kandidaten und enthalten sich bei der Stichwahl der Stimme.

8. Mit Genehmigung der Landeskommission können die sozialdemokratischen Wahlmänner schon im ersten Wahlgang für bürgerliche Kandidaten stimmen, falls als Gegenleistung in bestimmten anderen Wahlkreisen bürgerliche Wahlmänner schon im ersten Wahlgang für sozialdemokratische Kandidaten stimmen.

4. Finden in Landtagswahlkreisen mit einem Abgeordneten Stimmzettel zwischen bürgerlichen Parteien statt, so dürfen die sozialdemokratischen Wahlmänner nur unter der Voraussetzung von A Ziffer 2 mit Genehmigung des Geschäftsführenden Ausschusses der preussischen Landeskommission für einen bürgerlichen Kandidaten stimmen.

Die Anträge lauten:

Königsberg i. Pr.: 1. Für die Landtagswahlen bildet der Parteivorstand gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Ausschuss der Landeskommission das Zentralkomitee. 2. Die Parteigenossen haben sich, wo es nur irgend möglich ist, mit sozialdemokratischen Wahlmännern an den Urwahlen zu beteiligen. Wo sozialdemokratische Wahlmänner nicht aufgestellt werden können, sind die Parteigenossen, doch nur mit Genehmigung des Zentralkomitees, berechtigt, für bürgerliche Wahlmänner zu stimmen, vorausgesetzt, daß deren Abgeordnetenandidat schriftlich erklärt, er werde für den Fall seiner Wahl in jeder Session im Abgeordnetenhaus die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, sowie eine Neueinteilung der Wahlkreise auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung beantragen oder für solche von anderer Seite gestellte Anträge stimmen, und er werde gegen jeden Antrag auf Verschlechterung des bestehenden Wahlrechts stimmen, insbesondere gegen jedes Mehrstimmrecht, gegen Bildung der Wählerabteilung aus mehreren Urwahlbezirken und gegen Erhöhung der für die Urwahlbezirke zulässigen Seelenzahl.

Magdeburg: Der preussische Parteitag bekräftigt die Beschlüsse der Parteitage von 1907 und 1910, wonach die Parteigenossen verpflichtet sind, den Kampf gegen das erbärmlichste aller Wahlsysteme mit allen dem organisierten Proletariat zu Gebote stehenden und zweckentsprechenden Mitteln zu führen. Als eins der nächsten und wichtigsten Mittel zu diesem Zweck erachtet der Parteitag eine tiefe Wahlbeteiligung bei den bevorstehenden Landtagswahlen. Er macht deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, schon jetzt alle Vorbereitungen zu treffen, um eine gründlich veränderte Zusammenlegung des Dreiklassenhauses in der Richtung einer Wahlrechtsreform zu ermöglichen. In erster Linie gilt es, besonders in den Großstädten und Industriestädten, durch die größtmögliche Zahl sozialdemokratischer Wahlmänner die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter zu erwirken. Um jedoch das nächste Ziel, die Beseitigung oder wesentliche Schwächung der wahrheitsfeindlichen Mehrheit zu erreichen, wird die Landesparteileitung ermächtigt, schon für die Urwahlen geeignete Maßnahmen zu treffen, um in solchen Kreisen, in denen die Sozialdemokratie Aussicht auf eigenen Mandaterfolg nicht hat, die Verteilung der Dreiklassenstimme unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu kürzen.

Für die Abgeordnetenwahl gilt dieselbe Richtlinie. Die gewählten sozialdemokratischen Wahlmänner haben sich unbedingt an der Abgeordnetenwahl zu beteiligen und auf jeden Fall das Gewicht unserer Wahlmannsmandate gegen ausgesprochene Vertreter des Dreiklassenwahlrechts zur Geltung zu bringen. Die tatsächlichen notwendigen Entscheidungen trifft die Wahlkreisorganisation im Einverständnis mit der Landesparteileitung.

In der Erkenntnis, daß alle, die in der Wahlrechtsreform nach wie vor die dringende Aufgabe der Gegenwart sehen, im nächsten Wahlkampf an die Seite der Sozialdemokratie treten müssen, fordert der Parteitag die Parteigenossen auf, alle Kraft zu dem Zweck einzusetzen, um als wichtigstes Ziel dieses Wahlkampfes die Beseitigung der Dreiklassenmehrheit zu erreichen.

Berlin II: Bei Nachwahlen zum preussischen Landtag haben Kreise, in denen keine Aussicht auf Erfolg ist, das Recht, in Verbindung mit dem Bezirksvorstande selbstständig zu entscheiden, ob sie sich an der Wahl beteiligen oder nicht.

Breslau: 1. Der Parteitag wolle beschließen, daß bei der Landtagswahl für die Fortschrittler nur Dienste gegen Gegenleistung zu leisten sind.

2. Der Parteitag möge unter keinen Umständen das Zentrum als das kleinere Übel betrachten, möge auch die Situation liegen wie sie wolle.

Nordhausen: 1. Der Parteivorstand soll keine zentralen Abmachungen mit einer bürgerlichen Partei abschließen, die generell die sozialdemokratischen Wahlvereine verpflichtet, für bürgerliche Kandidaten zu stimmen.

2. Ueberall dort, wo die Freisinnigen mit den nationalliberalen Ruralwahlrechtsfreunden und Koalitionsrechtsgegnern Gelegenheitsbündnisse abgeschlossen haben, soll den Freisinnigen keine sozialdemokratische Stimme zufallen.

Referent Landtagsabgeordneter Hirsch-Berlin:

Der Zeitpunkt der Wahlen ist noch ganz unbestimmt; die einen wollen sie vor dem Regierungsjubiläum Wilhelm II. abgeschlossen sehen, die anderen möchten sie hinausschieben, weil ihnen der Zug nach links noch zu stark erscheint. Jedenfalls müssen wir gerüstet sein. Die Regierung denkt gar nicht daran, noch vor den Wahlen eine Wahlrechtsvorlage einzubringen, nicht einmal an ein Rotgebet, das wenigstens für diesmal die geheime Wahl vorschreibt, ihr ist das Königsbergersprechen von 1908 durch die Weismannsche Wahlrechtsvorlage erfüllt. Für alle diejenigen, die ein wirklich freies Wahlrecht für Preußen erstreben, kann es also nur eine Wahlparole geben: Gegen die offenen und verkappten Anhänger des Dreiklassenwahlrechts!

Die einfache Unterscheidung der preussischen politischen Parteien in Wahlrechtsfreunde und Wahlrechtsfeinde ist nicht möglich. Es sind vielmehr vier Gruppen zu unterscheiden: erstens die Konservervativen und ihr Anhang, die zwar innerlich selbst von der Ungeheuerlichkeit des Dreiklassenwahlrechts überzeugt sind, aber um ihres guten Geschafes willen keine Änderung wollen. Die Freikonservervativen wollen an der Wurzel des Dreiklassenwahlrechts nicht rütteln lassen und verstehen unter einer Reform eine solche, die die Sozialdemokraten überhaupt dauernd vom Landtag ausschließt. Die Nationalliberalen unterscheiden sich nicht wesentlich davon. Am 27. Mai 1910 erklärte Abgeordneter Friedberg, daß sie grundsätzlich nur in der direkten und geheimen Wahl eine befriedigende Lösung erblicken, daß sie aber trotzdem zu einer Verständigung bereit seien, wenn man ihnen gewisse Konzessionen mache. Dann würden schließlich auch ihre Bedenken gegen die indirekte Wahl, wenn auch nicht völlig beseitigt, so doch einigermaßen abgeschwächt werden. Uebrigens bedeutet die direkte Wahl auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts durchaus nicht immer einen Fortschritt. Wir fordern sie, aber doch nicht in Verbindung mit der Dreiklassenwahl. Wenn jede Klasse ihre besondere Abgeordneten wählt, wäre die direkte Wahl ein Fortschritt. Aber das wollen die Nationalliberalen gar nicht.

Wir haben dann weiter die Gruppen derer, die das Dreiklassenwahlrecht zwar beseitigen, aber an seine Stelle ein Pluralwahlrecht setzen wollen, weiter die theoretischen Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, und endlich die wirklichen Anhänger dieses Wahlrechts.

Die Reform von 1910 sah die direkte Wahl vor, ihre Begründung fällt ein geradezu vernichtendes Urteil über das System der indirekten Wahl, aber was die Regierung an ihre Stelle setzen wollte, war schwerlich eine Verbesserung. Die Abgeordneten sollten zwar von den stimmberechtigten Wählern des Wahlbezirks gewählt werden, aber durch den Modus der Ermittlung des Wahlergebnisses wäre der Wille der Wähler in das direkte Gegenteil verkehrt und der Wert der direkten Wahl überhaupt ausgehöhlet worden. Ein Beispiel: wir hätten zwei Parteien, Sozialdemokraten und Konservervative. Der Sozialdemokrat bekommt in der ersten Abteilung 200 Stimmen, in der zweiten 1000 und in der dritten 15 000, zusammen 16 200 Stimmen. Der Konservervative bekommt in

der ersten Abteilung 800, in der zweiten Abteilung 3000 Stimmen und in der dritten Abteilung gar keine Stimme, also zusammen 3800 Stimmen. Nach der Weismann-Hollwegchen Wahlrechtsvorlage wäre dann nicht der Sozialdemokrat mit seinen 16 200, sondern der Konservervative mit seinen 3800 Stimmen gewählt. Das nannte Weismann-Hollweg die Erziehung der indirekten durch die direkte Wahl. An dem Ergebnis der preussischen Wahlen wäre dadurch nichts geändert worden und wir brauchen uns für eine solche Erziehung der indirekten durch die direkte Wahl wirklich nicht besonders zu erwärmen. (Sehr richtig!) Ohne Beseitigung der Klassen-einteilung kann solche Wahlrechtsreform nur den Anschein erwecken, als ob die Wähler etwas zu sagen hätten, während sie in Wirklichkeit nach wie vor rechtlos sind. (Zustimmung.) Die Nationalliberalen aber sind sogar bereit, diese beschiedene Forderung der direkten Wahl preiszugeben, wenn sie dafür größere Rechte für die Großindustrie des Westens erkaufen können. Auch in Bezug auf die geheime Abstimmung sind die Nationalliberalen durchaus nicht fahrlässig. In der „National-Zeitung“ warf erst vor wenigen Tagen der Jungliberale Dr. Böns gen den Nationalliberalen vor, daß gerade ihre Forderung bei der Abstimmung über die von den Nationalliberalen beantragte geheime und direkte Wahl im Abgeordnetenhaus gefehlt haben. (Hört! hört!) Von den 64 nationalliberalen Abgeordneten fehlten bei dieser Abstimmung nicht weniger als 18 (Hört! hört!), und das waren durchaus nicht nur die Schamacher des Westens. Ich begreife daher nicht, wie man sich der Hoffnung hingeben kann, daß die Nationalliberalen ernsthafte Anhänger der direkten und geheimen Wahl seien. Die Nationalliberalen sind nur vornehmer und schlauer als die Konservervativen und erklären ihre Wahlrechtsfeindschaft nicht so offen.

Einzig und allein von geschäftlichen Gesichtspunkten läßt sich bei der Wahlrechtsfrage das Zentrum leiten. Es fordert zwar programmatisch die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, hat aber von jeder diese Programmforderung selbst mit Füßen getreten. Mit vollem Recht hat man sich entristet über den widerträglichen Verrat, den das Zentrum im Jahre 1910 bei der Behandlung der Wahlrechtsfrage im Landtag geleistet hat, indem es bei der entscheidenden Abstimmung ebenso wie die Nationalliberalen seine Mannen abkommandierte. In der Tat gibt es kein Wort, das scharf genug ist, um das heuchlerische Gebahren des Zentrums zu brandmarken. (Sehr richtig!) Aber man tut dem Zentrum sehr unrecht, wenn man es so hinstellt, als hätte es sich 1910 jämmerlicher benommen, als in früheren Jahren. (Sehr richtig!) Die Zentrumstatistik von 1910 ist nur die Wiederholung desselben Spiels, das das Zentrum bereits 1892 getrieben hat, als es in der Stille der Kommissionsverhandlungen mit den Konservervativen ein Kompromiß abschloß, und den Konservervativen im Interesse der ostelblichen Großgrundbesitzer das Zugeständnis machte, daß die steuerfreien Wähler, die sogenannten „Dreimänner“, immer auf die dritte Klasse beschränkt werden, und daß die Grund- und Gebäudesteuer voll angerechnet werden soll. Dafür machten die Konservervativen dem Zentrum das Zugeständnis, daß bei der Klassenbildung Beträge über 2000 Mark nicht angerechnet werden sollen. Dieses letzte Zugeständnis wurde aber vom Herrenhaus abgelehnt, und es blieben nur die vom Zentrum den Konservervativen zugesandenen Wahlrechtsverschlechterungen. Die Forderung des Zentrums auf Nichtanrechnung der Beträge über 2000 M. war natürlich nicht von dem Bestreben diktiert, das preussische Wahlrecht seines plutokratischen Charakters zu entkleiden, sondern es kam dem Zentrum darauf an, mit Hilfe dieser Bestimmung einen größeren Einfluß auf die zweite Wählerklasse im Rheinland zu gewinnen und so die Nationalliberalen aus ihren Bezirken im Rheinland zu verdrängen. Genau das war auch das Bestreben des Zentrums im Jahre 1910, wo es die von den Nationalliberalen verlangte Drittelung über die Gemeinden auch nur darum bekämpfte, weil sonst die Nationalliberalen das Rheinland erobert hätten.

Ich komme nun zu der vierten Gruppe der Parteien, das sind die Fortschrittler, die die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und eine gerechtere Wahlkreiseinteilung fordern, und die Sozialdemokraten, die darüber hinaus das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Staatsbürger über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts verlangen. Ich will hier unumwunden zugeben, daß die Fortschrittler in den letzten Jahren in der Wahlrechtsfrage eine entschlosseneren Haltung gezeigt haben, als in früheren Jahren, und daß sie bei der Behandlung der Wahlrechtsvorlage im Jahre 1910 ihren Mann gestanden haben. Aber darüber darf man nicht vergessen, daß sie noch 1904 zusammen mit den Nationalliberalen den bekannten Antrag eingebracht haben, der nicht einmal die geheime Abstimmung forderte, sondern sogar durch die Forderung der Beseitigung der Drittelung in den Gemeinden darauf hinausgelaufen wäre, die Sozialdemokratie dauernd vom Abgeordnetenhaus fernzuhalten. Man darf auch nicht vergessen, wie der Abg. Fischel selbst in der bekannten Erklärung des Fürsten Bismarck vom 10. Januar 1908, die doch eine strenge Abgabe an jede wirkliche Wahlrechtsreform bedeutete, noch etwas Erzeuliches erwiderte. (Hört! hört!) Die Freisinnigen waren doch damals in der Woge sehr beiseitend, und in ihrer Freude darüber, daß Bismarck überhaupt sich zu einem fortschrittlichen Initiativantrag äußerte, vergaßen sie ganz zuzubören, was ihr lieber Bismarck zur Wahlrechtsfrage zu sagen hatte. Zweifellos ist die entschlosseneren Haltung der Fortschrittler in den letzten Jahren nicht auf ihre eigene Initiative zurückzuführen, sondern darauf, daß Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus anwesend sind, und auf einen gewissen Selbsterhaltungstrieb der Fortschrittler, weil sie sich sagten, wenn sie sich weiter so zaghaft und lau verhalten, dann werde die von der Sozialdemokratie angeführte Wahlrechtsbewegung auch über die Fortschrittler hinweggehen.

Diese historische Reminiscenz war notwendig zum Verständnis der Taktik, die wir bei den bevorstehenden Wahlen einzuschlagen haben. Ich muß zunächst einige Worte zu dem bekannten Vorschlag von Eisner sagen, wir sollten mit Ausnahme der wenigen Kreise, wo wir eigene Mandate erlangen können, schon bei den Urwahlen jedem Mann unsere Stimme geben, der nicht blau und nicht schwarz ist. Dieser Vorschlag ist ja erfreulicherweise von unserer gesamten Parteipresse fast einmütig beurteilt worden. Ich gebe zu, daß Eisner von der besten Absicht befehle ist, aber seinem Vorschlag selbst kann ich nicht zustimmen. Ich gebe auf ihn ein, einmal deshalb, weil Bernstein einen ähnlichen Vorschlag gemacht hat, und zweitens, weil täglich in der Presse der Linken und Vereinigt auch in der Parteipresse behauptet wird, wenn wir nicht die Taktik von Eisner einschlagen, dann wäre an eine Schwächung der Reaktion nicht zu denken. Bernstein schlägt vor, wir sollten mit Ausnahme gewisser Kreise die Linken gegen die Parteien der Rechten ohne Rücksicht auf Gegenseitigkeit unterstützen.

Also selbständiges Vorgehen nur dort, wo wir 1908 gesiegt haben oder wo das Verhältnis annähernd dasselbe ist, wie 1908 in Breslau. Im übrigen aber überall Unterstützung der Linkenliberalen und zwar ohne Rücksicht auf Gegenseitigkeitsdienste. Das heißt also, daß wir in ganz Preußen in fast allen Kreisen ohne Rücksicht auf Gegenseitigkeit die Linkenliberalen unterstützen sollen. (Bernstein: Erst in der Stichwahl!) Ihr Vorschlag weicht in dieser Beziehung von Eisner ab, der diese Unterstützung schon für die Urwahlen verlangt hat. Demgegenüber vertritt ich die von der Landeskommission vorgeschlagene Resolution, die verlangt, daß wir zunächst überall, wo wir überhaupt sozialdemokratische Wahlmänner aufstellen können, energisch schon bei den Urwahlen vorzugehen haben und zwar durch Stimmabgabe für sozialdemokratische Wahlmänner. Wer behauptet, daß wir mit einer solchen Taktik des Stimmabgebens auf einen ernsthafte Kampf gegen die Reaktion verzichteten, überseht, daß das Jähren der unter der öffentlichen Stimmenabgabe ohne Furcht vor Vorkost oder Terrorismus abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen keine große Bedeutung hat. (Sehr richtig!) Je schlüssiger wir ziffernmäßig nachweisen können, daß Hunderttausende — vielleicht werden es diesmal eine Million — allen

Gefahren zum Trost für den Sozialdemokraten eintreten, desto besser können wir der Regierung zeigen, wie das Volk denkt und weicht. Die Unterwerfung des Reiches zwischen dem Willen des Volkes und den Anschauungen der herrschenden Klassen. (Beifall.) Eine solche Stimmabgabe kann nicht ohne Einfluß auf das schicksalhafte Schicksal der Wahlrechtsreform in Preußen bleiben. Gewiß ist die Beteiligung unter dem Dreiklassenwahlrecht auch heute noch lächerlich gering. Aber sehen wir nicht die gleiche Erscheinung auch bei Stadtverordnetenwahlen mit öffentlicher Stimmabgabe? Tausende bleiben eben fern, weil sie den Terrorismus der Behörden oder der bürgerlichen Parteien fürchten und in den Großstädten fürchten sogar noch manche Arbeiter eine Wahlregelung wegen ihrer Stimmabgabe. Gerade diese schwache Wahlbeteiligung ist ein Beweis für die Notwendigkeit unserer Aufklärungsarbeit und diese Arbeit können wir am besten leisten, wenn wir unsere Anhänger auffordern, für sozialdemokratische Wahlmänner zu stimmen. Der Vorwurf einer Stärkung der Reaktion trifft uns nicht, sondern fällt auf die Fortschrittler zurück. Wenn die Fortschrittler nicht den Sozialdemokraten, sondern den Reaktionär wählen, so stärken nicht wir, sondern sie die Reaktion. (Zustimmung.) Falsche Stichwahlen sind für die Fortschrittler solche Stichwahlen, bei denen sie selbst ausfallen. (Weiterkeit.) Aber sie können wirklich nicht von uns verlangen, daß wir als die stärkste Partei auf die Aufstellung von Kandidaten verzichten, nur damit die Freisinnigen in die Stichwahl kommen.

Man hat dann die Parole ausgegeben: möglichst starke Verschlebung des Mandatsbesitzes der Parteien von der konservativenliberalen Verdrängung zur bürgerlichen Linken. Gewiß ist eine konservativ-liberale Mehrheit sehr schädlich, aber ist eine konservativ-nationalliberale Mehrheit denn etwa besser? (Sehr gut!) Man beugt sich auf die Haltung der Nationalliberalen zur Leg. Rede im Jahre 1897. Gewiß ließ sich der Hamburger Parteitag, der die Beteiligung an den Landtagswahlen beschloß, von den Verhandlungen über die Leg. Rede leiten. Aber die Hamburger Resolution, die unter dem frischen Eindruck der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses abgefaßt worden ist, verweist ausdrücklich jedes Bündnis mit einer anderen Partei. Die Nationalliberalen haben nämlich nicht aus Gründen der Gerechtigkeit gegen die Leg. Rede gestimmt, sondern weil sie sich gegen die Wahl selbst hätte richten können. Hätte es sich nur um ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie gehandelt, die Nationalliberalen hätten dafür gestimmt. Mit dem Verbot der Wiederholung an politischen Vereinen und Versammlungen waren die Nationalliberalen ausdrücklich einverstanden. Wenn sie später, nachdem die Leg. Rede zu einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie gestempelt war, trotzdem ausnahmsweise einmal fest blieben, so nur, weil sie die Leg. Rede nur als eine halbe Maßregel ansahen. Das hat der nationalliberale Präzisionsredner Schmieding damals ausdrücklich ausgesprochen. So also sehen unsere nationalliberalen Freunde aus, so treten sie für Volksrechte ein! (Sehr gut.)

Die Nationalliberalen liegen sich also nur von taktischen Gründen leiten, im Grunde ihres Herzens sind sie nach wie vor für die Einschränkung des Vereins- und Versammlungswahlrechts, vor allem des Koalitionsrechts. Ich erinnere nur daran, wie sie nach Arbeitswilligen in Reichstag und Landtag schreien, und wie sie es durchaus gebilligt haben, als die Regierung bei dem letzten Bergarbeiterstreik Militär gegen die Streikenden aufgeschoben hat. Schon darum wäre es ein taktischer Fehler, wenn wir die Nationalliberalen im Abgeordnetenhauses verstärken wollten. Einen Unterschied zwischen den Nationalliberalen des Westens und des Ostens können wir in diesen Fragen nicht machen. Wegen solcher prinzipiellen Fragen gibt es keinen Unterschied zwischen ihnen. Denken Sie doch auch an die jetzigen Auseinandersetzungen im nationalliberalen Lager. Man will den Führer Wasseremann doch nicht deshalb stürzen, weil er zu weit rechts, sondern weil er zu weit links steht. Ich weiß mich fern von jeder Vorliebe für das Zentrum, aber in Bezug auf Ausnahmegeetze gegen Arbeiter haben wir vom Zentrum weniger zu befürchten, als von den Nationalliberalen. Ich empfehle damit gewiß nicht, daß wir für das Zentrum stimmen sollen, ich sage damit nur, es macht für uns und für den Gang der preussischen Entwicklung keinen Unterschied ob wir eine blaue oder eine konservativ-nationalliberale Mehrheit haben. Ob es überhaupt möglich ist, durch die von Eisner und Bernstein empfohlene Taktik die blaue oder eine Mehrheit des Landtages zu beseitigen, will ich dabei ganz unerörtert lassen. Wir müßten dazu den Blaue 92 Mandate abnehmen, und ich möchte den sehen, der das bei dem Dreiklassenwahlrecht ohne die Garantie einer Gegenleistung von den Liberalen für möglich hält.

Auf die liberale Mehrheit des Landtages während der Konfliktzeit darf man sich nicht berufen. Damals lagen die Verhältnisse ganz anders. Damals stand nur die eine Frage: „Regierungswille oder Volkswille“ auf der Tagesordnung, und bis in die höchsten Kreise hinein sympathisierte man mit den Anschauungen des Volkes. Heute verbietet man den schlechtesten Beamten, sozialdemokratisch zu wählen. Glaubt man da wirklich, daß es durch eine stärkere Wahlbeteiligung möglich ist, die schwarzblaue Mehrheit durch eine freisinnig-sozialdemokratische zu ersetzen? Das wird auch in der „Fränkischen Tagespost“ bezweifelt. Sie sagt zurecht: Selbst wenn die Gesamtzahl des großen Zieles willen sich zu einer Selbstkopierung zwingen wollte, so wäre damit keineswegs eine Mehrheit der Linken gesichert; vor allem aber: diese Linke wäre ja in Wirklichkeit keine Linke. (Sehr wahr!) Man darf nicht übersehen, daß sich in diesem Liberalismus die preussischen Nationalliberalen befinden müßten. Die aber unterscheiden sich in ihrer übergroßen Mehrheit kaum anders als durch ihren Namen von den freikonservervativen Schamachern. (Sehr richtig!) Die Nationalliberalen sind so auch in der wichtigen Frage des Volkswillens nicht so zuverlässig, daß wir für sie eintreten könnten. Sie haben 1904 mit den konservativen Parteien einen Kompromißantrag eingebracht, der die Grundlage des reaktionären Volksschulunterhaltungsgesetzes von 1906 gebildet hat. Das Zentrum lachte sich ins Häuschen, weil ihm die nationalliberalen Gegner die Verfassung der Volksschule besorgten. (Beifall sehr richtig!) Bei den Debatten über die Steuerreform hat sich keine Partei mehr als Sachwalter der kapitalistischen Interessen ausgespielt, als die Nationalliberalen. Nach alledem kann es für uns kein Einreden für die Nationalliberalen geben, vor allem kein Einreden ohne Gegenleistung. Der einzige Fall, wo nach unserer Resolution die Wahl eines Nationalliberalen durch uns möglich ist, wäre der, wo in Kreisen mit mehreren Abgeordneten die Nationalliberalen aus einem Abgeordneten einräumen würden, aber ich glaube, daß dieser Fall ein theoretischer bleiben und in der Praxis kaum Geltung erlangen wird. (Sehr wahr!) Wer behauptet, daß die Nationalliberalen durch unser Einreden für sie plötzlich zu einer freisinnigen Politik veranlaßt würden (Weiterkeit), der verkennt völlig die Faktoren, durch die das Verhalten der politischen Parteien beeinflusst wird. (Sehr richtig!) Wir sollten unsere Hoffnung auf die Nationalliberalen endgültig begraben. Ich bin darauf etwas ausführlicher eingegangen, um endlich einmal mit der Anschauung zu brechen, als ob wir im Interesse der Schaffung eines freisinnigen Wahlrechts gezwungen sind, für die Kandidaten der bürgerlichen Linken, einschließend der Nationalliberalen, auch ohne jede Gegenleistung zu stimmen.

Wegen der Mittagspause unterbricht der Redner sein Referat.

Rachmittagsitzung.

Nach der Mittagspause folgt

Referent Landtagsabg. Hirsch-Berlin

seine Ausführungen fort: Mit den Fortschrittler können wir in der Wahlrechtsfrage ein gut Stück zusammengerhen. Aber ich sage auch hier: Nicht Unterstützung der Fortschrittler schlechthin ohne Gegenleistung. Wenn Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften“ sagt, daß diese Parole darauf

hinaus, auch nach den letzten freisinnigen des Landtages durch einen Konserativen zu erleben, so trifft das doch nur dann zu, wenn die Fortschrittler jede Gegenleistung ablehnen oder gar in Kreisen mit mehreren Abgeordneten den Konserativen den Vortritt geben vor der Teilung der Mandate mit uns. Das ist in Teltow-Weesow 1908 und 1909 geschehen, obwohl die Fortschrittler wußten, daß sie durch ihre Taktik uns zur Stimmhaltung zwingen und dadurch die beiden konservativen Mandate sichern. Noch schlimmer war das Wahlbündnis der Fortschrittler mit den Konserativen in dem dreimännigen Kreise Ober- und Niederbarnim.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat sich über ihre Taktik bei den kommenden Wahlen offiziell noch nicht geäußert. Vielleicht absichtlich, vielleicht war es erst ab, was wir befehligen, vielleicht glaubt sie, daß wir sie ohne Gegenleistung überall unterstützen werden. Wenn die im „Tag“ geäußerte Ansicht des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Schupp siegt, daß der Kampf in gleicher Weise nach rechts und links zu führen und ein Bündnis mit der Sozialdemokratie schon wegen der Öffentlichkeit der Stimmabgabe ausgeschlossen ist, dann wird sich die Reaktion ins Häufigste laden können. Die „Kreuzzeitung“ schrieb, daß durch ein Gegenleistungsbündnis die Fortschrittler unsere Basen würden. Nein, wir würden ebenso wenig die ihrigen, es handelt sich um ein unabhängiges ehrliches Abkommen, bei dem keine Partei sich auch nur das allergeringste vergibt. Nehmen aber die Fortschrittler auch diesmal wieder unsere Forderung ab, dann wird man ihnen den Vortritt nicht ersparen können, daß sie genau so, wie 1908 und 1909 auch 1913 die Reaktion gestärkt haben und dann haben sie kein Recht mehr, sich als Gegner der Reaktion in Preußen zu bezeichnen. Eisner meint in der Chemnitzer „Volkstimme“ vom 4. d. M., daß sein Vorschlag nur die sinnigste Anwendung von Parteitagbeschlüssen (Bildung des Stichwahlbündnisses bei den Reichstagswahlen) auf die Landtagswahlen bedeutet. Zwischen seinem Vorschlag und dem Stichwahlbündnis aber ist doch ein Himmelweiter Unterschied, denn jener bezieht sich auf die Urwahlen und dieses beruht auf der Gegenleistung. So wollte die Parteitagmehrheit ihren Beschluß nicht ausgelegt haben. (Sehr richtig!) Die anders gearteten Verhältnisse unter dem Dreiklassenwahlrecht sind in der Resolution vollst. berücksichtigt. Gegen ihre Betonung der Vermengung der Wahlen in erster Linie zur Agitation ziehen verschiedene Parteiblätter, vor allem das Bochumer „Vollblatt“ zu wehe, weil das ein Rückfall in die antiparlamentarische Zeit sei. Ich finde diesen Einwand merkwürdig in einem Augenblick, wo uns eine Resolution die Richtschnur gibt, wie möglichst viel Mandate errungen werden sollen. Wir unterstützen den Parlamentarismus nicht, aber schätzen ihn aber auch nicht und dürfen die Massen nicht glauben lassen, daß die Dreiklassenwahl auf parlamentarischem Wege allein überwunden werden kann. (Lebhafter Sehr richtig!) Auch durch die von uns vorgeschlagene Taktik allein werden wir das gleiche Wahlrecht nicht erreichen. (Hört! hört!) Das ist doch ganz klar, daß selbst, wenn die Fortschrittler den von uns empfohlenen Weg einschlagen, die Anhänger des gleichen Wahlrechts im Landtage zwar vermehrt werden können, aber immer in der Minderheit bleiben werden. (Sehr richtig!) Wir waren uns immer einig, daß da neben parlamentarischen Mitteln auch außerparlamentarische in Anwendung kommen müssen. Die Aufführung der Massen ist keineswegs ein bloßes Schlagwort. Wir haben auch in Preußen hierzu noch ungeheure Arbeit zu verrichten. Lesen Sie nur in Dr. Quorndts Artikel in der „Neuen Zeit“ nach, wie wenig Stimmen wir noch 1909 in den ländlichen Industriebezirken oder zum Beispiel in der Stadt Gelsenkirchen erhalten haben. Da tritt die agitatorische Bedeutung unserer Wahlbeteiligung, besonders bei öffentlicher Stimmabgabe besonders hervor. Heutzutage hat auf der Landeskonferenz von 1908 gegen die gleiche Erklärung noch niemand Einspruch erhoben, die doch nur die Genossen in den Kreisen, wo ein Sieg ausgeschlossen ist, zur Erfüllung ihrer Pflicht anerkennen will.

Nach unserem Vorschlag beteiligen wir uns allgemein selbstständig an den Urwahlen. Nur dort, wo sozialdemokratische Wahlmänner nicht aufgestellt werden können, dürfen die Genossen mit Genehmigung der Landeskommission für bürgerliche Kandidaten stimmen, wenn deren Abgeordnetenmandate spätestens fünf Tage vor den Urwahlen unserem Wahlkomitee schriftlich erklärt haben, daß sie in jeder Session im Abgeordnetenhaus die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sowie eine Neueinteilung der Wahlkreise beantragen oder dafür stimmen werden, wenn sie von anderer Seite beantragt werden.

Nun will Kronz, der übrigens ganz fälschlich mit Vernstein und Eisner zusammengeworfen wird, daß unter allen Umständen die Abstimmung für nichtsozialdemokratische Wahlmannskandidaten im ersten Wahlgange bei den Urwahlen verboten wird, weil wir überall, wo wir Wähler haben, auch Wahlmannskandidaten haben. Das stimmt aber nicht. In der Praxis wird diese Bestimmung nicht von großer Bedeutung sein. Immerhin darf diese Ausnahme niemals zur Regel werden. Die Chemnitzer „Volkstimme“ und das „Berliner Tageblatt“ (Heiterkeit) meinen, daß verspätete Bündnisse von sehr geringer Bedeutung sind. Von einer Degenerierung der Linksparteien durch unser selbständiges Vorgehen bei den Urwahlen, wie sie das „Berliner Tageblatt“ voraussetzt, könnte nur gesprochen werden, wenn die Fortschrittler durchwegs die reaktionären Wahlmannskandidaten für das kleinere Übel als die Sozialdemokraten halten, nicht aber, wenn sie sich zu Gelegenheiten an uns anschließen; dann würde der Wahlkampf die Linksparteien sogar wesentlich stärken. Leider hofft man in fortschrittlichen Kreisen immer noch, daß wir auch ohne Gegenleistungen oder gar wenn fortschrittliche Urwähler in der Stichwahl unsere Wahlmänner zu Hilfe bringen, wir unsere Wahlmänner nunmehr der Fortschrittler abkommandieren werden. Wir müssen den Fortschrittler sagen, daß das eine trügerische Hoffnung ist. (Lebhafter Sehr richtig!) Wenn es den Fortschrittler mit der Bekämpfung der Reaktion ernst ist, dann mögen sie ihre Kandidaten so zeitig aufstellen, daß sie diese Erklärung abgeben können.

Wenn Kronz in den „Soz. Monats“ eine Abänderung der Resolution dahin verlangt, daß in einmännigen Wahlkreisen nicht (unter den entsprechenden Voraussetzungen) die bürgerlichen Wahlmannskandidaten, sondern nur Wahlmannskandidaten der bürgerlichen Linken zu unterstützen sind, so müssen wir auch andere als Linkskandidaten unterstützen, wenn sie die in Ziffer 2 verlangte Erklärung abgeben. Ich würde ja dem Zentrumskandidaten seine Versprechungen nicht glauben, auch wenn er sie mir schwarz auf weiß bringt. (Hoffmann: Dann erst recht nicht!) Wir haben ja erfahren, daß die auf ihre Erklärungen hin von uns gewählten Zentrumsgewählten sich am allerliebsten in Preußen betrogen haben. (Lebhafter Zustimmung.) Trotzdem müssen wir dem Wahlkomitee etwas freie Hand lassen. Es sagt, daß in mehrmännigen Kreisen die Wahlmannskandidaten der bürgerlichen Parteien unterstützt werden sollen, deren Wahlkomitee sich verpflichtet, uns ein Mandat abzutreten und schriftlich erklärt, daß der zur Stichwahl stehende Wahlmann sich schriftlich bereit und unabhängig genug erklärt hat, bei den Abgeordnetenwahlen für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Weigert er sich, diese Erklärung abzugeben, dann schieße Stimmhaltung! Wir müssen diese bindende Verpflichtung schon bei den Urwahlen haben. Die Taktik bei den Abgeordnetenwahlen ist die Konzentration der Urwahlaktive. Im ersten Wahlgang dürfen wir nur für sozialdemokratische Kandidaten stimmen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn wir bei mehrmännigen Kreisen bei der Stichwahl den Ausschlag geben. Wird uns da ein Mandat abgetreten, so stimmen wir im ersten Wahlgang sofort neben dem Sozialdemokraten auch für den betreffenden bürgerlichen — nicht etwa nur fortschrittlichen — Kandidaten. Wird diese Forderung nicht bewilligt, so stimmen unsere Wahlmänner im ersten Wahlgang nur für unseren Kandidaten und enthalten sich bei der Stichwahl der Stimme. Die zweite Annahme tritt in dem Fall ein, wo Stichwahl zwischen bürgerlichen Kandidaten in einem

Kreise stattfindet und uns in einem anderen Kreis von bürgerlichen Parteien Hilfe zugesichert wird. Hier bedarf es der Zustimmung der Landeskommission. Die erste dieser Ausnahmen wird unter der Voraussetzung fortschrittlicher Gegenleistung eintreten in Breslau, Teltow-Weesow, Nieder- und Oberbarnim, Westhaveland, Brandenburg, Juch-Belzig und einigen anderen Kreisen. Es wird nicht viele Kreise geben, wo wir bei ziemlich gleich starken Konservativen und Fortschrittler auf Grund weniger sozialdemokratischer Wahlmannmandate die Abtretung eines Mandats verlangen. Wenn uns da die Fortschrittler anderswo einen Abgeordneten bewilligen, werden wir nicht so unvernünftig sein, unbedingt die Abtretung zu fordern. Aber nehmen wir mit Vernstein an, daß dies in 10 oder 20 Kreisen eintreten könnte. Warum sollte da das Wahlkomitee nicht sagen: Wir verlangen einen oder den anderen Kreis für uns zur Unterstützung eurer Kandidaten in den übrigen Kreisen. (Sehr richtig!) Übrigens haben wir auch 1908, abweichend von dem damaligen Parteitagbeschlusse, in Herford-Halle-Bielefeld, obwohl uns kein Mandat eingeräumt war, doch unsere Wahlmänner für den freisinnigen abkommandiert, um den Vizentaten Numm zu Fall zu bringen. An der Forderung der Abtretung eines Mandats müssen wir unbedingt festhalten. Hier heißt es: Hand wird nur von Hand gewaschen! Wir haben keine Veranlassung, den Freisinnigen die Kasernen aus dem Feuer zu holen, wenn sie es ablehnen, uns Mandate abzutreten.

Der Referent bespricht nun die Abänderungsanträge. Daß der Parteivorstand mit dem geschäftsführenden Ausschuss das Zentralwahlkomitee bilden soll, ist selbstverständlich. Der zweite Abtrag des Antrags Königberg ist zurückgezogen und dafür beantragt worden, von den zu unterstützenden Kandidaten das Versprechen zu fordern, gegen jede Wahlrechtsverletzung, insbesondere Wahlstimmentraut, Bildung der Wählerabteilungen aus mehreren Urwahlbezirken und Vergrößerung dieser Bezirke zu stimmen. Das ist nicht erforderlich. Mit so unsicheren Kantonisten würden unsere Genossen schon nicht partizipieren. (Sehr richtig!) Das im Antrag Magdeburg verlangte Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien schon bei den Urwahlen bitte ich abzulehnen, denn es darf auch kein Anhänger der Sozialdemokratie gewählt werden. Den zweiten Abtrag des Antrags VII über das Zentrum bitte ich abzulehnen, damit es nicht so aussieht, als würde bei den Stichwahlen unbedingt der Gegner des Zentrums unterstützt. Der Antrag Nordhausen würde die Bewegungsfreiheit des Parteivorstandes zu sehr einschränken, ich bitte ihn abzulehnen, denn aus der Verzögerung von der letzten Reichstagswahl her darf man nicht der ganzen Partei die Hände binden.

Unsere Resolution schreibt uns eine verständige Taktik vor und ruft den Fortschrittler unzweideutig zu: Ohne Gegenleistung keine Hilfe! Das muß unser oberster Grundsatz sein und bleiben. Daß die Fortschrittler nicht genug unabhängige Männer haben, ist eine faule Ausrede. Mögen sie doch nicht immer nur Besamte und Lehrer aufstellen. Schließlich können wir ihnen unabhängige Männer genug zur Verfügung stellen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn es den Fortschrittler ernst ist mit dem Kampf gegen die Reaktion, dann mögen sie auf ihrem Parteitag in Berlin in einigen Tagen entsprechende Beschlüsse fassen. Der Erfolg liegt wesentlich beim liberalen Bürgertum. (Zustimmung.) Die Dreiklassenwahl kann nicht im Handumdrehen überwunden werden. Die Massen sind aufgerüttelt, manches ist erreicht, 1908 das neue Wahlrecht und 1908 die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten, die Verlegung einiger großen Wahlkreise und die Einführung der Fristwahl. Gätten wir die Wahlrechtsvorlagen von 1906 bis 1910 bekommen, wenn wir nicht getan hätten, um gegen das Dreiklassenwahlrecht anzukämpfen? Man darf nicht sagen, daß wir noch nichts erreicht haben. Der Stein ist im Rollen. Wir haben dafür zu sorgen, daß nicht eher Ruhe eintritt, als bis unser Ziel erreicht ist. Wir wissen, daß die Befestigung der Junkerherrschafft in Preußen die Vorbedingung für ein freies Deutschland ist. Wir wollen aber nicht an die Stelle der Junkerherrschafft die der Schlotjunger setzen. Wir wollen, daß entschlossene Wahlrechtskämpfer aus der Hochburg des Junkertums in immer höherer Reihe das Volk über seine Rechtlosigkeit aufklären. In diesem Gedanken werden wir den Wahlkampf ohne übertriebene Hoffnungen im Zeichen des Wahlrechtskampfes führen, in der ehrlichen Absicht und festen Entschlossenheit, die sozialdemokratischen Mandate zu vermehren, aber auch dem liberalen Bürgertum, soweit es wirklich auf dem Boden des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts steht und durch die Tat den Beweis dafür erbringt, zu größerer Macht im Dreiklassenparlament zu verhelfen. (Stürmischer Beifall.)

Alle vorliegenden Anträge werden als genügend unterzucht betrachtet und stehen mit zur

Diskussion.

Feldmann-Langenbielau: Ende der achtziger Jahre schrieb die „Berliner Volkstribüne“, es sei Zeit, daß der preussische Landtag verfaule. Seitdem haben wir aber nichts davon gemerkt, daß er verfaule. Im Gegenteil, wir rennen immer noch gegen diese Weite an, ohne einen nennenswerten Erfolg erzielt zu haben. Die kleine Veränderung in seiner Zusammensetzung haben wir nur erreicht durch eine Veränderung in unserer Taktik, dadurch, daß wir eine positive Beteiligung an den Landtagswahlen beschloßen hatten. Wir können nicht auf einmal das Dreiklassenwahlrecht aus den Angeln heben, sondern müssen es allmählich zu bewältigen suchen. Um dies Ziel zu erreichen, müssen wir die Resolution der Magdeburger Genossen annehmen, die uns bei der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen die Möglichkeit gibt, die Situation so auszunutzen, wie sie in den einzelnen Wahlkreisen liegt. Wir können z. B. in Schlesien ganz gut in drei Wahlkreisen das Junglein an der Wage bilden, aber wenn wir strikte nach der Resolution der Landeskommission verfahren wollen, ist das unmöglich. Es ist nicht unter allen Umständen gut, von vornherein die Richtschnur genau festzulegen. Wir in Schlesien können im Kreise Waldenburg-Reichenbach den Freiherrn v. Jedlich nur dann beistimmen, wenn wir von vornherein die Liberalen unterstützen. Mögen wir streng nach der Resolution der Landeskommission verfahren, so ist es einfach unmöglich. Wenn wir in den genannten Kreisen und in Hirschberg-Schönan, Liegnitz, Goldberg-Gagnau das Junglein an der Wage bilden, dann werden die Freisinnigen um so eher geneigt sein, uns in Breslau und Gorkitz einen Abgeordneten zuzugestehen. In Anbetracht dieser Umstände ist es notwendig, ein gewisses Entgegenkommen zu beweisen. Deshalb bitte ich nochmals, die Magdeburger Resolution anzunehmen. (Bravo!)

Gewehr-Eberfeld: Neben der Förderung über die Taktik sollte auch die Frage des Wahlrechtskampfes selbst in der Diskussion nicht zu kurz kommen. Ich empfehle, daß wir unseren Wahlkampf offiziell beginnen mit einer Wahlrechtsdemonstration. Als Anlaß dazu könnten wir die von uns unter dem Namen in diesem Jahre geplante hundertjährige Preussenfeste und das Jubiläum Wilhelm II. ansetzen. Diese beiden Dinge wollen unsere Gegner benutzen, um das Volk aufzuklären gegen uns und den Furor teutonius aufkommen zu lassen. Daher wollen wir diese Feste ergreifen und damit nach unserem Gegner schlagen. Wir haben eine Fülle von Material, diese Feste in diesem Sinne auszuklären. Der Antrag 19 ist nicht etwa gestellt aus reinen Ordnungsrücksichten, sondern er hat tiefere Gründe. Aus der Statistik der früheren Landtagswahlen ergibt sich, daß 250 182 Urwähler unter der Rubrik „unbestimmt“ angeführt worden sind. Ich behaupte, daß diese Urwähler zum großen Teil unserer Partei angehören. Wir haben in Eberfeld-Warmen durch unsere genaue Kontrolle festgestellt, daß uns ungefähr 700 bis 800 Urwählerstimmen im amtlichen Wahlresultat entwendet worden sind. Dem muß vorgebeugt werden, deshalb bitte ich um Annahme unseres Antrages. Am dem lokalen Bedenken, die dem Antrag hier und dort entgegenstehen könnten, zu begegnen, schlage ich den Zusatz vor: „Soweit dem nicht wesentliche lokale Bedenken gegenüberstehen“. Was unsere Taktik betrifft, so hat Hirsch durchaus zutreffend ausgesprochen, daß wir, wenn wir uns zuviel vergeben und ins Schlepptau der Liberalen nehmen lassen, bei weitem nicht das erreichen, was die betreffenden

Genossen erreichen wollen. Ich glaube, wir würden bei der ganzen Haltung der Freisinnigen höchstens erreichen, daß ein paar freisinnige Mandate mehr herankommen (Sehr richtig!), und dafür soll die Partei das Recht ihrer Erstgeburt verlaufen und ihre Selbstständigkeit aufgeben! (Sehr wahr!) Trotzdem dürfen wir den Freisinnigen nicht den Gefallen tun, uns auf keine Verhandlungen einzulassen. Die Landeskommission hat uns in ihrer Resolution gute Richtlinien gegeben, ich habe aber Bedenken gegen Ziffer 2 unter a, wo es heißt, daß man unter Umständen gleich für bürgerliche Wahlmannskandidaten stimmen kann, wo unsere Partei keine Kandidaten aufgestellt hat. Das könnte bloß Konfusion in die einzelnen Wahlkreise tragen, und deshalb bin ich für die Streichung dieses Abtrages. Wenn man aber meiner Anregung nicht folgen will, so warne ich wenigstens davor, die Resolution noch weiter zu verunreinigen im Sinne der verschiedenen Anträge, die hier gestellt sind. Noch wichtiger als alle Taktik aber ist die Organisation! (Beifall.)

Weynow-Stein betont das geringe Vertrauen zu den Liberalen, die längst Fühlung nach rechts genommen haben. Die freisinnige Provinzpresse beweist, wie vorsichtig wir sein müssen, um so mehr, als die Fortschrittler vielfach feste Bündnisse mit den Nationalliberalen geschlossen haben. Das Bündnis bei den Reichstagswahlen war richtig, aber bei dem Landtagswahlrecht fehlt uns die erforderliche Kontrolle. Gerade im Ansehen der Partei schritt uns eine einheitliche Marschroute, also wenn schon eine, dann eine zentrale Abmachung mit einer bürgerlichen Partei erforderlich. Unsere ganze revolutionäre Energie muß in dem Wahlrechtskampf zusammengefaßt werden und die Sorge, ob wir uns dabei auch irgend einer Seite etwas vergeben können, ist nebensächlich. Wenn wir uns in dem langsamen schweren Kampf nach einem passenden Bundesgenossen umsehen, so bleiben wir doch eingedenk, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. So wie die englische Parlamentsarmee 1845 den Sieg über die Scharen Karls II. davontrug, so werden auch wir, wenn wir konsequent weiter wirken, die Zwingburg des Dreiklassenwahlrechts stürzen. (Beifall.)

Gaberland-Düsseldorf: Die Resolution ist so klar und deutlich, daß sie unüberändert angenommen werden sollte. Die vorgesehene Genehmigung der Landeskommission wird auch solche Verschönerungsarbeiten der Taktik, wie sie Gewehr befürchtet, verhindern. Der Antrag Magdeburg will ein unzulässiges Entgegenkommen gegen bürgerliche Parteien. Mit Ausnahme eines kleinen Häufchens Freisinniger lassen und die Liberalen in allen wichtigen Fragen im Stich. Abg. Schiffer hat sich erst vorige Woche in Düsseldorf für ein Pluralwahlrecht ausgesprochen. Führen wir den Wahlkampf energisch und bauen wir unsere Organisationen aus, dann werden wir der Dreiklassenwahl einen bedeutenden Stoß versetzen. (Bravo!)

Eduard Bernstein: Unsere Differenzen beginnen erst bei der Frage, wie wir die Reaktion zurückdrängen können. Die Resolution gleicht einem Mann, der aus einer Wäsche mit einem Schuh nach zwei Scheiden schießen will und das Zentrum natürlich nicht trifft. Wir schleichen eine Tür fest zu und versuchen nachher durch das Schlüsselloch durchzuziehen. Eisners Vorschläge sind einheitlich und einfach. Er hält nach der großartigen Stimmensammlung bei den Reichstagswahlen eine Wiederholung nicht für nötig und will eine möglichst starke Veränderung des Abgeordnetenhauses. Ich ziehe einem Kuhhandel eine von uns allein bestimmte Taktik vor, und das von Eisner vorgeschlagene Vorgehen erscheint mir wirkungsvoll, zweckmäßig und würdig. Aber wie die Dinge in der Partei einmal liegen, müssen wir zunächst überall für unsere eigenen Wahlmänner stimmen. Wir können aber die Nationalliberalen mit großer Auswahl in unsere Taktik einbeziehen. (Adolf Hoffmann: Das wird keine große Auswahl sein! Heiterkeit.) Halten wir uns doch nicht nur an Schlagworte. Die Nationalliberalen sind nicht nur die Partei der Schlotjunger, sondern großenteils auch die der Intellektuellen. (Widerpruch.) Unbefehlen wollen wir sie nicht in den Kauf nehmen. (Hoffmann: Beziehen nehmen wir sie erst recht nicht! Stürmische Heiterkeit.) Es gibt höchstens zwei Duzend Wahlkreise, wo wir mit Hilfe der Freisinnigen einen Abgeordneten durchsetzen können. Für die überwiegende Zahl der Wahlkreise würden wir durch die Forderung der Gegenleistung nur unglücklich Schwierigkeiten schaffen. Wir wissen doch, daß die Volkspartei nicht so streng diszipliniert ist, wie unsere. Beschränken wir also die Forderung auf eine Reihe bestimmter Wahlkreise, die die Landeskommission ausfindet, geben wir aber im übrigen die Parole aus: Auf der ganzen Linie ohne Gegenleistungsfrage für die entschiedenen Gegner der Konservativen! Wir tun das nur und zuliebe mit Unlands Worten: „Ich tat's aus Haß der Städte, und nicht um Euren Dank!“ Durch Resolutionen ändern wir die Freisinnigen ebenso wenig, wie man Stahl erhält, wenn man Rim stark hämmert. Die Taktik der bayerischen Sozialdemokratie hat bereits andern auf die Taktik der bayerischen Liberalen eingewirkt. Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Volkspartei in viel zu wenig Wahlkreisen bisher ernsthaft in den Kampf getreten ist. Das wird besser, wenn wir eine entsprechende Parole ausgeben. Wir müssen die Stappen des Kampfes so günstig wie möglich für uns gestalten, dadurch daß wir die Macht da, wo wir sie nicht für uns selbst verwenden können, dazu gebrauchen, die schwersten Wunden denen zu schlagen, die für das Klassenwahlrecht eintreten.

Cohn-Wölky tritt für eine energische Propagierung des Austritts aus der Landesliste ein. Die Agitation darf aber nicht mit der von Freireligiösen, Predigern usw. verwechselt werden können, ebenso wenig, wie unser Schnapsbottel identisch ist mit der Agitation der Absinthisten. Das freieste Wahlrecht steht den Preußen schon vom 14. Jahre an zu. Machen wir Gebrauch davon gegen die Kirche, die die Sozialdemokratie bekämpft, und die Regierung wird unsere Kampfesentschlossenheit merken. (Beifall.) Auch würde dann die Frage des Religionszwanges der Dissidentenfinder ein anderes Gesicht gewinnen.

Abg. Borchardt: Eisner und das „Berliner Tageblatt“ stimmen merkwürdig überein, wenn sie die Stimmensammlung bei der Landtagswahl für überflüssig halten. Wenn sich alle Hoffnungen Eisners, Vernsteins und der Magdeburger Genossen erfüllen, so erhalten wir ein Abgeordnetenhaus, wo statt einiger Konservativer Liberalen ins Abgeordnetenhaus kommen, denen Jedlich gesagt hat: „Sie verlangen ja das Reichstagswahlrecht nur deshalb, weil Sie wissen, daß es nicht angenommen wird.“ Denken Sie an die Wahlrechtsverletzungen durch freisinnige Gemeindevorstellungen und an das bloß dekorative Veredeln der Freisinnigen im Landtag. Das gleiche Wahlrecht werden wir nur bekommen, wenn wir den Reaktionen genug Angst einflößen. Das aber können wir nur durch Machtvergrößerung und Agitationssteigerung, aber nicht durch diplomatische Taktik erreichen. Wir wollen bei der Landtagswahl, wie bei jeder anderen, unsere Anhänger festigen und neue gewinnen. Das ist der Unterschied zwischen Agitieren und Stimmensammeln und deshalb ist die Agitation für uns die Hauptsache. (Lebhafter Beifall.)

Kläh-Magdeburg: Das war ein sehr gründlicher Beweis dafür, daß zwei mal zwei vier ist. Wir aber wenden wir unsere Macht nutzbringend für das Proletariat an? Hirsch hat selbst erklärt, daß wir auf dem von ihm empfohlenen Weg in absehbarer Zeit nichts erreichen. Deshalb müssen wir die Situation im Parlament und außerhalb möglichst günstig für uns gestalten. Wir wollen doch unter den Arbeitern, deren Wert allein die Befreiung der Arbeiterklasse sein kann, nicht nur die Lohnarbeiter verstehen. Wir müssen den Wahlrechtskampf zu einer Sache des ganzen Volks, auch der uns noch fernstehenden Schichten machen. Sie müssen einsehen, daß die mächtige Sozialdemokratie sogar auf das Stimmensammeln verzichtet, um die Verteidiger der Dreiklassenwahl hinauszuschieben. Eine solche Parole würde Eindruck machen. Der letzte Preussentag hat ganz kurz und einfach den Kampf gegen das Schandwahlrecht mit allen verfügbaren und zweckentsprechenden Mitteln gefordert. Jetzt haben wir ein solches Mittel, indem wir die Agitation nicht verzerren, sondern mit gesammelter Kraft das Dreiklassenwahlrecht niederreißen. Trotz ihrer Länge ist die Resolution noch immer nicht spezialisiert genug. Der Antrag Magde-

Burg will die Landeskommission nur ermächtigen, das Eintreten für einen bürgerlichen Wahlmann unter Umständen zu gestatten. Mehr nicht. Nehmen Sie ihn daher an.

Dismann-Frankfurt a. M.: Eine einheitliche Richtlinie für das ganze Land ist unentbehrlich. Eine wesentliche Änderung der Zusammensetzung des Landtags ist ausgeschlossen. Selbst Bernstein traut den Nationalliberalen nicht. Der Vorschlag Eisners ist wohl einfach, aber unwürdig und nicht der Situation entsprechend, die sich immer mehr zuspitzt. Niemand erwartet von den nächsten Landtagswahlen eine rasche Entscheidung des langen mühseligen Wahlrechtskampfes. Die Resolution sagt prägnant, was wir fordern müssen. Auf die bürgerlichen Parteien können wir uns nicht verlassen, noch weniger mit ihnen teufelmeckeln. Die Fortschrittler verbünden sich überall mit den nationalliberalen Wahlrechtsfeinden. Da sollen wir sie ohne Gegenleistung unterstützen? Bleiben wir auf dem Boden, auf dem wir bis jetzt stehen. Scheitern unsere Absichten an dem Mangel guten Willens oder der Schwäche der bürgerlichen Parteien, so wird das Vertrauen der Massen zur Sozialdemokratie immer stärker werden und damit unsere Kraft wachsen bis zum endlichen Sieg. (Lebhafte Beifall.)

Donatus-Königsberg: Unser Amendement zur Resolution entspricht einem höchst berechtigten Mißtrauen gegen Fortschrittler, die sich mit wahlrechtsfeindlichen Nationalliberalen verbünden. Solchen Leuten wollen wir doch nicht ohne weitestgehende Sicherung in den Landtag hineinlassen.

Landesberg-Wagdeburg: Den Pessimismus Hirsch's kann ich nicht teilen. Es ist möglich, selbst unter dem bestehenden Dreiklassenwahlrecht eine wahlrechtsfreundliche Mehrheit zustande zu bringen. (Adolf Hoffmann: Ausfichtlos!) Nein, das ist durchaus nicht aussichtslos. Wir brauchen nur die Wahlbeteiligung entsprechend zu steigern. Konserervative Wähler sind bei den letzten Wahlen sicher nicht zu Hause geblieben, denn für sie ist ja das jetzige Wahlrecht geschaffen. Bringen wir die Massen an die Urne, dann können die Schwarzbauen ihr blaues Wunder erleben. Man muß nur begeistert sein, um eine große Sache zu vollbringen. Die Eisnerschen Vorschläge lehne ich ab. Die proletarische Demokratie, die früher wahrhaftig noch andere Bannerträger hatte als der heutige Freisinn, hat sich nicht deshalb von der bürgerlichen Demokratie losgelöst, damit wir jetzt Fortschrittler und Nationalliberale zu unseren Mandatärern machen. Das während der Wahlen gezeigte politische Interesse müssen wir für uns ausnützen und nicht für andere. Wir können große Wählermassen nur dann an den Wahltag bringen, wenn wir für uns selbst agitieren, nicht wenn wir ihnen zumuten, für andere Parteien zu stimmen. (Sehr richtig!) Gegen einzelne Teile der Resolution bestehen schwere Bedenken. Aber schlechte Resolutionen von vernünftigen Menschen angewendet, können trotzdem gut wirken. Besser aber sind doch gute Resolutionen, weil man ja nicht weiß, ob immer vernünftige Menschen da sein werden. (Weiterleit.) Nach der Resolution der Landeskommission müßten wir jeden Zentrumsmann unterstützen, der uns die Erklärung abgibt, daß er Anhänger des Reichstagswahlrechts sei. (Widerpruch.) Er wird es tun, wenn er unsere Stimmen braucht, freilich mit der Mentalreservation: meine Partei wird schon dafür sorgen, daß keine wirkliche Reform zustande kommt. Wir haben mit den Zentrumsherrn Gronowski und Vattischer doch wahrlich genug schlechte Erfahrungen gemacht. (Adolf Hoffmann: Und Hirsch und Rügden?) Hoffmann, Sie haben ja neulich im Abgeordnetenhaus den Berliner Magistrat so sehr gelobt, weshalb schimpfen Sie heute? Das Zentrum wird immer eine den Konservativen unangenehme Wahlreform verhindern. (Sehr richtig!) Trotzdem sollen wir Zentrumskleute wählen müssen für Nationalliberale, die für die geheime und direkte Wahl sind, sogar unter Verzicht auf die Gemeindevorteilung. (Widerpruch.) Dann sollen wir verpflichtet sein, alle fortschrittlichen Wahlmänner durchfallen zu lassen, die nicht schriftlich versprechen, für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Wenn nun ein fortschrittlicher Wahlmann aus äußeren Gründen für uns nicht stimmen kann, sich aber der Stimme enthält, müssen wir ihn dann auch durchfallen lassen? Dann kann dadurch der Konservative gewählt werden. Weiter ist nicht richtig, daß wir Fortschrittler durchfallen lassen sollen, die bereit sind, uns entgegenzukommen, es aber nicht können, weil zur Einkommensfreiheit die mit ihnen verbündeten Nationalliberalen gehören. In Breslau haben wir das 1908 so gemacht. Gott sei gnädig, gab sich alle Mühe, das Kompromiß zustande zu bringen, und stellte sogar seinen eigenen Sitz zur Verfügung. Zum Dank dafür ließen wir ihn durchfallen gegen den Major Strofer. Wir sollten uns deswegen schämen und diesen Vot nicht noch einmal machen. (Mruhe.) Nur den Junkern mögen wir Freude, wenn wir die Bedingungen erschweren, unter denen wir die Fortschrittler unterstützen dürfen. (Die Redezeit ist verlängert.) Am besten wäre überhaupt keine Resolution zu fassen, denn wir können nicht alle Kombinationen vorhersehen. Wozu eine spezialisierte Resolution beschließen, an die wir uns nachher doch nicht halten. Natürlich wollen wir unseren Mandatsbestand mehren. Aber mehr als an ein paar Mandaten liegt mir daran, daß keine Junker gewählt werden, kurz, daß das Dreiklassenwahlrecht unrentabel gemacht wird für seine Ruhstörer. (Bravo!)

Hg. Ströbel: Landesberg warf dem Referenten zu großen Pessimismus vor. Er selbst aber legte dar, es komme darauf an, die Nationalliberalen durchzubringen, die sich auf die Forderung des geheimen und direkten Wahlrechts unter Beibehaltung der jetzigen Verteilung verpflichten. Diese Auffassung, daß wir nur eine Modereform bekommen, verrät einen viel größeren Pessimismus. Diese Modereform läßt sich auch bei der jetzigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses durchsetzen. Wir wollen eine wirkliche Reform und nicht eine Modereform haben, die die Schäden des heutigen Wahlsystems nur verewigt. (Sehr richtig!) Wir wollen bei der Forderung des Wahlkampfes dafür sorgen, daß die Massen aufgerüttelt und aufgeklärt werden über den reaktionären Charakter aller bürgerlichen Parteien (Sehr richtig!), dann wird in den Massen auch der Entschluß reifen, mehr einzusehen als das Proletariat bisher eingesehen hat in den bisherigen Demonstrationen. Gewiß ist es unsere Aufgabe, nicht nur die Lohnarbeiter, sondern auch den neuen Mittelstand und weite Schichten der Intellektuellen zu gewinnen. Deshalb müssen wir das Hauptgewicht auf die Erklärung und Aufklärung der Massen legen. Die von Eisner vorgeschlagene Taktik würde uns nicht schaden, wenn wir glauben könnten, daß die bürgerliche Linke, die eventuell durch uns zustande käme, wirklich eine Linke wäre. Aber die preussischen Nationalliberalen unterscheiden sich ja nur dem Namen nach von den Konservativen, und selbst die Freisinnigen bestehen aus höchst unsicheren Skantonisten, die gegen ganz arnisierte Konservationen das gleiche Wahlrecht jederzeit veräußern. Kleine Ausnahmen, die durch die Verhältnisse geboten sind, werden natürlich auch bei Annahme der Resolution der Landeskommission gemacht werden können. Etwas Ehrlicheres und Klareres wie das von der Landeskommission vorgeschlagene Abkommen kann es gar nicht geben. Wir wollen es aber so einrichten, daß nicht der Freisinn den allergrößten Vorteil hat (Bernstein: Sondern die Konservativen!), sondern wir wollen Halbpart machen, und wenn der Freisinn nicht will, lassen wir ihn durchfallen. An der preussischen Politik wird dadurch noch nichts geändert; es gibt kein Verbot aus den letzten Jahren der preussischen Politik, das dadurch anders geworden wäre, wenn ein paar Liberale mehr im Landtage gefessen hätten. Das Wahlrecht, das wir kriegen sollen, kriegen wir doch. Uns bleibt kein anderes Mittel als uns auf die eigene Kraft zu verlassen, unsere Massen zusammenzuführen und kräftigere Professionen anzuwenden, wenn diese Möglichkeit gegeben ist. Wenn wir den Schichten des Proletariats, der Unterbeamten, des neuen Mittelstandes, allen denen, die ihrer Klassenlage nach zu uns zu kommen vermögen, klar machen, daß sie sich uns anschließen müssen, dann können wir weiter und nur dann ganz allein. (Lebhafte Beifall.)

Dorf-Breslau: Im allgemeinen kann man die Richtlinien der Landeskommission billigen, aber es gibt doch manches, was daran

zu ändern ist. So könnte es in Breslau kommen, daß, wenn wir uns genau nach der Resolution der Landeskommission richten, auch diesmal die Reaktionäre wieder gewählt werden. Wird die Resolution angenommen, so würde die Folge sein, daß wir an die Landeskommission gehen und ihr darzustellen müssen, daß uns das geht für Breslau nicht, und dann würde man uns eine Ausnahme gestatten. Ähnliche Ausnahmen würden nach anderen Richtungen anderen Wahlkreisen gestattet werden müssen. Unter diesen Umständen ist es viel besser, wir stimmen der Magdeburger Resolution zu und geben der Landeskommission möglichst große Freiheit. Wir wollen auch durchaus nicht, daß der Freisinn bedingungslos unterfällt wird, sondern werden z. B. in Breslau ganz bestimmt auf ein Mandat für uns bestehen. (Bravo!) Bekommen wir es nicht, so fallen die Fortschrittler durch, und ebenso in Liegnitz usw. (Bravo!) Die Annahme der Magdeburger Resolution würde auch keineswegs ein Mißtrauen gegen die Landeskommission bedeuten; wir geben ihr ja gerade das Vertrauen, daß sie es so machen soll, wie sie es will. (Bravo!) Die weitere Debatte wird auf Mittwoch vertagt. Schluß 7 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

R. W. 25. Die Kündigung ist bis zum 15. jeden Monats zulässig mit Wirkung zum Ersten des folgenden Monats. — **C. C. 518.** Verlangen Sie es mit einem Antrage auf Befreiung von dem Eheverbot. Der Antrag ist bei dem Landgericht, welches die Ehe geschlossen hat, einzureichen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Sonntag, den 12. Januar 1913,
von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags
findet die

Urabstimmung
über die Hauskassierung in Berlin

in folgenden Lokalen statt:

- Kaczerowskis Restaurant, Ravenestr. 6.
- Schwedlers Restaurant, Ackerstr. 123.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/25,
- Gliesches Restaurant, Kopenhagener Str. 74.
- Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42.
- Voigts Theater, Badstr. 58.
- Frankes Festsäle, Badstr. 19.
- Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
- Funkes Festsäle, Triftstr. 63.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Patzenhofer-Brauerei, Turmstr. 25/26.
- Wiemers Festsäle, Bülowstr. 58.
- Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Eickes Restaurant, Schönleinstr. 6.
- Schünemanns Restaurant, Alte Jakobstr. 144.
- Stralau-Rummelsburg, Blume, Alt-Boxhagen 56.
- Lichtenberg, Ertel, Pfarrstr. 74.
- Comenius-Säle, Nemeler Str. 67.
- Boecker, Weberstr. 17.
- Roit, Straßmannstr. 29.
- Neukölln, Bartsch, Hermannstr. 49.
- „ Zibell, Elbestr. 8.
- „ Iden, Harzer Str. 88.
- „ Rückheim, Bergstr. 97.
- Tempelhof, Wilhelmgarten, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick-Friedrichshagen, Lehmann, Köpenick, Bahnhofstr. 44.
- Steglitz, Clement, Düppelstr. 7.
- Ober-Schöneweide, Warnicke, Wilhelminenhofstraße 18.
- Adlershof, Restel, Friedenstr. 14.
- Wildau, Kordaneck, Wildauer Hof.
- Weißensee, Peukert, Berliner Allee 251.
- Tegel, Heinicke, Brunowstr. 23.
- Reinickendorf, Glende, Schillingstraße, Ecke Auguste-Victoria-Allee.
- Spandau, Mudetzky, Bismarckstr. 8.
- Pankow, Rozycki, Krenzstr. 2/4.

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege Adolf Cohen, Finienstr. 83/85.
110/9 Die Ortsverwaltung.

Stavistraße 32-39,
Querstraße an der Müllerstraße,
sind in neu erbauten Häusern mit Vorgärten (Tepichsloßplatz und Wallkästen im separaten Hof, Keller-Eingang)
1 und 2 Zimmer-Wohnungen
mit Warmwasserheizung
per sofort oder 1. April 1913 billig zu vermieten.
Soll erfragen im Verwaltungsbureau, Nr. 35/36. 267/15*

D. R. 11. 78. Sehen Sie sich mit dem Vorstand der Dachbedeckung, Berlin, Cultivier 24, in Verbindung, dort erfahren Sie das Nähere. — **S. G. 69.** Rein. Wenn Ihr Ehemann einverstant ist, kann ein gemeinschaftliches Testament gemacht werden. — **G. S. 1.** und **2.** Ja. 3. Unter näherer Bezeichnung der Grundbuchnummer und der Hypothek Eintrag auf Lösung. — **V. W. 30.** Rein. — **G. S. 200.** Ja, etwa 450 Mark pro Jahr. — **7. 2.** 150 Mark pro Kalenderjahr. — **B. G. 3.** Das wäre ein Alt unerlaubter Selbsthilfe und strafbar. — **S. B. 9. 58.** 1. Wenn die Versteigerung vor Beginn des Verdingungsverhältnisses erfolgt ist, ist der Ersteher des Grundstücks nicht gebunden. 2. Ja. 3. Ja, so lange nicht eine Beschlagnahme erfolgt ist. — **S. 85.** Der Antrag ist zu richten an das fürstliche Landratsamt in Frankenhäuser. **St. 27.** 1. 5 M. 2. Sie erhalten eine Abschrift des Vergleichs auf Antrag. 3. Nur dann, wenn ja dem Vergleich vorgezogen. 4. Ja, soweit der Lohnbeitrag 28,85 M. pro Woche übersteigt. 5. In zwei Jahren, beginnend mit Ende des Kalenderjahres, in dem die Forderung entstanden ist. 6. Ja. 7. Nein. — **Brandenburg B.** Soweit Ihre Darstellung erkennen läßt, ist eine Respektationskarte erforderlich, die vom Polizeipräsidenten zu erlangen ist. Der Stempel beträgt 1 M. — **H. C. 13.** 1. Ja. 2. und 3. Nein. — **H. R. 79.** 1. Polizeipräsident. 2. Es müssen Register geführt werden. 3. Zustimmung des Ehemannes ist notwendig. — **D. S. 25.** 1. und 2. Sie sind zur Zahlung von Alimenten in Höhe von etwa 30 M. monatlich verpflichtet, sofern der Ehemann vorher die Klage auf Nahrungserklärung erhebt und ein Urteil erwirkt. Das Geldrecht des Ehemannes erlischt nach Ablauf eines Jahres, von dem Zeitpunkt an gerechnet, zu dem er von der Geburt des Kindes Kenntnis erhalten hat. 3. Das wäre möglich. — **Feuer 16.** 1. Rein. 2. Die Stellung eines Strafantrages gegen die früheren Inhaber erscheint zweckmäßig. — **B. S. Klotter.** Kommen Sie zwecks näherer Rücksprache nach der Redaktion.

BOCKBIER
DER AUSSTOSS HAT BEGONNEN
Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Siphons.
BOHMISSCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Königstadt 3088, 4088/90

Einladung ins Marinehaus
an der Jannowitz-Brücke.
Am Donnerstag,
den 9. d. M., 8^{1/2}—10^{1/2} Uhr abends
beginnt ein
Anfangskursus im Englischen
mit Korrespondenz und Lichtbildern.
Der Kursus paßt für Damen
und Herren jeden Alters.
16 Stunden nur M. 6.—
Zur ersten Lektion
freier Zutritt!
Direktor Olaf S. Källström.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. 2. Bahnh. Adress: 174.
W. G. Schmidt, Kirchb. Adress: 14.
O. H. Gabelbusch, Weidenburger Platz 4. Gustav Bogel, Roppen-
straße 82. H. Wenzel, St. Franziskus Str. 120.
NO. 2. Jucht, Immanuelstr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Kleinschloß Str. 67. G. H. Fischer, Sankt-
Karl-Platz. G. Freytag, Weidenburger Str. 27. J. Hönisch, Bagatellstr. 49.
S. Vogel, Lortzingstr. 37. H. Tien, Jnvalidenstr. 124.
S. Dehmann, Finkenb. 24.
NW. Salomon Joseph, Salzweidestr. 8.
SW. G. Werner, Gneisenaustr. 72. Tsch. Hagenberger Str. 27.
S. St. Fris, Pringelstr. 31. G. Lehmann, Rotb. Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lützow-Platz 14/15. P. Gorich, Engelufer 15.
Adlershof, Karl Schwarzkopf, Börsenstr. 50.
Baumschulenweg, S. Hornig, Marienb. 13, I.
Borsigwalde, Paul Kienast, Rauhstr. 10.
Charlottenburg, Gustav Schwarzberg, Seidenheimer Str. 1.
Friedrichshagen, Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Bieleke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst, Richard Rüter, Köpenicker Str. 9, II.
Köpenick, Emil Wöhler, Riechstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Otto Seifert, Wartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide, Wilh. Hrusch, Brückenstr. 10.
Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide, Alfred Vaber, Köpenickerstr. 17 II.
Pankow, Otto Rißmann, Wäldenstr. 30.
Reinickendorf, P. Gurich, Pringelstr. 56, Laden.
Neukölln, M. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
C. Rohr, Steglitzstr. 28/29.
Rummelsburg, A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schönberg, Wilhelm Baumier, Karolin-Lützow-Str. 69 im Laden.
Spandau, Köppen, Breiter Str. 64.
Steglitz, S. Berner, Allee 5.
Tempelhof, Joh. Krohn, Borsigstr. 62.
Tropfen, Robert Gramenz, Wäldenstr. 412, Laden.
Weißensee, Fahrman, Sedanstr. 105. Schilfert, Berliner Allee 253.
Wilmerdort, Paul Schubert, Wäldenstr. 27.

Ziehung unwiderruflich 15. Januar
Kösliner Lotterie
4171 Gewinne im Gesamtwerte von Mark
60000
15000
7500
Hauptgewinne
Lose 1 Mark 11 Lose sortiert aus 10 M.
verpackt. Porto und Liste 25 Pf. extra.
H. C. Kröger, Berlin W8
Friedrichstr. 193 a
sowie in allen durch Plakate bekannten Verkaufsstellen.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Partei.

Nicht bestätigt.

Wir berichteten jüngst, daß in Bradel bei Dortmund der Parteigenosse Bergmann Gaumann zum stellvertretenden Gemeindevorsitzer gewählt worden sei. Gaumann hat jetzt folgendes Schreiben erhalten:

„Die Bestätigung zu der Wahl des Bergarbeiters Otto Gaumann zu Bradel als stellvertretender Gemeindevorsitzer der Gemeinde Bradel wird unter Zustimmung des Kreisaußenbüros versagt. Der Landrat: v. Rhynsch.“

Von einem preussischen Landrat konnte nichts anderes erwartet werden.

Jugendbewegung.

Noch einmal das rote Jugendliederbuch.

Kürzlich haben wir ein Schwindelmandat aufgedeckt, das ein Berliner Lehrer B. in der Weihnachtsnummer des „Reichsboten“ gegen die proletarische Jugendbewegung unternommen hatte.

Der Herr erzählte, wie er einem Knaben in der Schule das rote „Jugendliederbuch“ abnehmen mußte, das den Jugendlichen „gärend und drachengigelt buchstäblich einimpft“. Der Herr suchte die vorhergehende Tendenz des Buches dadurch nachzuweisen, daß er vier Lieder zitierte.

Wir wiesen in Nr. 803 vom 20. Dezember des „Vorwärts“ nach, daß keines der zitierten Lieder in dem „Jugendliederbuch“ enthalten sei, daß der ganze Heftartikel des Lehrers B. also auf Schwindel beruhe.

In der geistigen Nummer des „Reichsboten“ findet sich nun die Antwort des Lehrers B. Natürlich kann er nicht leugnen, daß wir im Rechte sind.

Aber der Lehrer B. behauptet nach wie vor, daß das, was er von dem Ergebnis in der Schule, „das sich vor etwa acht bis neun Wochen abspielte“ (in dem ersten Artikel schrieb er „vor kurzem“) berichtet habe, halte er „selbstverständlich“ aufrecht. Aus dem Buche des Knaben habe er acht Lieder abgeschrieben, nicht um „öffentlich darüber zu schreiben“, sondern um „Material zu sammeln zu Vorträgen über die sozialdemokratische Jugendzuehung. Darum (!) will ich zugeben, daß ich den Titel jenes Buches nicht aufgeschrieben habe, sondern ich merkte ihm nur gedächtnismäßig, daß aber der ganze Inhalt des Buches das für spricht, daß es sich um die sozialdemokratische Jugend handelt, bedarf doch keines Beweises.“

Es ist doch merkwürdig, daß der Herr die Quelle, der er die so erworbenen Dokumente über die „sozialdemokratische Jugendzuehung“ verdankt, die er für Vorträge verwenden wollte, sich nicht notiert hat.

Die Redaktion des „Reichsboten“ springt ihrem Mitarbeiter, auf den sie stolz sein darf, helfend bei. Sie hat freudestrahlend entdeckt, daß die zitierten Lieder in einem Liederbuch „Frei-Heil“, das vom Turnverein „Richte“ herausgegeben worden ist, enthalten sind. Sie vergißt aber hinzuzufügen, oder sie weiß es nicht, daß dieses Buch „Frei-Heil“ nur für die erwachsenen Turner bestimmt ist. Über dies Buch enthält nicht „fast 150 Seiten Text“, wie Lehrer B. in seinem ersten Artikel auführte, sondern 288 Seiten! Also kann er wohl auch dieses Buch nicht gemeint haben.

Für die jugendlichen Mitglieder des Turnvereins „Richte“ ist ein besonderes Liederbuch herausgegeben worden, das die von Lehrer B. genannten Lieder ebenfalls nicht enthält. Ueberhaupt ist uns in der proletarischen Jugendliteratur kein Buch bekannt, das die von Lehrer B. zitierten Lieder enthält. Ob der Lehrer B. nun eingesehen wird, daß sein Artikel zur Robilmachung der Behörden gegen die proletarische Jugendbewegung auf blankem Schwindel beruht?

Aus Industrie und Handel.

Prozesskostenversicherung.

Ueber den Plan einer Prozesskostenversicherung äußert sich Professor A. Manes-Berlin in der „Deutschen Juristen-Zeitung“

u. a.: „Die in Deutschland gelegentlich vorkommende Versicherungsgewalt, durch welche den als Geschworene Ausgelosten Einnahmeausfälle ersetzt werden sollen, ferner die in der Schweiz in eigenartiger Weise heimische Klientengelder-Versicherung mögen die Idee einer Prozessversicherung gefördert haben; vor allem aber dürfte hierzu die Haftpflichtversicherung beitragen, durch welche der wegen Haftpflicht in Anspruch genommene Versicherte die Kosten eines Haftpflichtprozesses ersetzt erhält, insofern die Versicherungs-gesellschaft diesen im Namen des Versicherten führt und seine Kosten übernimmt. Daneben sind neuerdings zwei Versicherungsweige in Erscheinung getreten, welche ebenfalls die Kosten bestimmter Prozeduren zu decken den Zweck haben. Die eine will die Kosten von Vergütungprozessen ersetzen und wird von zwei Versicherungsver-einen von Grundbesitzern im westfälischen wie im schlesischen Kohlenbezirk betrieben, die andere, welche in England in den letzten Monaten ins Leben getreten ist, löst Patentprozesse ins Auge, will die Haftpflicht von Patentinhabern für die Kosten und Ausgaben der Verfolgung von Klagen in Verbindung mit Patenten, Gebrauchsmustern, Schutzmarken und anderen Monopolen einschließlich der den Beklagten auferlegten Schadensersatzleistungen decken.“

Nun hat sich die Haftpflichtversicherung bekanntlich sehr be-währt und auch die anderen Rechtsschutzversicherungen werden sich vielleicht einmal einer zufriedenstellenden Entwicklung zu er-freuen haben; aber es will mir verfehlt erscheinen, diese Sonder-prozessversicherungen auszugestalten zu einer allgemeinen Pro-zesskostenversicherung. Aus zahlreichen Gründen halte ich eine solche weder für durchführbar noch für erstrebenswert, viel-mehr als eine Ueberspannung des Versicherungssprinzips.

Daß der gegen Prozesskosten Versicherte eher einen Prozess führt als der Unversicherte, scheint zunächst richtig, allein, wie es bei den bereits vorhandenen Sonderprozessversicherungen der Fall wäre auch bei der allgemeinen Prozessversicherung ein Mitbestim-mungsrecht der Versicherungsanstalt über die Prozessführung uner-läglich. Hierdurch würden vermuthlich mehr Vergleiche zustande kommen, als ohne das Dazwischentreten der Gesellschaften zu er-warten sind, so daß die Beantwortung der Frage, ob letzten Endes die Zahl der Prozesse zunehmen, gleichbleiben oder gar abnehmen würde, offen gelassen werden muß. Kommt es aber zum Prozess, so wird derjenige, welcher eine Police zur Dedung der Kosten durch eine Versicherungsanstalt besitzt, im Zweifel wohl besser beraten werden und intensiver für sein Recht kämpfen können, als es bei seinem Gegner der Fall ist, sofern nicht etwa dieser auch versichert ist. Was nun aber, wenn etwa beide Parteien womöglich bei der-selben Gesellschaft versichert sind? Das Aufwerfen dieser Frage läßt bereits erkennen, daß eine außerordentlich wichtige Ein-schränkung auch der allgemeinen Prozesskostenversicherung un-be-dingt erforderlich wäre, nämlich die Beschränkung auf die Ver-sicherung entweder nur der Kläger oder der Beklagten. Diese Konse- quenzen haben denn auch die bestehenden Sonderprozessversicherun-gen gezogen, sonst wären auch sie wegen zu hoher Prämien un-durchführbar.“

Bankenfusion in Belgien.

In Brüssel ist, wie das „Verl. Tagebl.“ meldet, eine große Bankenfusion vollzogen worden. Der Crédit Anversois hat die drei Banken Banque Auxiliaire de la Bourse (Kapital 10 Millionen Franc), Comptoir de la Bourse de Bruxelles (6 Millionen Franc) und die Société Belge de Banque (10 Millionen Franc) aufgenommen. Der Crédit Anversois erhöht dazu sein Kapital von 30 auf 50 Millionen Franc. Außerdem ist er in Verbindung mit der Brüsseler Bankfirma Joffe Allard und mit der amerikanischen Firma Vertron, Friescom u. Co. getreten. Der Crédit Anversois steht zu der Bank für Handel und Industrie in Beziehungen. Die Verbindung des internationalen Großkapitals tritt aus diesen mannigfachen finanziellen Transaktionen deutlich hervor.

Eisen und Stahl.

Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutsch-land und Luxemburg während des Monats Dezember 1912 insgesamt 1 566 025 Tonnen gegen 1 537 205 Tonnen im November 1912 und 1 890 657 Tonnen im Dezember 1911. Die Eisenproduktion ist da-

heute seinen Friedenswillen proklamiert, eine besonders tiefgehende Wirkung.

So brachte der Abend eine künstlerische Veranstaltung, die man als geradezu vorbildlich für proletarische Kunstabende be-zeichnen muß. Der künstlerische Stimmungsgehalt der Darbietungen stand so hoch, daß er weder durch die diesen Abend wenig angepaßte Vorbilddecora-tion noch durch die servierenden Kellner beeinträchtigt werden konnte. Es ist zu hoffen, daß die Ver-anstaltung am Montagabend ein Beispiel und Katalysator sein wird für die Bildungsarbeit und Kunstpflege, an die das Berliner Proletariat jetzt mit neuen Mitteln und erhöhter Energie herantritt.

E. D.

Sumer und Akkad. Professor Friedrich Delbisch, der durch den „Babel und Bibel“-Streit auch in weiteren Kreisen bekannt ge-wordene Forscher, behandelte am Sonntag in der Deutschen Ori-entgesellschaft eine der ältesten menschlichen Kulturen, die Länder Sumer und Akkad, die zusammen das berühmte Babylonien bilden. Dort, in dem Gebiet des unteren Euphrat und Tigris, hat sich vielleicht schon im siebenten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung, ein reiches Kulturleben entwickelt. Sein Träger ist ein Volk unbekannter Herkunft und isolierter Sprache, das im Süden des Landes am Gehänge des Meeres lag; es sind die Sumerer. Durch Deiche haben sie sich gegen die Ueber-schwemmungen geschützt und durch kunstvolle Kanalbauten das kost-bare Wasser über alle Teile ihres Gebiets verteilt. Der Zwang, die Kanäle im großen Stil zu revidieren, führte schon früh zum Zusammenfluß größerer Gemein-schaften, zur Ausrichtung gesetz-licher Ordnung. Und unter den Dörfern mit ihren primitiven Hütten erhoben sich schon vor mindestens fünf Jahrtausenden stät-tliche Städte. Ihre Auen sind es, die in den letzten 40 Jahren mit großartigem Erfolge ausgegraben wurden, und die uns ein farbenprächtiges Bild jener frühen Kultur gewähren. Die wichtig-sten Funde haben die Franzosen in Tello oder Lagasch gemacht. Die Amerikaner entdeckten in Nippur das Archiv, das zu dem berühmten Tempel des Sturmgottes Eilal gehörte, und seit einigen Wochen läßt auch die deutsche Orientgesellschaft die uralte Ruinen-stadt Erech untersuchen.

Die Rechtsbegriffe der alten Sumerer waren schon hoch ent-wickelt, die Stellung der Frau war frei und angesehen. Die Religion der Sumerer zeigt eine Vergötterung aller Naturkräfte und Götter. Besonders merkwürdig ist die Verehrung, daß in jeden Menschen bei der Geburt ein besonderer Gott einzieht, der keine Skizze lenkt. Für die Bedürfnisse des Handels und Ver-kehrs existierte ein sehr kompliziertes Rechnungssystem, dessen Basis die Zahl 60 bildete. Wenn man sieht, wie umständlich die Sumerer jede größere Zahl schreiben mußten, kann man der Freude Delbischs nur bestimmen, daß wir im Zeitalter der Null geboren sind. Die Sumerer sind gleichfalls die Erfinder einer recht schmer-zlichen Bilderschrift, aus der sich später die bekannten Keil-Zeichen entwickelt haben. Schreibmaterial waren Ton-tafeln, die in un-geheuren Mengen auf uns gekommen sind. Es sind zum Teil „Geschäftsprotokolle“, denn damals mußte jeder rechtsgültige Vertrag schriftlich aufgesetzt werden. Eine hohe Achtung vor der Kunst der Sumerer nötigten uns die prächtigen Porzellanfiguren ab, die in Tello entdeckt wurden. Ihre Formen sind so vollendet, daß man im ersten Augenblick an griechische Arbeit dachte. Die Sumerer

nach auch im Dezember weiter gestiegen. Die Erzeugung während der Monate Januar bis Dezember 1912 stellte sich auf 17 852 571 Tonnen gegen 15 537 030 Tonnen im Jahre 1911. Auch der Verband des Stahlwerksverbandes wies eine Zunahme auf. Während im November ein Rückgang des Verbandes von 541 auf 493 Tausend Tonnen erfolgte, wuchs der Verband im Dezember auf 537 Tausend Tonnen. Im Jahre 1911 betrug er nur 468 Tausend Tonnen.

Aus der Frauenbewegung.

Dokumente der Unkultur.

Die „Praktische Berlinerin“, eine wegen ihres technischen In-halts auch in vielen Arbeiterfamilien gelesene Wochenzeiung des linken-Sozialen gibt in ihrem sozialen Teil zuweilen reaktionärem Geiste Freiheit. So auch in der ersten Nummer des neuen Jahres. In einer Belehrung der „Gnädigen“ über Rechte und Pflichten zwischen Herrschaften und Diensthöfen kommt der Geist der Un-duldigkeit und Ueberhebung recht zum Vorschein. Dr. J. Holm, der Verfasser des Artikels, scheint die Psyche der profligen gnädigen Frau, die das Dienstmädchen beinahe wie eine Sache betrachtet, gut erfassen zu haben. Nach seiner Belehrung kann sich keinlicher Geist, Tüde und Bosheit gegen die misshandelten — pardon, undank-baren Diensthöfen ausbreiten. Als sträfliche Undankbarkeit wird betrachtet, wenn Diensthöfen nach Weihnacht die Stelle verlassen. Wie der Verfasser konstatiert, gehören die Weihnachtsgeschenke „leider“ zu den jüdischen Pflichten der Herrschaften. Sie können also sogar bei Unstank der Weisheiten niemals zurückverlangt werden. Daß aber die Geschenke einen Teil des Lohnes darstellen, wird völlig verkannt. Sonst würde man wohl nicht nach Wegen forschen, um sich an seinen Diensthöfen zu bereichern. Das geschieht nämlich, und auch hier ist Dr. Holm wieder Führer. Er erklärt den Gnädigen, daß sie zwar kein Geschenk zurückverlangen, wohl aber den Wert des Geschenkes auf den Lohn des Dienstmädchens anrechnen können, wenn die Dienstzeit kein volles Jahr gebauert habe. Habe ein Diensthöfe also nur 11 Monate oder noch kürzere Zeit ausgehalten, dann sei es am zweckdienlichsten, für den letzten Monat seinen Lohn zu zahlen. Wie Jubel über die Ohnmacht der Dienstmädchen heißt es dann wörtlich weiter: Natürlich wird dem Dienstmädchen das nicht passen und sie wird die Polizei alarmieren. Sie aber hat dabei zum Glück nichts zu sagen, sondern nur das Gericht. — Klingt das nicht wie eine bewußte Verhöhnung der red-lichen Dienstmädchen? Die Kostspieligkeit und Unmöglichkeit des gerichtlichen Verfahrens schüben die Herrschaft in fast allen Fällen vor Rechtsansprüchen geschädigter Dienstmädchen.

Die sozial-Unduldigkeit kommt in noch höherem Grade in einem anderen Abschnitt des Artikels zum Ausdruck. Hier er-scheint das Dienstmädchen als der Ausbund aller Rechtslosigkeit, dem gegenüber sich die herrschaftliche Ueberhebung seinerlei Schranken aufzuerlegen braucht. Wird das Mädchen einer Unredlichkeit ver-dächtig, so fordert man einfach die Festnahme, verläßt es, ohne die Kündigungfrist innezuhalten, der Dienst, läßt man es zwangs-weise zurückbringen, und „wem es Spaß macht“, der kann sogar ihre Verstrafung verlangen. Doch dieses Bekenntnis einer schonen Auffassung ist wert, hier wörtlich festgehalten zu werden. Es lautet: „Wie ist das mit dem berühmten „Zurückholen durch die Polizei“, wenn ein Mädchen eigenmächtig den Dienst verläßt? Angenommen, ich habe sie noch dazu im Verdacht einer Unredlichkeit? Dann ist es am besten, man telephoniert beim ersten Anzeichen einer Flucht-vorbereitung an die Polizei um vorläufige Festnahme. Miß-lingt das oder liegt ein solcher Grund überhaupt nicht vor, dann lasse man sie gehen ihres Weges ziehen. Wo sie bleibt, geht ja schließlich aus ihrer polizeilichen Abmeidung hervor. Man kann dann hinterher bei der Polizei ihres Aufenthaltsortes ihre Jurid- führung beantragen. Dann allerdings geht man hübsch ohne Ueberlegung weiter: die Polizei läßt die Ermittlungen vor und be-sucht eine Einigung zwischen ihr und der Herrschaft anzubahnen. Also ganz, wie es der Richter bei der Ehecheidung macht. Ge-lingt nicht, dann „unterjucht“ die Polizei, ob das Mädchen nicht doch einen geschwähigen Grund zum Fortgehen hatte. Erst dann ordnet sie eventuell die „zwangsweise“ Zurückführung an. Zu-wischen vergißt man natürlich schon lieber, und überhaupt, wer mag denn mit unwilligen Kräften arbeiten? Besser also, man beantragt von vornherein gar nicht erst die „Zurückführung“, son-

sind alle glatt ruhiert, nur die Götter werden sich bätig dar-gestellt. Auf einem großen Relief aus Tello sehen wir die Sumerer im Kriege. Wenn der König als Sieger darge stellt wird, trägt er stets den Palmenzweig in der Hand; ein Symbol, das aus Sumer in das Abendland gekommen ist.

Der älteste und gefährlichste Feind der Sumerer waren die Semiten, die aus der arabischen Wüste vordrangen und sich vor ihrem Jahrtausenden im nördlichen Babylonien niederließen. Nach ihrem Hauptort wird ihr Reich „Akkad“ genannt. In blutigen Kriegen wöhren sie ihre Kräfte mit den Sumerern des Südens; aber auch in den Anfängen des Friedens suchten sie es dem älteren Kulturvolke gleich zu tun. Von den Sumerern haben sie alle Elemente der Bildung entnommen: Kunst und Schrift, Religion und Recht. Für die semitischen Babylonier und später für die Assyrer war das Sumerische eine heilige Sprache, und es entwickelte sich bei ihnen eine reiche grammatische Literatur, an deren Hand man in den Priester-schulen sumerisch lernte.

Wir wissen schon lange, daß die Bildung der Sumerer die Grundlage der babylonisch-assyrischen Kultur gewesen ist. Aber der Einfluß dieses Volkes erstreckt sich bis in unsere unmittelbare Gegenwart. Wenn wir die Stunde in 60 Minuten teilen, folgen wir damit dem sumerischen Zahlssystem, und die Planetennamen unserer Wochentage stammen aus der Astrologie Babylons. Auch die altschriftliche Kirche hat nach Delbischs Urteil viele babilonische Gebräuche übernommen. Besonders interessant ist die Theorie von dem babylonischen Ursprung der Kirchstürme. Bei den Sumerern erhob sich neben jedem Tempel ein mächtiger, aus einzelnen Terrassen bestehender Turm, von dessen Spitze aus der Priester die Bewegung der göttlichen Geister zu verfolgen pflegte. Auch die ältesten christlichen Kirchstürme, die wir im Orient, in Syrien nachweisen können, haben frei neben den Gotteshäusern gestanden; eine Anordnung, die von dem italienischen Campanile her allbekannt ist. So reichen die Fäden der menschlichen Kultur-entwicklung von den Tagen der alten Sumerer bis in die Gegen-wart hinein.

Ein neues Narkosemittel. Wie man der „Frankf. Zeitung“ mitteilt, ist in der Klinik des Verner Chirurgen Prof. Dr. Theodor Kocher in den letzten Wochen eine neue Narkosemittel-methode zur An-wendung gekommen, die für die Weiterentwicklung der Operations-technik von erheblicher Bedeutung sein wird. Dem Assistenten Kocher, Dr. Anton Josis, ist es nach langen theoretischen Untersuchungen und praktischen Versuchen gelungen, durch ein sehr einfaches Verfahren einen Blutbestandteil, der die Gerinnung stark beschleunigt, in größeren Mengen darzustellen und steril in Ampullen aufzubewahren. In der praktischen Anwendung hat sich dieses Präparat nun schon bei einer Reihe von Operationen bewährt. So wurde z. B. bei einem Hämio-philien (Bluter) eine Blutung, die man nach den bisherigen Methoden nicht stillen konnte, mit dem neuen Mittel von Dr. Josis nach wenigen Minuten zum Stillstand gebracht! Ferner konnte die Ope-ration einer blutenden Gehirnwulst ohne irgend eine Unterbindung durchgeführt werden.

Großpapa Meier-Graefe. Er war einst ein Revolutionär, hat Bödlin totgeschlagen und Menzel zur Hälfte geschädigt, hat den französischen Impressionisten und später dem Greco als ein Ver-sehrter vorangeführt. Seine Wäcker waren Panfaren für die

Kleines feuilleton.

Ein proletarischer Kunstabend. Am Montagabend bot die Ber-liner Parteileitung zu Ehren des Preußentages eine Veranstaltung, bei der einzig die Bezeichnung mißglückt war. Als Empfangs-kommers war der Abend angelündigt worden. In Wirklichkeit hatte die Veranstaltung mit einem Kommerse im landläufigen Sinne un-gesähr so viel Ähnlichkeit wie ein Dudelsack mit einem Sinfonieorchester. Brachte der Abend doch Darbietungen, deren künstlerischer Wert alle Erwartungen übertraf. Weihevollte Stimmung senkte sich auf die Tau-sende, als das Bläser-Orchester unter Leitung des Herrn Fried die kraft- und heilenvollen Weisen der dritten Leonoren-Ouverture Beethovens erklingen ließ. — Hierauf sangen die Philologen Chöre „Das heilige Feuer“ von Uthmann mit Orchesterbegleitung, wobei freilich der vokale Teil durch die Wucht des instrumentalen etwas niedergedrückt wurde. Ein von Ludwig Besen geleiteter Prolog zur Begrüßung des Preußentages wurde von Herrn v. Winterstein vom Deutschen Theater meisterhaft gesprochen. Der Zeiten Ernst, des Volkes Not, Kampfesmut und Freiheitsstolz tönten aus den Reihen.

Und nun kam der Glanzpunkt des ganzen Abends: Richard Dehmels „Erntelied“ in Chorgesang und mit Orchesterbegleitung. Die wunderbar tiefe und doch so plastisch klare Dichtung hat in der Vertonung des Herrn Fried eine mindestens gleichwertige musikalische Interpretation gefunden. Palmwedeltänze und Senfenklang, das Schwören und dumpfe Dröhnen des Mühlganges, all das klingt wichtig aus Chor und Orchester heraus; dazwischen geht der schrille Schrei der Not, den martige Töne des Arbeitstropfes ablesen, bis das Sturmestrausen des Erntefestes in stolzen Jubelstößen ausklingt. Es war zum ersten Male, daß diese grandiose Tondichtung in solcher vokalen und instrumentalen Befassung unter Leitung des Komponisten selbst der Arbeiterschaft zu Gehör kam. Und die Wirkung war gewaltig: in atemlosen Schweigen lauften die Tausende, die im großen Saale der „Neuen Welt“ eng aneinander gedrängt saßen. Stürmischer Beifall brauste am Schluß durch den gewaltigen Raum und konnte nur dadurch zum Schwachen gebracht werden, daß Herr Fried sich notgedrungen zu einer Wiederholung entschloß.

Der zweite Teil des Abends wurde ausgefüllt durch eine Kom-position der Goethe'schen Dichtung „Die erste Walpurgisnacht“ von Mendelssohn-Bartholdy. Es ist dies „eine Art großer Kantate“, in der die Orchesterpartie besonders durch ihre fein heraus-gearbeitete und ausgefeilte Naturbilderei brilliert, die aber auch dem Solo- wie dem Chorgesang dankbare Aufgaben zuweist. Volls-chor und Bläserorchester bereiten dem Gesangswort unter Leitung des Herrn Lander eine würdige Auffassung. Die Solopartien wurden von Hl. Simson (Alt), Herrn Langner (Tenor) und Herrn Guttman (Bariton) vorzüglich durchgeführt.

Im dritten Teile bot das Orchester noch den feurigen Malocq-Marsch aus Fausts Verdammnis von Berlioz und das klangvolle Vorspiel zu Wagner's Meister-singern. Herr v. Winterstein regierte in seiner padenden und feststehenden Art je ein Gedicht von Maday (Ihr könnt das Wort verbieten), Richard Dehmel (Bergpfad) und Drachmann (Aus Worpstein). Das zuletzt genannte Gedicht er-zählte in Andacht der woffenstirrenden Zeit, in der das Proletariat

dem gleich Bestrafung durch die Polizei. Das geht nämlich auch, ja, darüber hinaus kann man sogar auch noch an den Anwalt schreiben und ihre gerichtliche Bestrafung nachsuchen. Wenn's Spah macht."

Die "Unabhängigen" empfinden es also schon als empörend, daß die Polizei die einem herrschaftlichen Regenten entnommenen Mädchen nicht einfach ohne jede weitere Bedingung unter Verhaftung zurückschickt. Doch die Polizei hat das Recht und die Pflicht hat, einen Einigungsversuch zu unternehmen und sich zu erkundigen, ob nicht vielleicht doch ein gesetzlicher Grund zur Aufgabe des Dienstverhältnisses vorliegt, das ist in den Augen des Dr. Holm unerheblich. Die hier bekundete Auffassung, diese Anweisungen und Behauptungen demonstrieren am besten die Unhaltbarkeit der mit Menschenwürde in schreiendem Widerspruch stehenden Gefindeordnung. Daher fort mit den Dokumenten der Unkultur.

Lesende.

Marientorf. Donnerstag, den 9. Januar, 8 Uhr, bei Paul, Königstraße 14: Vortrag des Genossen Kurt Heimig.

Gerichts-Zeitung.

Uebergreif eines Mansfelder Gendarmen.

Was sich das Mansfelder Beamtentum friedliebenden Bürgern gegenüber erlaubt, dafür lieferte eine am Montag in Halle stattgefundene Schöffengerichtsverhandlung einen recht klaffen Beweis. Als am Abend des 18. Oktober v. J. der bisher unbestrafte 44-jährige Handelsmann Rudolf Jäsch aus Arnsdorf mit seinem einspännigen Wagen ohne Verlenkung vom Bahnhof Teutschenthal nach seinem Wohnort zurückfuhr, wurde er von dem Gendarmwachmeister Gläser angehalten. Nach Feststellung der Personalien hätte der Gendarm den Jäsch fahren lassen müssen. Der überreizte Beamte wollte aber die Wahrnehmung gemacht haben, J. sei betrunken — J. bestritt dies vor Gericht mit aller Entschiedenheit —, und begleitete das Gefährt auf Schritt und Tritt. J. war mit der Begleitung nicht zufrieden und verbat sich dies. Als der Fahrer, der dem Gendarmen gesagt hatte, er finde seinen Weg allein und werde sich über die lästige Begleitung bei dem Landrat beschweren, vor einem Gasthofe in Bundeleben hielt, um einmal einzufahren, untersagte ihm der Gendarm dies. Dann ließ der Mann des Gefährtes auch noch zu dem Wirt und untersagte diesem, dem J. Bier zu verabreichen. Der Wirt ließ sich einschüchtern und den Gast fahren. Der Gendarm, der viel Zeit zu haben schien, nahm die Begleitung wieder auf, verfuhr in einem zweiten Gasthofe, vor dem J. „halt“ machen wollte, in derselben Weise und ging dann mit ungläublichen Gewaltmaßregeln gegen den Fahrer vor. Er sah den Mann an, geriet ihn mit Gewalt zum Gasthofe hinaus und versuchte, ihn auf den Kutschbock hinauszuschieben. Der in dieser Weise Behandelte leistete dabei mit Recht den heftigsten Widerstand, schlug und trat um sich. Darauf ließ der Wachmeister auch noch den Amtsdienner herbeiholen und brachte mit diesem J. unter heftigstem Sträuben in die Haftzelle. Die Folge dieser Behandlung für J. war nun noch eine Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Gericht verurteilte jedoch das gewaltsame Vorgehen des Gendarmen und sprach J. von der Anklage des Widerstandes frei. Der Gendarm habe nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt und J. durfte sich widersehen, da der Eingriff in seine persönliche Freiheit ungerechtfertigt war, hieß es in der Urteilsbegründung.

Wird nun der Gendarmwachmeister angeklagt werden?

Gerichtsvollziehers Leiden.

Ein wüster Anwalt bei einer Pfändung, bei der es sogar zu einer Revolverschießerei kam, bildete den Gegenstand einer umfangreichen Anklage, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Wesenthal vor der 8. Strafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung kam. Angeklagt wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Bedrohung, gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung waren der Möbelfabrikant Max Pfeiffer aus Reinickendorf, dessen Ehefrau Elise P., geb. Sommerfeld, der Tischlergeselle Karl Hamann aus Franz-Buchholz, der Gastwirt Max Nagel und dessen Ehefrau Johanna N.

modernste Kunst. Oft war es eine Lust, ihm zuzuhören; mit stroyender Sinnlichkeit stürzte er sich über die Bilder, pietätlos gegen alles Schwache und beneidete für die starke, unmittelbare Genialität. So war Meier-Graefe. Und nun ist er Großpapa geworden. Im Salon Cassirer predigte, geistelte und schäufte er Scheiterhaufen für die bösen und traditionslosen, die wilden Jungen und Jüngsten. Er mag sie nicht die neue Malerei, weder die Expressionisten, noch die Kubisten, noch die Futuristen. Und gewiß, er hat recht, sich an diesen Volabeln zu ärgern. Aber Meier-Graefe dürfte nicht übersehen, daß hinter diesen Schlagworten Menschen stehen, Menschen, denen es um die Kunst genau so ernst ist, wie einst jenen Malern, die als Impressionisten beschimpft wurden. Der ästhetische Salonarola behauptet led, daß die jungen Sturmgesellen weder kämpften, noch ernsthaft strebten, daß sie weder zweifeln, noch eheulich arbeiteten. Er wirft ihnen vor, daß sie nur auf Sensation und Dummheit ihrer Hochsprünge machten. Solch Verfluchen hat freilich noch niemals aufhalten können, was herauskommt, weil es herauskommen muß. Es ist Plöbinn, zu glauben, daß nach den Impressionisten, nach Monet, Liebermann und von Gogh die Barbarei und Behorstände. Abwarten, Großpapa Meier-Graefe, und noch eins: sollte die Kapuzinade im Salon Cassirer zugleich das Programm sein, nach dem der neue Präsident der Sezession verfahren will? Wenn ja, dann dürfte die Sezessionsdämmerung schon morgen hereinbrechen.

Notizen.

— Theaterchronik. Das Lessing-Theater bereitet als nächste Novität Hermann Wahrs Lustspiel „Das Prinzip“ vor, das am Sonnabend, den 18. d. M., zum ersten Male in Szene geht.
— Musikchronik. Raoul Koczalskis fünfter Klavierabend, der ausschließlich Chopin'schen Kompositionen gewidmet wird, findet Donnerstag, 8 Uhr, im großen Saale der Igl. Hochschule für Musik statt.
— Die Protestversammlung gegen das Zensurverfahren, das Hans Ghan betroffen hat, findet in geschlossener Rahmen statt. Persönliche Einladungen vergibt nur der Schuyverband Deutscher Schriftsteller, an dessen Bureau (Berlin W. 9, Linstr. 16) Interessenten sich wenden wollen.
— Der neue Schauspielhausdirektor in Hamburg. Als Nachfolger Karl Hagemanns wurde Max Grube, der Intendant des Meiningen Hoftheaters, gewählt.
— Ein Offenbach-Theater, das nur Werke von Offenbach aufführen soll, wird in Paris geplant. — Eine solche Spotttheater hätte sich der gute Jacques gewiß nicht träumen lassen.
— Parissal in Zürich. Da mit dem 13. Februar 1913, der dreißigsten Wiederkehr des Todesstages Richard Wagners, der urheberliche Schutz seiner Werke für die Schweiz abläuft, hat die Theater-Aktiengesellschaft Zürich beschlossen, „Parissal“ gegen Ende der laufenden Spielzeit in Zürich zur Aufführung zu bringen.
— Der Verein zur Verbesserung der Frauenkleidung veranstaltet am Sonnabend eine Festwoche des Kulturkorbes Kleiderbauern im Saale der „Gesellschaft der Freunde“, Potsdamer Str. 109. Freie Sonden (Zanzibar) und Räte Förder (Gelang) werden mit Karten zu 4 und 8 M. zu haben bei: Frä. Gertrud Boese, Prinz-Regenten-Str. 109 und in der Gesundheitszentrale Linstr. 1 und deren Filialen.

Der Anklage liegt eine ganz tolle Szene zugrunde, die sich am 20. März v. J. auf dem in der Holländerstraße in Panlow gelegenen Fabrikgrundstück des Angeklagten Pfeiffer abgespielt hatte. Dieser hatte von einem Dringlichen Sulpit Boren bezogen und nicht bezahlt. In dem von S. angestregten Zivilprozeß wurde Pfeiffer verurteilt, später vor dem Kammergericht kam eine Einigung zustande, bei welcher sich P. verpflichtete, eine bestimmte Summe zu zahlen und außerdem bestimmte Sachen an S. herauszugeben. Als Pfeiffer dieser Verpflichtung nicht nachkam, erwirkte S. einen Gerichtsbescheid, welcher ihm das Recht der sofortigen Pfändung gab. Am 20. März fuhr S. dann in Begleitung des Gerichtsvollziehers Walther, den er schon vorher darauf aufmerksam gemacht hatte, daß er auf starken Widerstand stoßen werde, sowie ferner in Begleitung zweier Zeugen nach Reinickendorf hinaus. Nachdem sich Walther ordnungsgemäß legitimiert hatte, wollte er seine Amtshandlung vornehmen. Er wurde jedoch von Pfeiffer daran gehindert, der sofort über ihn herfiel und ihm mit einem Säuerbaum zu Leibe ging. Der Gerichtsvollzieher erhielt einen Schlag über die Hand, durch welchen der Mittelhandknöchel gesplittert wurde. Als Pfeiffer in Gemeinschaft mit seinem Gesellen Hamann über Sulpit herfiel und auf ihn einschlug, gab S. auf Hamann einen Revolvererschuß ab, der diesen in die Schulter traf und ihn kampfunfähig machte. Es kam nun zu einer wilden Prügelei, bei der der Vollziehungsbeamte und seine Begleiter das Feld räumen mußten. Sie wandten sich an mehrere Polizeiergatten, die jedoch anfänglich vollständig versagten. Als der Vollziehungsbeamte von ihnen Unterstützung verlangte, wurde ihm erklärt: „Nicht ist die Polizei da, jetzt haben Sie nichts mehr zu pfänden.“ Als Walther dagegen protestierte, wurde er sogar von einem Polizeiergantent tödlich angegriffen und erhielt einen Stoß vor die Brust. — Erst nach fast ungläublichen Schwierigkeiten gelang es dem Gerichtsvollzieher seines Amtes zu walten.

In der geistigen Verhandlung gestallte sich die Beweisaufnahme sehr interessant. Die Angeklagten behaupten, daß der Gerichtsvollzieher Walther so stark betrunken gewesen sei, daß er getaumelt sei. Außerdem habe er sich gar nicht legitimiert, so daß sie völlig berechtigt gewesen wären, ihn herauszuweisen. — Der Zeuge Walther bestritt dies ganz entschieden mit der Angabe, daß er an jenem Tage nur in den Mittagsstunden ein Glas Bier getrunken habe. In seiner Vernehmung führte er lebhafteste Klage über das Verhalten der Reinickendorfer Polizeibeamten, gegen die übrigens, wie zur Sprache kam, von dem Amtsgerichtspräsidenten bei dem Landrat eine Beschwerde eingereicht worden ist. Wie der Zeuge bezeugt, habe ein Polizeiergantent sofort erklärt: „Halt, jetzt sind wir, die Polizei, hier Herren, jetzt wird nicht mehr gepfändelt!“ Die Polizeibeamten hätten, ohne zu wissen, um was es sich handelt, sofort gegen ihn Partei genommen, trotzdem er sich ordnungsgemäß legitimiert habe. Der Polizeikommissar Münserberger habe ihm sogar sofort zugerufen: „Sie sind betrunken, ich werde Sie erst mal unteruchen lassen!“ — Diese Angaben wurden durch eine Reihe anderer glaubwürdiger Zeugen bestätigt. — Die benannten Polizeibeamten beklagten, daß sie den Eindruck gehabt hätten, daß Walther betrunken war, außerdem habe er stark nach Alkohol gerochen. Im direkten Gegensatz hierzu stand das Gutachten des als Sachverständiger vernommenen Arztes Dr. Klein, der bezeugte, daß er unmittelbar nach jenem Vorfall festgestellt habe, daß der Gerichtsvollzieher Walther weder nach Alkohol gerochen, noch sonst den Eindruck eines angetrunkenen Menschen gemacht habe. Wenn die Polizeibeamten bezeugt hätten, daß sie bei Walther und den übrigen Zeugen keinerlei Verletzungen gesehen hätten, so sei dies ebenfalls unmöglich. Denn als er hinzugerufen worden sei, habe er ein kleines Lazarett angetroffen, in dem fast jeder mehr oder minder schwere und deutlich sichtbare Verletzungen aufzuweisen habe. — Ein als Zeuge vernommener Gendarmwachmeister bezeugte außerdem noch, daß der Gerichtsvollzieher bei seinem Erscheinen ausgerufen habe: „Gott sei Dank, jetzt kommt endlich ein Beamter, der mir hilft; die Reinickendorfer Polizei verhaftet vollständig und gewährt mir keinen Schutz.“

In Uebereinstimmung mit dem Vertreter der Anklage kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß sich die Polizeibeamten in einem groben Irrtum befunden hätten, da zweifellos festgestellt sei, daß der Gerichtsvollzieher weder betrunken noch angetrunken gewesen sei. Das Urteil lautete gegen Pfeiffer auf drei Monate und eine Woche Gefängnis, gegen Frau Pfeiffer auf 100 M., gegen Hamann auf 30 M. und gegen Nagel, der sich an dem Widerstand beteiligt hatte, auf 40 M. Geldstrafe. Frau Nagel wurde freigesprochen.

Der Staatsanwalt gegen ein Dienstmädchen.

Am Freitag gelangte vor der Dortmunder Strafkammer ein Beleidigungsprozeß gegen ein Dienstmädchen zur Verhandlung, der insbesondere deshalb allgemeines Interesse erregt, weil der Staatsanwalt gegen ein noch ihrer Schilderung in ihrer Ehre schwer gekränktes Dienstmädchen Anklage wegen angeblicher Beleidigung ihres Dienstherrn erhoben hatte.

Die Angeklagte war in der Familie des Kaufmanns Holstein längere Zeit in Diensten. Als die Frau des Holstein wegen einer Krankheit in Soden weilte, war das Mädchen mit ihrem Dienstherrn und zwei Kindern allein zu Hause. Einige Wochen nach der Rückkehr der Frau fiel dieser bei dem Mädchen starkes Unwohlsein und Erbrechen auf. Das Mädchen wurde deshalb zum Arzte geschickt. Dieser hielt dem Mädchen dann vor, daß es schwanger sei. Nach längerem Sträuben gestand das Mädchen dem Arzte, daß es geschlechtlichen Verkehr mit seinem Dienstherrn gehabt habe, es sei von diesem zu dem Verkehr gezwungen worden. Der Arzt erbot sich, dem Holstein von seiner Feststellung telephonische Mitteilung zu machen und ihn zu einer Auserkung zu veranlassen. Das geschah auch, Holstein tritt aber den Verkehr mit dem Mädchen ab.

Am Nachmittage desselben Tages ließ der Nebenkläger das Dienstmädchen dann noch einmal durch einen Spezialarzt untersuchen, der die gleiche Feststellung traf wie sein Kollege. Darauf wurde in der Wohnung des Holstein ein regelrechtes Verhör mit dem Mädchen angestellt. Zu diesem bestellte der Dienstherr einen Freund, den Dr. jur. S., und seinen Bruder, den Affessor Dr. Holstein, der früher Staatsanwaltschaftsdirektor und zu der fraglichen Zeit Schöffengerichter war. Dem Mädchen wurde mit der Polizei gedroht, wenn es nicht die Wahrheit sage. Es blieb die Angeklagte bei ihrer Behauptung. In Gegenwart ihres Bruders hat sie dann über den Vorgang nähere Mitteilungen gemacht. An diesem Abend noch setzte die Herrschaft das Mädchen auf die Straße. Später wurde die Angeklagte in der städtischen Entbindungsklinik von einem Knaben entbunden.

Der Vormund des unehelichen Kindes strengte darauf gegen Holstein Alimentsklage an. In dieser beschwor der Beklagte, daß er mit dem Mädchen keinen geschlechtlichen Verkehr gepflogen habe. Die Klage wurde darauf abgewiesen.

Holstein ersuchte dann bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen das Mädchen wegen Beleidigung. Herr Holstein wurde nicht etwa auf den Weg der Privatklage verwiesen, sondern der Staatsanwalt erhob Anklage im öffentlichen Interesse. Es kam im Juni vergangenen Jahres zur Verhandlung vor dem Schöffengericht. In dieser Verhandlung schwört der auch damals schon als Nebenkläger zugelassene Herr Holstein sichtlich ab. Das Schöffengericht hielt die Aussagen des Nebenklägers nicht für beweiskräftig und kam zu dem Schluß, daß der Darstellung der Angeklagten, der allerdings das beste Leumundzeugnis ausgestellt wurde, ein hoher Grad innerer Wahrscheinlichkeit innewohne. Das Mädchen wurde freigesprochen.

Gegen dieses Urteil legte Holstein Berufung ein, über die am Freitag verhandelt wurde. Der Staatsanwalt beantragte sofort zu Beginn der Verhandlung den Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse, weil für die Öffentlichkeit kein Interesse an der Ver-

handlung bestehe; so der Herr Staatsanwalt, der das Verfahren im öffentlichen Interesse glaubte eröffnen zu müssen.

Die Verhandlung führte wieder zur Freisprechung der Angeklagten. In dem Urteil hieß es, das Gericht habe nicht verkennen können, daß der Nebenkläger kein unparteiischer Zeuge sei. Wenn er im Alimentsprozeß den Eid nicht geschworen hätte, dann hätte er sich des Ehebruchs bezichtigt. Noch schlimmer sei es in der Verhandlung vor dem Schöffengericht gewesen, denn wenn er den zweiten Eid nicht leistete, dann hätte er sich auch noch des Meineides für schuldig erklärt.

Weshalb lag ein „öffentliches Interesse“ vor, die halloste Anklage gegen das Dienstmädchen zu erheben, nicht aber für die Rechte des Dienstmädchens mit den Mitteln des Staates einzutreten?

Aus aller Welt.

Eine deutsche Spitzbergen-Expedition in Not.

Ein bei der Telegraphendirektion in Spitzbergen eingetroffenes Funkentelegramm berichtet, daß am 2. Januar bei der Telegraphenstation Spitzbergen zwei Männer aus Advent-Bay eingetroffen sind mit der Nachricht, daß am 27. Dezember ein Teilnehmer der deutschen Spitzbergen-Expedition namens Ritschel in Advent-Bay angelangt sei und erzählt habe, daß die Expedition, die sich an der Nordküste Spitzbergens aufhält, nur noch für einen Monat Proviant habe. Einzelne Teilnehmer seien an Skorbut erkrankt. Er selber habe einer Abteilung angehört, die von Wijde-Bucht nach Advent-Bay zu gelangen suchte, um Hilfe zu holen. Seine Begleiter, den Arzt der Expedition und zwei Norweger, habe er in Wijde-Bucht zurücklassen müssen, da sie erschöpft waren; jetzt seien sie wahrscheinlich ohne Nahrungsmittel. Er selber habe am Weihnachtsabend Cap Thordsen erreicht, dort sein letztes Tagelicht verzehrt und dann den Marsch über den Fjord fortgesetzt. Zweimal sei er eingebrochen, aber von seinem Hunde gerettet worden. Aus Mangel an Kräften mußte er Schneeschuhe und Korboller schließlich zurücklassen. In Advent-Bay mußte man ihm, so erzählte er, die Kleider vom Leibe schneiden, so sehr hatten seine Beine vom Frost gelitten. Sechs andere Mitglieder der Expedition waren in nördlicher Richtung weitergegangen, um eine zweite deutsche Expedition aufzusuchen. — Von Advent-Bay geht nun eine Hilfs-Expedition nach Wijde-Bucht ab, für welche die Funkstation alle möglichen Rettungsmittel bereitgestellt hat.

Ein unterirdischer Brand.

Im Orte Haselbach bei Altenburg ist man einem ausgedehnten unterirdischen Brandherde eines der in hiesiger Gegend reichlich vorkommenden Kohlenlager auf die Spur gekommen. Schon seit einiger Zeit zeigte sich an den Gebäuden der dortigen Steingewerkschaft von Gebrüder Nordmann breite Risse und Sprünge, die ein Stützen der Gebäude notwendig machten. Um die Ursachen zu ermitteln, wurden einige Bohrbohrer in die Erde getrieben. Dabei stieß man bereits in 5 Meter Tiefe auf einen Kohlenflöz, das in hellen Flammen stand. Nach sachverständiger Mitteilung brennt das Kohlenlager schon seit Jahren. Der Brandherd befindet sich direkt unter der Fabrik.

Zur Explosionskatastrophe auf dem Panzer „Massena“.

Ueber die Montag nachmittag am Bord des französischen Panzerschiffes „Massena“ erfolgte Dampfkessel-Explosion, durch die ein Obermaat und sieben Felzer ums Leben kamen, werden aus Toulon noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der „Massena“ befand sich nicht weit von der großen Kreebe, als die anderen Schiffe plötzlich eine starke Rauchwolke von dem Kriegsschiffe aufsteigen sahen. Bald darauf erfuhr man, daß eines der Dampfkessel geplatzt war und acht in der Heizkammer befindliche Leute von dem siedendheißen Dampf fürchtbar verbrüht worden waren. Sieben von ihnen waren sofort tot, der achte atmete noch, als die Rettungsmannschaft in die Heizkammer einbrang, starb jedoch einige Augenblicke später. Nach einer späteren Meldung ist noch ein Obermaat während der Rettungsarbeiten lebensgefährlich verletzt worden. Der „Massena“ gehörte zu den Panzerschiffen, die kürzlich vom Nordgeschwader der Mittelmeerflotte zugestellt worden waren.

Verhaftung des Bankdefraudanten Weber.

Der flüchtige Defraudant Alexander Weber, der in Gemeinschaft mit dem Bankbeamten Aurbach das Bankhaus Gebrüder Löhbede in Braunschweig um 400 000 M. geschädigt hat, ist, wie ein Telegramm aus Budapest meldet, dort festgenommen worden. Weber war vor vier Tagen nach Budapest gekommen, hat aber während der ganzen Zeit sein Hotelzimmer nicht verlassen, da er sich den Geheimpolizisten gegenüber, die Verhaft hatten, nicht legitimieren konnte. Er hatte sich den Namen eines Kaufmanns Rudolf Jaerber aus Wien beigelegt. Auf Eruchen des Braunschweiger Untersuchungsrichters wurde Weber dann am Montagabend verhaftet. Er legte sofort ein Geständnis ab.

Kleine Notizen.

Folgen der Kriegsspielerel. In Ludensfeld wurde beim Kriegsspielen ein Schultabe von einem 12-jährigen Kameraden mittels einer Glaubtblase in die Brust geschossen. Der Schuß durchbohrte die Lunge. Der Knabe befindet sich in hoffnungsloslosem Zustande im Krankenhaus.
Die Typhusepidemie beim Eisenbahnregiment Nr. 8 in Hanau hat abermals ein Opfer, das erste, gefordert. Der Pionier Schellhaas aus Burgsolms, Kreis Weylar, ist am Dienstag gestorben. Es sind noch 177 Mann krank.
Folgenschwere Gasexplosion. In einem Hause in der Rue de Blancs Monteaux in Paris verübte Montagabend ein Geschäftsvierer Selbstmord, indem er sich in seiner Stube mit Leuchtgas vergiftete. Als der Pförtner mit fünf Nachbarn in das Zimmer einbrang, entzündete sich das angesammelte Gas an einer Flamme des Hausofens. Eine furchtbare Explosionsfolge und alle sechs Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.
Untergang eines Fischereidampfers. Aus Bayonne wird gemeldet, daß der Fischereidampfer „San Pedro“ in der Nähe von San Sebastian kenterte. Von der vierzehn Mann starken Besatzung konnten sich nur der Kapitän und der Deizer retten.
Feindschaft gegen sanitäre Maßnahmen. Bei einer Rundgebung gegen sanitäre Maßnahmen der Stadtverwaltung in Rocca-gorga, Provinz Rom, kam es zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und einer Abteilung Soldaten. Die Truppen, die von der Menge mit Steinen beworfen wurden und mehrere Verwundete hatten, machten von der Schußwaffe Gebrauch. Den Blättern zufolge wurden fünf Personen getötet und mehrere verwundet.
Angereicher Vermögensverwalter. Nach umfangreichen Untersuchungen ist in Hamburg der Notar Dr. Becker flüchtig geworden. Es handelt sich hauptsächlich um Mündelgelder, die der Notarfirma Dr. Becker und Otten, deren Mitinhaber der verhaftete Dr. Becker war, anvertraut waren. Die Höhe der Unterabteilungen beläuft sich auf 200 000 M., die Dr. Becker bei unglücklichen Terrainverkauften zugesetzt hat. Seit dem 3. Januar ist Dr. Becker verschwunden. Bei der Staatsanwaltschaft ist aus Dresden ein Brief eingegangen, in dem er sich selbst der Unterschlagung bezichtigt und schreibt, er werde sich in der Elbe ertränken.

Nach beendeter Aufnahme unserer ca. **1 Million Mark** befragenden Lagerbestände erfolgt unser

Inventur Ausverkauf

In dieser Woche
vom **6-13 Jan**
Ausverkauf

mit teilweise enormer Preisherabsetzung

Anzüge

Anzüge

Hosen

- farbig
- Jackett-Anzüge Cheviot in vielen Mustern... **13⁷⁵**
 - Jackett-Anzüge braun oder dreier Cheviot mit feinen Streifen... **17⁵⁰**
 - Jackett-Anzüge braun, oliv u. grau Cheviot, nach englischer Art gemustert... **21⁵⁰**
 - Jackett-Anzüge Cheviot und Kammgarnarten in den neuesten Mustern... **32⁰⁰**
 - Jackett-Anzüge fein gestreifte Cheviots, darunter „echt englische“... **45⁵⁰**
 - Rock-Anzüge Kammgarnart, dunkel gemustert... **36⁵⁰**

- marengo, blau
- Jackett-Anzüge schwarz Cheviot... **13⁵⁰**
 - Jackett-Anzüge marengo Cheviot... **22⁵⁰**
 - Jackett-Anzüge marengo u. blau Cheviot... **27⁵⁰**
 - Jackett-Anzüge marengo und blau Melton-Cheviot... **36⁵⁰**
 - Jackett-Anzüge feiner blauer Cheviot, „Ersatz für Maßarbeit“... **56⁵⁰**
 - Cufaway und Weste marengo Cheviot, elegante Form... **31⁰⁰**

- moderne Streifen
- Herren-Hosen halbarer Zwirnstoff... **3¹⁵**
 - Herren-Hosen derber gestreifter Buckskin, in mittel- und dunkelgrau... **5²⁰**
 - Herren-Hosen Cheviot und Kammgarnarten, moderne Streifen... **7²⁵**
 - Herren-Hosen Kammgarnart, schwarzgründig, mit schmalen und breiten weißen Streifen... **9³⁰**
 - Herren-Hosen elegante Streifen... **11²⁰**
 - Herren-Hosen gestreifte Rodhose, Aachener Kammgarn... **13⁵⁰**

Oberhemden etwas angestaubt 1⁸⁵	Kragen teilweise rein Leinen 1⁶⁰	Servietten weiß u. farbig 40 Pl. und 25 Pl.	Krawatten im Schaufenster etwas geblüht... 15 Pl.	Waschwesten moderne Muster... 1⁶⁵
---	--	--	--	---

Nicht abgeholte Maßanzüge und Maßhosen zu sehr billigen Preisen — Echt englische Gummimäntel M 10.50



Baer Sohn

Schwarze, steife **Hüte**
darunter engl. Haarhüte (Paris-ware)... **1²⁵**

Kleiderwerke v. Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 gegr. 1891 **Schöneberg, Hauptstr. 10**
Hauptkatalog Nr. 40 (Neueste Moden) kostenfrei. v. Sonntag von 12-2 geöffnet

Tennis-Anzüge
zu Sommer- u. Kostüm-Festen, wenig ge... **5⁰⁰**
Tennissocken 250 von... M. 2 an

Nachdruck verboten

Todes-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Karl Ahlmann**
Kliefersgr. Str. 8, im Alter von 61 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes aus statt.
777 Die Ortsverwaltung.

Am 6. Januar, kurz vor seinem 50jährigen Buchdruckerjubiläum, verstarb nach schwerem Leiden unser langjähriger technischer Leiter, Herr **Alex Stadthagen.**
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen Vorgesetzten, dem es gelang, durch seinen geraden, ehrlichen Charakter sich die Hochachtung des gesamten Personals zu erwerben. — Ein ehrendes Andenken wird ihm dauernd bewahren.
Das Gesamtpersonal der Hoibuchdruckerei Julius Sittenfeld.
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 9. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof in Weißensee, Lothringenstraße 22. 1967b

Deutscher Bauarbeiterverband.
Sektion der Pöcher.
Unsern sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Pöcher zur Nachricht, daß unser Mitglied **Alb. Adamik**
plötzlich gestorben ist. 140/3
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause in Schönau bei Bernau aus statt. — Abfahrt vom Stettiner Bahnhof (2 Uhr) bis Jepernsd. — Um rege Beteiligung bittet auf Wunsch des Verstorbenen und seiner Familie
Die örtliche Verwaltung.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des **Hollereis** 1991
Wilhelm Teichert
lagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem Deutschen Bauarbeiterverband, Sektion der Pöcher, dem Sozialdemokratischen Wahlverein, Bezirk Weihenitz, und dem Gesangsverein unsern herzlichsten Dank.
Witwe Berta Teichert und Söhne.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre. Anfertigung in niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Bekannten meinen innigsten Dank, besonders dem Personal der Pöcher Wehen, der Aktiven-Gesellschaft für Kollinfabrikation und dem Sparverein „Sutunft“.
Witwe Marie Braun.

Unserem Bezirksleiter **Franz Berg** nebst Gemahlin
Heinrichstraße 55
die herzlichsten Wünsche zu der Geburt eines kräftigen und zukünftigen Sozialdemokraten.
Die Genossen d. Bez. 9a vom Wahlverein Schöneberg.

Unserem alten Rümpfen **Wilhelm Siering**
zu seinem 70. Geburtstag am 8. Januar die herzlichsten Glückwünsche!
Die Genossen d. 19. Gruppe d. Soz. Wahlvereins Weißensee.

WESTMANN
Mohrenstr. 37 a
Gr. Frankfurterstr. 115.
Inventur

Ulster früher 18.- bis 29.- jetzt **9.-** früher 33.- bis 56.- jetzt **18.-**

Plüschmäntel früher 55.- bis 92.- früh. 112.- bis 176.- jetzt **39.-** jetzt **59.-**

Kostüme u. Kleider früher 28.- bis 56.- früh. 70.- bis 112.- jetzt **18.-** jetzt **35.-**

Die elegantesten Modelle bis 70% ermäßigt!
Pelzkonfektion, Stolen (echte Felle) bis 50% unter Preis.
Verkauf während der Inventur schon von 5 1/2 Uhr Vormittags ab.
Sonntags geöffnet von 12-2 Uhr!

Heute
beginnt unsere
grosse Januar-

95
Pfennig-

Woche

H. Greifenhagen Nachf.
Brunnenstr.
17-18

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000, 1010, 1020, 1030, 1040, 1050, 1060, 1070, 1080, 1090, 1100, 1110, 1120, 1130, 1140, 1150, 1160, 1170, 1180, 1190, 1200, 1210, 1220, 1230, 1240, 1250, 1260, 1270, 1280, 1290, 1300, 1310, 1320, 1330, 1340, 1350, 1360, 1370, 1380, 1390, 1400, 1410, 1420, 1430, 1440, 1450, 1460, 1470, 1480, 1490, 1500, 1510, 1520, 1530, 1540, 1550, 1560, 1570, 1580, 1590, 1600, 1610, 1620, 1630, 1640, 1650, 1660, 1670, 1680, 1690, 1700, 1710, 1720, 1730, 1740, 1750, 1760, 1770, 1780, 1790, 1800, 1810, 1820, 1830, 1840, 1850, 1860, 1870, 1880, 1890, 1900, 1910, 1920, 1930, 1940, 1950, 1960, 1970, 1980, 1990, 2000, 2010, 2020, 2030, 2040, 2050, 2060, 2070, 2080, 2090, 2100, 2110, 2120, 2130, 2140, 2150, 2160, 2170, 2180, 2190, 2200, 2210, 2220, 2230, 2240, 2250, 2260, 2270, 2280, 2290, 2300, 2310, 2320, 2330, 2340, 2350, 2360, 2370, 2380, 2390, 2400, 2410, 2420, 2430, 2440, 2450, 2460, 2470, 2480, 2490, 2500, 2510, 2520, 2530, 2540, 2550, 2560, 2570, 2580, 2590, 2600, 2610, 2620, 2630, 2640, 2650, 2660, 2670, 2680, 2690, 2700, 2710, 2720, 2730, 2740, 2750, 2760, 2770, 2780, 2790, 2800, 2810, 2820, 2830, 2840, 2850, 2860, 2870, 2880, 2890, 2900, 2910, 2920, 2930, 2940, 2950, 2960, 2970, 2980, 2990, 3000, 3010, 3020, 3030, 3040, 3050, 3060, 3070, 3080, 3090, 3100, 3110, 3120, 3130, 3140, 3150, 3160, 3170, 3180, 3190, 3200, 3210, 3220, 3230, 3240, 3250, 3260, 3270, 3280, 3290, 3300, 3310, 3320, 3330, 3340, 3350, 3360, 3370, 3380, 3390, 3400, 3410, 3420, 3430, 3440, 3450, 3460, 3470, 3480, 3490, 3500, 3510, 3520, 3530, 3540, 3550, 3560, 3570, 3580, 3590, 3600, 3610, 3620, 3630, 3640, 3650, 3660, 3670, 3680, 3690, 3700, 3710, 3720, 3730, 3740, 3750, 3760, 3770, 3780, 3790, 3800, 3810, 3820, 3830, 3840, 3850, 3860, 3870, 3880, 3890, 3900, 3910, 3920, 3930, 3940, 3950, 3960, 3970, 3980, 3990, 4000, 4010, 4020, 4030, 4040, 4050, 4060, 4070, 4080, 4090, 4100, 4110, 4120, 4130, 4140, 4150, 4160, 4170, 4180, 4190, 4200, 4210, 4220, 4230, 4240, 4250, 4260, 4270, 4280, 4290, 4300, 4310, 4320, 4330, 4340, 4350, 4360, 4370, 4380, 4390, 4400, 4410, 4420, 4430, 4440, 4450, 4460, 4470, 4480, 4490, 4500, 4510, 4520, 4530, 4540, 4550, 4560, 4570, 4580, 4590, 4600, 4610, 4620, 4630, 4640, 4650, 4660, 4670, 4680, 4690, 4700, 4710, 4720, 4730, 4740, 4750, 4760, 4770, 4780, 4790, 4800, 4810, 4820, 4830, 4840, 4850, 4860, 4870, 4880, 4890, 4900, 4910, 4920, 4930, 4940, 4950, 4960, 4970, 4980, 4990, 5000, 5010, 5020, 5030, 5040, 5050, 5060, 5070, 5080, 5090, 5100, 5110, 5120, 5130, 5140, 5150, 5160, 5170, 5180, 5190, 5200, 5210, 5220, 5230, 5240, 5250, 5260, 5270, 5280, 5290, 5300, 5310, 5320, 5330, 5340, 5350, 5360, 5370, 5380, 5390, 5400, 5410, 5420, 5430, 5440, 5450, 5460, 5470, 5480, 5490, 5500, 5510, 5520, 5530, 5540, 5550, 5560, 5570, 5580, 5590, 5600, 5610, 5620, 5630, 5640, 5650, 5660, 5670, 5680, 5690, 5700, 5710, 5720, 5730, 5740, 5750, 5760, 5770, 5780, 5790, 5800, 5810, 5820, 5830, 5840, 5850, 5860, 5870, 5880, 5890, 5900, 5910, 5920, 5930, 5940, 5950, 5960, 5970, 5980, 5990, 6000, 6010, 6020, 6030, 6040, 6050, 6060, 6070, 6080, 6090, 6100, 6110, 6120, 6130, 6140, 6150, 6160, 6170, 6180, 6190, 6200, 6210, 6220, 6230, 6240, 6250, 6260, 6270, 6280, 6290, 6300, 6310, 6320, 6330, 6340, 6350, 6360, 6370, 6380, 6390, 6400, 6410, 6420, 6430, 6440, 6450, 6460, 6470, 6480, 6490, 6500, 6510, 6520, 6530, 6540, 6550, 6560, 6570, 6580, 6590, 6600, 6610, 6620, 6630, 6640, 6650, 6660, 6670, 6680, 6690, 6700, 6710, 6720, 6730, 6740, 6750, 6760, 6770, 6780, 6790, 6800, 6810, 6820, 6830, 6840, 6850, 6860, 6870, 6880, 6890, 6900, 6910, 6920, 6930, 6940, 6950, 6960, 6970, 6980, 6990, 7000, 7010, 7020, 7030, 7040, 7050, 7060, 7070, 7080, 7090, 7100, 7110, 7120, 7130, 7140, 7150, 7160, 7170, 7180, 7190, 7200, 7210, 7220, 7230, 7240, 7250, 7260, 7270, 7280, 7290, 7300, 7310, 7320, 7330, 7340, 7350, 7360, 7370, 7380, 7390, 7400, 7410, 7420, 7430, 7440, 7450, 7460, 7470, 7480, 7490, 7500, 7510, 7520, 7530, 7540, 7550, 7560, 7570, 7580, 7590, 7600, 7610, 7620, 7630, 7640, 7650, 7660, 7670, 7680, 7690, 7700, 7710, 7720, 7730, 7740, 7750, 7760, 7770, 7780, 7790, 7800, 7810, 7820, 7830, 7840, 7850, 7860, 7870, 7880, 7890, 7900, 7910, 7920, 7930, 7940, 7950, 7960, 7970, 7980, 7990, 8000, 8010, 8020, 8030, 8040, 8050, 8060, 8070, 8080, 8090, 8100, 8110, 8120, 8130, 8140, 8150, 8160, 8170, 8180, 8190, 8200, 8210, 8220, 8230, 8240, 8250, 8260, 8270, 8280, 8290, 8300, 8310, 8320, 8330, 8340, 8350, 8360, 8370, 8380, 8390, 8400, 8410, 8420, 8430, 8440, 8450, 8460, 8470, 8480, 8490, 8500, 8510, 8520, 8530, 8540, 8550, 8560, 8570, 8580, 8590, 8600, 8610, 8620, 8630, 8640, 8650, 8660, 8670, 8680, 8690, 8700, 8710, 8720, 8730, 8740, 8750, 8760, 8770, 8780, 8790, 8800, 8810, 8820, 8830, 8840, 8850, 8860, 8870, 8880, 8890, 8900, 8910, 8920, 8930, 8940, 8950, 8960, 8970, 8980, 8990, 9000, 9010, 9020, 9030, 9040, 9050, 9060, 9070, 9080, 9090, 9100, 9110, 9120, 9130, 9140, 9150, 9160, 9170, 9180, 9190, 9200, 9210, 9220, 9230, 9240, 9250, 9260, 9270, 9280, 9290, 9300, 9310, 9320, 9330, 9340, 9350, 9360, 9370, 9380, 9390, 9400, 9410, 9420, 9430, 9440, 9450, 9460, 9470, 9480, 9490, 9500, 9510, 9520, 9530, 9540, 9550, 9560, 9570, 9580, 9590, 9600, 9610, 9620, 9630, 9640, 9650, 9660, 9670, 9680, 9690, 9700, 9710, 9720, 9730, 9740, 9750, 9760, 9770, 9780, 9790, 9800, 9810, 9820, 9830, 9840, 9850, 9860, 9870, 9880, 9890, 9900, 9910, 9920, 9930, 9940, 9950, 9960, 9970, 9980, 9990, 10000.

Baer Sohn
Kleider-Werke
Berlin, Gegr. 1891,
Chausseestraße 29-30,
11. Brückenstraße 11,
Gr. Frankfurter Str. 20,
Schöneberg, Hauptstr. 10.

Arbeiter-Geundheits-Bibliothek
32 verschiedene Hefte à 20 Pf.
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Mass, schick, durch. Latzen von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Str.)

Heute Mittwoch, den 8. Januar: Zahlabend in Groß-Berlin.

Achtung! Parteigenossen! Achtung!

Freitag, den 10. Januar, abends 7 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung. Alle Parteigenossen müssen sich beteiligen. Treffpunkt in den Bezirkslokalen.

Der Geschäftsführende Ausschuss.

Partei-Angelegenheiten.

2. Wahlkreis, Friedrichstadt. Heute Mittwoch, Zahlabend der gesamten 3. Abteilung bei Witwe Augustin, Oranienstr. 103. Referat des Genossen F. Schlemminger: „Die Kampfmittel der Arbeiterbewegung.“

Zahlnacht abends 7 1/2 Uhr. Vortrag des Herrn Max Weis über „Nichtiges Leben und Lehren“.

Zahlmorgen: Diesmal am Sonntag, den 12. Januar, abends pünktlich 6 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses: Jubiläums-Zahlmorgen. Großes Programm. Einzahlung 30 Pf. Regen Besuch erwartet.

Charlottenburg. Die Zahlabende der zweiten Gruppe finden nicht, wie am Dienstag irrtümlich mitgeteilt, im „Volksbause“, sondern in den bekannten Zahlabendlokalen statt.

Steglitz. Freitag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Albrechtshof: Große öffentliche Volks- und Wählerversammlung. Referenten: Landtagsabgeordneter Dr. Ströbel und der Kandidat, Gutbeführer Genosse Adolf Hoyer. Tagesordnung: 1. Das Junkerparlament und die kommende Landtagswahl. 2. Freie Aussprache. Parteigenossen! Sorgt für Massenbesuch!

Oberschöneweide. Freitag, den 10. Januar, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 2 Uhr: Öffentliche Wähler-versammlung in Wilhelmshof. Genossen! Sorgt für guten Besuch der Versammlung.

Schmargendorf. Der heutige Zahlabend hat eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. N. a. ist die Aufstellung der Wahlmänner zur Landtagswahl, sowie die Aufstellung des Kandidaten zur Gemeindevahl vorzunehmen. Auch sind die Karten zum Vortragskursus des Genossen Vorkardt zu entnehmen.

Neuenhagen. Der Zahlabend fällt heute aus.

Bernau. Der Zahlabend fällt diesmal für alle Bezirke aus. Zur Beerdigung des Genossen Adomid in Schönau treffen sich die Genossen 2 1/2 Uhr bei Franz Solzmann. Bei ungünstigem Wetter auf der Bahn.

Hennigsdorf. Am Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt: Wahlvereinsversammlung. Außer dem Bericht des Preussischen Parteivorstandes ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Zenthen-Mierdorf. Mittwoch, den 8. Januar, Generalversammlung des Wahlvereins bei Robert Barnack. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen M. Schmidt. 2. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Aufstellung eines Wahlmannes zur Landtagswahl. 4. Verschiedenes.

Schönendorf bei Königs-Wusterhausen. Die Wählerliste liegt außer im Gemeindebureau auch beim Genossen Pehold, Gartenstr. 5, zur Einsicht aus.

Berliner Nachrichten.

Die Auslaufgebühren der kirchlichen Friedhöfe, worüber wir erst kürzlich einen besonders krassen Fall aus der Simeons-gemeinde berichten konnten, bilden für die Kirchenkasfen eine recht angenehme und mühelose Einnahme. Mit Ausnahme des Duitungsformulars steht diesen Gebühren irgend welche Gegenleistung nicht gegenüber. Dabei haben die Kirchengemeinden Aussicht, daß diese Einnahmequellen in nächster Zeit in steigendem Maße Erträge liefern werden durch die zunehmende Benutzung der Feuerbestattungsanlagen. Soweit der Bestand einer Kirchengemeinde angehört, wird diese auch bei erfolgreicher Einäscherung den entgangenen Verdienst in Form der Auslaufgebühren einfordern. Die Sätze hierfür sind dabei recht unterschiedlich, je nachdem gerade diese oder jene Gemeinde den Anspruch erhebt. So macht es zum Beispiel die Kirche in Pantow schon für 6,50 M., während es bei der Dreifaltigkeitskirche 7,50 M., der Neuen Kirche 8,50 M., der Thomas-, der Emmaus- und der Heilig-Kreuzkirche, sowie in Tempelhof, Steglitz und Schöneberg je 9 M. kostet. Die Zwölf-Apostelkirche fordert 12 M., Matthäi-, Markus-, Bartholomäus- und Georgenkirche zwischen 12,27 und 13,37 M. Teurer wird es in der Hedwig- und der Luisenstädtischen Kirchengemeinde, wo man 15 M. anwenden muß, während die Jakobigemeinde schon das Doppelte, die Mariengemeinde sogar 32 M. und schließlich die Charlottenburger Kirchengemeinde 33,50 M. Auslaufgebühren erhebt. Dabei gelten diese Sätze nur bei Bestattungen mit gewöhnlichem zweispännigen Leichenwagen. Wird größerer Pomp entfaltet, und entgeht damit der Kirche ein größerer Verdienst, so steigen die Gebühren sofort entsprechend.

Auf dem Gebiete des Rehmens sind denn auch die Kirchenverwaltungen durchaus nicht spröde; hat doch bei der Besprechung der miffliehen Finanzwirtschaft in der Berliner Stadtsynode im Frühjahr 1911 ein Synodales ausdrücklich darauf hingewiesen, daß „die Kirchhöfe über kurz oder lang zu einem Segen für die Synodalkasse werden würden, vorausgesetzt, daß sie nicht durch die Konkurrenz anderer Kirchhöfe geschädigt werden.“

Das Bestattungswesen ist also für die Kirchengemeinden zugegebenerweise ein „Geschäft“. Wie sie sich gegen die leidige Konkurrenz wehren, hat sich ja gezeigt, als die Stadtgemeinde Berlin zu ihren nur drei bestehenden Bestattungsplätzen einen vierten (in Buch) errichten wollte. Diesem Verlangen nach Fernhaltung der Konkurrenz ist ja leider auch der Minister des Innern v. Dallwitz in seinen Anweisungen zur Ausführung des Feuerbestattungsgesetzes weitgehend entgegen gekommen. Dort heißt es ausdrücklich, daß „durch zu niedrige Gebührendemessung nicht ein direkter Anreiz geschaffen werden“ darf, die Feuerbestattung der Erdbestattung vorzuziehen. Deshalb sollen die Aufsichtsbehörden darauf Bedacht nehmen, daß die Kosten der Feuerbestattung nicht unter die der Erdbestattung herabsinken.“

So sind denn die kirchlichen wie die staatlichen Gewalten

bemüht, die Leichenbestattung unnötig zu verteuern und statt des gesundheitlichen Interesses der Ueberlebenden das kleinliche Profitinteresse in den Vordergrund zu schieben. Demgegenüber vertritt die Sozialdemokratie mit ihrer Forderung auf Gemeinderegierung und Unentgeltlichkeit der Leichenbestattung das Wohl des Volksganzen.

Im Zeichen des Verkehrs. Uns wird geschrieben: Auf dem Bahnhof Südbunde (wahrscheinlich auch auf anderen Bahnhöfen) wurde den Monatskarteninhabern, die Nebenkarten für Familienmitglieder benötigen, bei Erneuerung der Karten am 31. Dezember bzw. 1. Januar folgender Bescheid: „Es genügt diesmal beim Erneuern der Karten für Januar nicht die Vorlegung der alten, wie es seither war, sondern es muß der polizeilich beglaubigte Nachweis erbracht werden, daß die Personen, für die man Nebenkarten wünscht, auch wirklich in einem verwandtschaftlichen Verhältnis zum Bezahler der Hauptkarte stehen.“ Auf die bescheidene Frage: Weshalb die Weislaufscheit? wurde die Auskunft gegeben: „Es ist vorgekommen, daß jemand eine Nebenkarte für einen angeblichen Neffen gekauft, der sich schließlich nur als dessen Chambregarnist entpuppt hat. Auch einige andere Unregelmäßigkeiten seien vorgekommen.“ Es half also weiter nichts, man mußte den verlangten Nachweis erbringen. Zu diesem Behufe wurde ein Formular ausgehändigt, welches auszufüllen und von der Polizei zu beglaubigen war. Letzteres konnte aber natürlich erst am 2. Januar geschehen, weil am 1. Januar keine Bürozeiten sind. Inzwischen mußten die Familienangehörigen auf ihre Kosten gewöhnliche Fahrkarten lösen. Wer nun glaubte, daß die polizeiliche Beglaubigung auf dem nächsten Polizeirevier zu bewirken sei, befand sich in einem Irrtum. Da erhielt man nämlich den Bescheid, daß solche Sachen nur auf dem Hauptmeldeamt, also auf dem Rathaus, ausgeführt werden, weil dort die Personalakten sich befinden. Also eine halbe Stunde weiter wandern. Am Ziel angekommen, bemerkte man mit Schrecken, daß das betreffende Bureau mit Menschen überfüllt war. Wieder mit Geduld wappnen und warten. Bei dem Andrang konnten die Beamten die Personalakten nicht erst nachsehen, sondern unterschrieben das Formular in gutem Glauben. Mit dem unterschriebenen Formular zurück zum Bahnhof und die gewünschten Karten wurden endlich ausgehändigt. — Weshalb nun die Schereereien? Wäre es nicht praktischer gewesen, wenn die Bahnverwaltung eine bezügliche Bekanntmachung einige Tage früher auf jedem Bahnhofe ausgehängt hätte, damit die erforderlichen Nachweise beizuteilen besorgt werden konnten? Oder noch einfacher. Wer das Gesch überdreht, möge bestraft werden; meinetwegen so hoch wie jemand, der zu einem Streikbrecher „Lump“ sagt. Daß aber wegen eines oder zweier Unbedulter alle darunter leiden sollen, ist ein Zeichen von echt preussischem Bürokratismus. — Ähnliche Schikanierungen erfährt man auch häufig beim Lösen von Wochenkarten. Bei vielen Villettskneulen scheint das Prinzip zu gelten: Wer mit einem guten Anzug bekleidet ist und im weißen Kragen erscheint, ist kein gewerblicher Arbeiter und somit zum Bezuge einer Wochenkarte nicht berechtigt. Ein solcher wurde vor einigen Jahren eine solche Karte feils vorantstalten, weil er meistens erst gegen Mittag zur Arbeit ging. Daß ein Schriftsetzer Tag- und Nachtschicht machen muß, war dem betreffenden Fräulein schwer begreiflich zu machen. Ich war daher genötigt, folgenden Trick anzuwenden: Ich ging morgens zwischen 7 und 8 Uhr zum Schalter, sehte meine Brille ab und knöpfte keinen Kragen um. So erschien ich der Dame eher als ein wirklicher Arbeiter und erhielt ohne weiteres die gewünschte Wochenkarte. Besser wäre es aber schon, wenn man die benötigten Fahrkarten auch ohne Anwendung solcher Keuschlichkeiten erhalten könnte. Luxushalber löst man keine Arbeiterkarte und zum Vergnügen fährt man nicht in den überfüllten Stadtbahnhöfen.

Ein Jungdeutschland-Ruderverein Groß-Berlin ist die neueste Schöpfung der Jungdeutschlandverbände. Der Verein ist im Einverständnis des Vorsitzenden des Jungdeutschlandbundes mit besonderer Unterstützung des Staatssekretärs a. D. Dernburg gegründet worden. Der Verein will seine Mitglieder im Rudern, Segeln und Schwimmen ausbilden und wird in Ober-Schöneweide seinen Sitz aufschlagen.

Gegen die Austrocknung des Grunewalds durch die Charlottenburger Wasserwerke wendet sich eine Resolution, gefaßt in der gemeinschaftlichen Versammlung der Freien Vereinigung für Pflanzengeographie und systematische Botanik und des Botanischen Vereins der Provinz Brandenburg am 8. Januar 1913. Dort heißt es: Die Freie Vereinigung für Pflanzengeographie und systematische Botanik, welche die Erforschung heimischer Vegetationsformationen zu einer ihrer wichtigsten Aufgaben rechnet, und der Botanische Verein der Provinz Brandenburg, der seit langer Zeit den Rückgang der Flora der einzigartigen Moorformationen des Grunewalds mit Aufmerksamkeit und lebhaftem Bedauern verfolgt, sehen in dem durch die Brunnenanlagen der Charlottenburger Wasserwerke verursachten dauernden Sinken des Wasserpiegels der Grunewaldseen eine schwere Schädigung dieses wissenschaftlich so interessanten Geländes, die zugleich eine stetig fortschreitende Verödung des Landschaftsbildes zur Folge hat.

Gegen die Kürzung der Öffentlichkeit mitgeteilten Abbittemittel sprechen sie ihre schärfsten Bedenken aus. Das Aufpumpen des Schlammteufels, wie es jetzt geübt wird, ist gänzlich unzulänglich, da es die Hebung des Wasserpiegels auf die Höhe, die er 1911 hatte, bis zum Frühjahr 1913 nicht gewährleistet. Die Schäden, die durch das Abfließen des Grundwassers entstanden sind, werden daher im nächsten Sommer noch augenfälliger als bisher in die Erscheinung treten. Die beiden genannten Vereine halten es deshalb für notwendig, daß jedes weitere Abfließen des Grundwassers, sofern es den Stand des Wasserpiegels ungünstig beeinflusst, verboten werde. Sie erklären es für eine schwere Schädigung des öffentlichen Interesses, welches die Großstadt an der Erhaltung der schönsten Punkte ihrer näheren Umgebung haben muß, wenn dem peluniären Vorteil einer privaten Gesellschaft der öffentliche Reiz der Landschaft und der wissenschaftliche Wert des Gebietes, der auch von fremden, Berlin besuchenden Gelehrten anerkannt wird, rücksichtslos geopfert wird.

Sie wünschen deshalb gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der bedrohten Gelände und rufen alle Stellen auf, die die öffentliche Wohlfahrt zu fördern haben, die Interessen der Allgemeinheit gegenüber denen einer Erwerbsgesellschaft energisch zu vertreten.

Der städtische Seefischverkauf unterdrohen. Wegen großer Stürme und Nebel in der Nordsee ist der Fang von Seefischen in den letzten Tagen nicht ausreichend gewesen, um die Nachfrage auf den großen Seefischmärkten in Westmünde und Bremerhaven zu decken. Die auf den Westmünder Markt gebrachte Ware war teuer, und viele der beliebten Sorten waren nur in geringen Mengen oder gar nicht zu haben. Daher war es nicht möglich, soviel Seefische für den heutigen städtischen Seefischverkauf zu beschaffen, wie das bisher geschehen ist. Für Donnerstag konnte, wie telephonisch aus Westmünde mitgeteilt wird, das erforderliche Quantum erledigt werden. Seefische werden Donnerstag überhaupt nicht zum Verkauf kommen.

Die städtische Parldputation hat der Schuldeputation 25 000 Freiforten zu den von der Parkverwaltung eingerichteten Fischbänken im Friedrichshain und im Remeler Park zur Verteilung an bedürftige Gemeindeglieder, die in der Nähe dieser Fischbänke wohnen, zugehen lassen. Die Fischbänke fehlen aber noch.

Das unbefugte Betreten von Eisflächen auf den öffentlichen Gewässern durch Kinder führt erfahrungsgemäß Unglücksfälle herbei.

Wenn auch vom Polizeipräsidenten die Aufsichtsbeamten angewiesen worden sind, dafür zu sorgen, daß solche Unglücksfälle möglichst vermieden werden, ist es doch wünschenswert, daß die Kinder in der Schule eindringlich auf die Gefahren des Betretens der Eisflächen hingewiesen werden. Die städtische Schuldeputation hat daher die Direktoren der Gemeindegärten angewiesen, dafür zu sorgen, daß die Kinder bei eintretendem Frost eindringlich vor dem unbefugten Betreten von Eisflächen auf den öffentlichen Gewässern gewarnt werden.

Aus der Heilstätte Beelitz veröffentlichte in voriger Woche die „Volls-Zeitung“ eine Zuschrift eines Lesers, die sich mit den Geplagenheiten der „blauen Brüder“ im Sanatorium A 1 beschäftigte und die sich in recht geschäftiger Weise gegen die Verwendung von Geldern richtet, die im Laufe der Jahre von Patienten angesammelt worden sind. In der Zuschrift heißt es u. a.:

„Seit Besuchen der Heilstätten sind zwecks Unterhaltung der Patienten sowie zur Belustigung verschiedene Einrichtungen getroffen. Ein Verein der Patienten, in diesem Falle der Verein der „blauen Brüder“ benannt, war ins Leben gerufen worden, der ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit einzig den Zweck hatte, die Geselligkeit zu pflegen. Die Mitgliedschaft wurde von den Abgehenden aufgelöst und von den neu Eingekommenen wieder ergänzt, so bis vor einigen Wochen. Verlosungen, Regelausschreiben und dergleichen mehr waren nebst den Gewinnen allhergebrachte Sitten. Ein Warenlager war stets vorhanden, fehlende Sachen wurden stets durch Einkauf von Ersatz ergänzt.“

Wie bereits angeführt, bestehen die Patienten aus allen Parteien, wodurch auch alle Parteien zur Unterhaltung beigetragen haben. Staunen hat es aber hervorgerufen, als in der letzten Parteiquittung 100 M. von den Patienten von Beelitz bezeichnet waren. Ist dieses im Gegensatz zur Heilstättenhausordnung keine Politik? Schlimm ist dies, wenn man sieht, wie hier den Armen der Armen, die schon wochen- und monatelang krank sind oder arbeitslos waren, anstatt sie zu unterstützen, wie es Brüdern geziemend, sei es darum, den Familienangehörigen eine nur kleine Freude zu bereiten und einige Mark zu gewähren, wie es wirklich bei verschiedenen Patienten not tut, statt dessen Knöpfe man ihnen noch den letzten Pfennig ab...“

Am 20. Dezember fand eine Versammlung der Patienten statt, wo man ersucht wurde, einen Beschluß zu fassen, den Verein auszulösen, alle Gegenstände, auch die von den Vorgängern übernommenen, zu veräußern und den Erlös nebst vorhandenem Bestande insgesamt der sozialdemokratischen Parteikasse zuzuführen. Gegen diese Resolutionen lehnten sich die neueren Patienten, denen auch ich angehöre, und jedenfalls mit Recht, auf.

Welche Antwort wurde uns zuteil? Wir haben kein Recht, eine Abrechnung zu verlangen, denn der Beschluß sei vor fünf Wochen gefaßt. Dieses die Erklärungen vom 17. Dezember. Also man denke: Als jene Leute noch nicht hier waren, war alles möglich vorhanden; die jetzt neuen wurden bestimmt, um ihnen die Kosten abzunehmen, und einige, jetzt sich die allen nennenden, nehmen alles an sich, um es der Parteikasse zuzuführen. Jedemfalls wäre es edel, wenn solche Patienten, die nicht in der Lage sind, eine Karte oder einen Brief zu schreiben, auch solche nicht erhalten können, da ihre Not so groß ist, wenn diese Kranken einige Mark belämen. Anderenfalls sollen aber auch nicht zu Unrecht und nicht im Interesse der Partei die Waren verteuert werden.“

Zu diesen Auslassungen wird uns von Patienten des Sanatoriums A 1 mitgeteilt: Die Patienten der Heilstätte sind Personen, die dringend der Zerstreuung und Unterhaltung bedürfen. Das wird von den Herren Ärzten selber anerkannt und es wird von ihnen den Patienten angetragen, sich recht viel Zerstreuung zu machen. Dieser Umstand, der in der Krankheit der Patienten begründet ist, hat seit Jahren die Patienten veranlaßt, einen Fonds anzulegen, aus welchem die verschiedensten Zwecke bestritten werden. Feste Beiträge werden nicht erhoben, es werden gelegentliche Zuwendungen gemacht und verschiedene Genusmittel für die Patienten werden aus der Kasse beschafft, wodurch eine kleine Einnahme der Kasse zufließt. Der Einsender hat schon einige Verwendungszwecke angegeben. Es sei noch hinzugefügt, daß auch die Gesangsvereine nicht unerhebliche Aufwendungen für Notenmaterial gemacht worden sind, für Zwecke also, die der Allgemeinheit zugute kommen durch gefangliche Unterhaltung und daß auch den Abgehenden kleine Geschenke und dergl. als Andenken mitgegeben werden. Diese Einrichtung und die sogenannte Vereinigung, wenn man sie so bezeichnen will, kam auch der Verwaltung der Heilstätten sehr zustatten, indem manche Funktionen von den Patienten übernommen wurden, um das aufsichtführende Personal zu entlasten, wie überhaupt gerade die Personen, die sich dieser Aufgabe widmen, streng darauf halten, daß die Patienten in der Anstalt sich der Hausordnung fügen und sich angemessen bewegen. Durch Differenzen mit dem Chefarzt kam man zu der Meinung, daß die Auflösung der „Vereinigung“ zurzeit eine Notwendigkeit sei. Diese Auflösung ist einstimmig beschlossen worden. Einstimmig ist auch über die Verwendung der Gelder Beschluß gefaßt worden; nicht ein einziger Patient hat gegen die vorgeschlagene Verwendung Einwendungen erhoben. Es ist auch nicht richtig, daß in der Quittung des Parteivorstandes zu lesen ist: 100 M. von den Patienten in Beelitz, sondern es heißt in jener Quittung wörtlich: Als Entschädigung für die Lieferung der Zeitung von den blauen Brüdern des Sanatoriums A 1 50 M. Ob dieser Beschluß besonders lug war, ist eine andere Frage; jedenfalls haben die Patienten das Recht, ihre Angelegenheiten selber zu ordnen. Es sind auch in verschiedenen schweren Fällen kleinere Unterstüßungen gezahlt worden. Das hat aber seine Bedenken, weil die Patienten in Beelitz gar nicht in der Lage sind, die einzelnen Fälle prüfen zu können; weshalb es sich auch ereignen konnte, daß in einem Falle leider auch einem Unwürdigen Unterstützung gegeben wurde. Unrichtig ist, daß den Ärzten der letzte Pfennig abgenommen wird. Wie schon bemerkt, werden Beiträge gar nicht erhoben; wer nichts geben will, mag es lassen. Unwahr ist auch, daß keine Abrechnung gegeben werden soll. Im Gegenteil sind drei Liquidatoren eingesetzt worden. Nur des Weihnachtsurlaubes wegen, durch den die Käste der Patienten beurlaubt war, ist die Rechnungslegung verschoben worden.

Aus alledem erhellt, daß der Einsender der Zuschrift an die „Volls-Zeitung“ mit recht groben Unwahrheiten und Uebertreibungen gearbeitet hat und es ist bezeichnend, daß gerade in letzter Zeit Beschwerden, die von besonders harter Gebliffenheit gegen freigeistliche oder sozialdemokratische Arbeiter Zeugnis ablegen, in der „Volls-Zeitung“ mit besonderem Vorzuge abgedruckt werden.

Ein Automobilunglück, bei dem drei Personen zum Teil schwer verletzt und zwei Pferde getötet wurden, hat sich vorgestern nachmittags 4 1/2 Uhr auf der Heerstraße in Staaken ereignet. Ein Kutscher des Jouragehändlers Albert Drömer in Staaken hatte nach beendeter Arbeit auf einem Acker am Hahnenberg mit seinem Gespann den Heimweg angetreten, der durch die Vergstraße führt. Dabei mußte er die Heerstraße kreuzen. Als das Fuhrwerk bereits die Mitte des 10,9 Meter breiten Fahrdamms erreicht hatte, kam in voller Geschwindigkeit von Döberitz her ein mit Offizieren der Fliegerabteilung besetztes Privatauto herangerast und suchte noch vorbeizukommen. Der Kutscher des Fuhrwerks hatte das Auto zu spät bemerkt und suchte noch über den Damm hinwegzukommen und in die Vergstraße ein-

zubiegen. Aber schon erfolgte der Zusammenstoß. Obgleich der Kraftwagenfahrer auf 100 Meter Entfernung den Kraftwagen gebremst hatte, daß sich die Kabine scharf von dem Steinpflaster abhoben, war das Unglück nicht mehr zu verhindern gewesen. Das Auto erfaßte die Pferde und schleuderte sie zehn Meter weit in den für die Anlagen bestimmten Straßenspreisen auf der nördlichen Seite. Eins der Tiere war sofort tot, das andere häuhte sich noch einmal hoch und verendete dann sofort. Durch den Anprall wurden auch der Lenker des Kraftwagens und der Kutscher des Fuhrwerks von ihren Sigen herabgeschleudert; beide erlitten innere Verletzungen. Ein vorüberkommendes Automobil nahm sie auf und überführte sie nach dem Krankenhaus Wesen? Von den Insassen wurde dem Oberleutnant von Neumann der linke Oberarm zweimal gebrochen. Er wurde gleichfalls sofort weggeführt. Mit dem bloßen Schrecken davon gekommen waren die andern Fahrgäste, und der Eigentümer des Autos, Dr. Michael aus Berlin. Wie durch ein Wunder gerettet wurde ein Fliegeroffizier, der neben dem Wagenführer Platz genommen hatte. Dieser Offizier hatte kurz vorher einen Flug von Johannisthal nach Döberitz zurückgelegt und dort das Auto zur Zurückfahrt nach Berlin bestiegen. Während sein Nebenmann zu Schaden kam, blieb er unverletzt.

Ein Sacharinschmuggler ist gestern hier entdeckt worden. Als Eisenbahnarbeiter einen aus dem Süden hier auf dem Anhalter Bahnhof angekommenen D-Zug säuberte, fiel es ihnen auf, daß die Fenster der Mittelabteile nicht herabgelassen werden konnten. Um nachzusehen, woran das liege, öffneten sie mit dem Dreikanterschlüssel die Verschlüsse der Hofräume und fanden nun diese mit Sacharinpäckchen ausgefüllt. Im ganzen kamen auf diese Weise 74 Kilogramm des sehr wertvollen Süßstoffes zum Vorschein. Wahrscheinlich haben Sacharinschmuggler auch früher schon dieses Versteck benutzt, um die Kontenabgabe ungehindert über die Grenze schaffen zu können. Jetzt müssen sie irgendwie verhindert gewesen sein, die Ware vor der Ankunft in Berlin wieder an sich zu bringen. Die Schmuggler, nach denen die Kriminalpolizei forscht, müssen Nachschlüssel von Dreikanterschlüsseln oder andere Werkzeuge besitzen, mit denen sich die Verschlüsse bequem öffnen lassen.

Unbekannt gefordern ist eine Frau, die in der Nacht zu Dienstag vor dem Hause Ruppiner Straße 46 hilflos auf dem Bürgersteige liegend aufgefunden und, weil sich herausstellte, daß sie betrunken war, nach dem Polizeigewahrsam gebracht wurde. Die Verstorbene ist ungefähr 35-40 Jahre alt und corpulent und trug rehbraune Filzhüte, einen schwarzen Rock und Bluse, einen kleinen Siegelring ohne Stein und goldene Ohrringe mit blauen Steinen.

Im Grunewald erschossen aufgefunden wurde gestern ein ungefähr 28 Jahre alter Mann, der seinem Neuhären nach den beseitigten Streifen angesehen zu haben scheint. Der Tote, dessen Leiche nach der Halle in Schildhorn gebracht wurde, ist etwa 1,72 Meter groß und schlank, hat dunkelblondes Haar und trug einen dunkelgrauen Anzug, einen grauen Schoprok und Weste, eine dunkle Hose mit weichen Streifen, schwarze Schnürstiefel, einen hohen Stiefstrumpf mit umgebogenen Kanten, und braune, weiche Filzhandschuhe, die R. P. gezeichnet sind. Bei ihm vorgefunden wurde eine silberne Remontoiruhre mit kurzer, feingliedriger Kette, ein Taschennmesser mit Perlmuttergriff u. a. m.

Großfeuer am Lützowplatz. In der neunten Vormittagsstunde wurde die Feuerwehre gestern nach dem Lützowplatz 12 gerufen, wo im Dachstuhl des rechten Seitenflügels ein großer Brand ausgebrochen war. Das Feuer drohte auf die Dachfläche des Vorderhauses und Quergebäudes überzuspringen, weshalb der Branddirektor sofort mit vier Schlauchleitungen Wasser geben ließ. Nach einstündiger Löschstätigkeit war die Gewalt des Brandes gebrochen. Der Dachstuhl des rechten Seitenflügels ist völlig zerstört, während die angrenzenden Dachstühle nur wenig in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Die Nachlösch- und Aufräumungsarbeiten zogen sich bis zum Mittag hin. Ueber die Ursache des Feuers konnte nichts Bestimmtes ermittelt werden.

Im Zoologischen Garten ist ein seltener brasilianischer Affe von sehr schlankem Körperbau, der aber durch das eigenartig wirrhaarige, rotbraune Fell wenig in Erscheinung tritt, eingetroffen und in dem alten Hause am Hauptrestaurant untergebracht. Besonders auffallend ist das nackte, leuchtend rote Gesicht, nach dem er den Namen Rotgesichtaffe erhalten hat; eine Art, die nur ganz ausnahmsweise lebend in unsere Tierammlung gelangt. — Der Eintritt kostet an diesem Sonntag, dem ersten im Monat Januar, nur 25 Pf. für Erwachsene und Kinder.

Gefunden wurde am Montag, den 6. Januar 1913, abends, in der Neuen Welt, Hafenstraße, ein Ring. Derselbe ist abzuholen im Berliner Verbandsbureau, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Fahrstuhl), born 4 Treppen, in der Zeit von vormittags 9-1 Uhr oder 4 bis 7 Uhr nachmittags.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde wiederum Graf Rautava (lib. Fr.) zum Stadtverordnetenvorsteher und Genosse Wollenhut als dessen Stellvertreter gewählt. Die bisherigen Beisitzer wurden einstimmig wiedergewählt. Die Sitzungen finden im laufenden Jahr wiederum Montags, abends 6 Uhr statt. Gegen das Urteil des Bezirksauschusses betreffs Ungültigkeit der Wahlen lassen und Krengelbrodt hatte der Stadtverordnetenvorsteher selbst Einspruch erhoben, um die Frist nicht verstreichen zu lassen. Die Versammlung beschloß, das Streitverfahren bis zum Oberverwaltungsgericht durchzuführen. Nimmere gelangte die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion, die städtischen Arbeiter betreffend, zur Debatte.

Genosse Mohs drückte sein Bedauern darüber aus, daß eine Vorlage viele Monate beim Magistrat raste. Bereits am 24. Mai sei dem Arbeiterausschuß die neue Arbeitsordnung zur Beratung übergeben worden, und als die Ordnung einige Tage später zurückgegeben worden sei, da habe sich die liberale Fraktion gar nicht genug über angebliche Verschleppung entrüsten können; jetzt jedoch, nachdem sieben Monate vergangen, schwebe sich dieselbe Fraktion aus. Ueber die Lohnerböschung der Arbeiter spreche der Magistrat gar nicht, obwohl die Lebensmittelpreise fortgesetzt steigen. Der Magistrat müsse endlich erlucht werden, den Beschlüssen der Deputation nachzukommen.

Oberbürgermeister Dominicus erklärte, daß die Angelegenheit der städtischen Arbeiter zu verstehen sei. Es sei zwar richtig, daß die Vorlage auf sich warten lasse, aber man müsse auch die finanzielle Lage der Stadt berücksichtigen. Den berechtigten Wünschen der Arbeiter solle Rechnung getragen werden. Der Magistrat sei bestrebt, in Arbeiterfragen nicht Anstößiges zu leisten, daher seien die Antworte unbedeutend. — Vamborg (lib. Frakt.) kann nicht verstehen, wie es möglich ist, daß Beschlüsse verschleppt werden können. Die Vorlage der Mädchen-Fortbildungsschule sollte gleichfalls schon längst kommen und doch geschehe nichts. Der Vorwurf der Langsamkeit sei daher berechtigt.

Seyner (Freie Frkt.) meint, die Sozialdemokratie wolle dem Mittelstand und den armen Hausbesitzern das Hemd vom Leibe reißen und in diesem Vorhaben seien die Sozialpolitiker behilflich. Alles geschehe nur für die Arbeiter und die Hausbesitzer müssen zahlen.

Genosse Müller betonte, daß, wenn die finanzielle Lage der Stadt keine rosige sei, nur Herr Seyner und seine Freunde daran Schuld tragen. Warum hätten die Herren die Wertzuwachssteuer hintertrieben und neue Schwierigkeiten erhoben.

Genosse Mohs meinte, denn die städtischen Arbeiter sich in ihrer Not an die Allgemeinheit wenden, so sei dies nur berechtigt.

für die Deckungsfrage seien auch die Sozialdemokraten eingetreten. Der Magistrat denkt gar nicht daran, für die Arbeiter etwas zu unternehmen. Schon die Behandlung der im Krankenhaus wohnenden und der außerhalb wohnenden Arbeiter derselben Anstalt beweist, daß man nicht gewillt sei, Gerechtigkeit walten zu lassen. Stets wenn es sich um Arbeiterfragen handele, zeige der Magistrat plötzlich ein Verantwortlichkeitsgefühl, das sofort verschwindet, wenn es sich um sogenannte höhere Fragen drehe.

Oberbürgermeister Dominicus versuchte nochmals, die Vorwürfe gegen den Magistrat abzuwenden; er erklärte, die städtischen Arbeiter könnten wohl der Gerechtigkeit und Fürsorge des Magistrats auch in Zukunft verichert sein.

Lichtenberg.

Ein deutschnationaler Versuch. In der letzten Stadtverordnetenversammlung ist die Einrichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule in Lichtenberg beschloffen worden. Dieser Beschluß hat es den Deutschnationalen angetan. Er trägt ihrer einseitig verbohnten Querschnittslehre gegen die Beschäftigung weiblicher Arbeitskraft nicht Rechnung. Die im Handelsgewerbe angestellten weiblichen Arbeitskräfte sollten selbstverständlich in der Schule genau denselben Unterricht genießen, wie die Herren der Schöpfung. Dadurch fühlen die deutschnationalen Teutonen ihre Position gefährdet. Sie petitionieren deshalb in einer sehr umfangreichen Eingabe um Differenzierung des Unterrichts. Für die männlichen Angestellten verlangen sie einen Fachunterricht, die kaufmännischen weiblichen Angestellten sollen in der kaufmännischen Fortbildungsschule Kochen, Nähen und Kliden lernen. Die Petenten empfinden es selber wohl als blamabel, wenn sie als Beweggrund ihrer Forderung Konkurrenzangst erkennen lassen, sie schüben deshalb besondere Gründe für die weiblichen Angestellten vor. Angeblich ist bei diesen die gewerbliche Tätigkeit nur eine vorübergehende Erscheinung, die durch die spätere „Verufsstellung“ als Hausfrau abgelöst werde. Wir wollen an dieser Stelle nur in einer Beziehung auf das Unsinvolle der deutschnationalen Forderung hinweisen. Sie disqualifiziert die weibliche Arbeitskraft, das ist ihr Zweck. Die pfiffigen Deutschnationalen wollen die weiblichen Angestellten als minderwertig erscheinen lassen; das soll auch in dem Unterricht der Fortbildungsschule in die Erscheinung treten. Die Herren glauben, darin liege dann eine besondere Empfehlung und Wertsetzung der männlichen Arbeitskraft. Sie vergessen nur eins dabei, nämlich, daß sich der Unternehmer durch Formalien und Neugierlichkeiten in der Wahrnehmung kapitalistischer Interessen gar nicht stören läßt. Die Entwertung der weiblichen Arbeitskraft als minderwertig läßt er sich gern gefallen, er benutzt sie als erwünschte Mittel des Lohnbruders. Die weiblichen Handlangerdienste der Deutschnationalen sind dem Unternehmer dabei natürlich sehr angenehm. Zum Danke für die Hilfe wird er aber nicht die Löhne der männlichen Angestellten erhöhen, sondern das mit deren Hilfe erzielte schlechtere Lohnniveau der weiblichen Angestellten dazu benutzen, die Löhne der Herren Handlangerdienste ebenfalls zu drücken. Solche sozialpolitischen Stegmüllereien zu fördern, lehnen unsere Genossen selbstverständlich ab, wenn sie auch an sich dem hauswirtschaftlichen Unterricht durchaus sympathisch gegenüber stehen.

Wilmerdorf. Massenerkrankungen in der Oberrealschule. In drei Vorklassen der Oberrealschule ist eine größere Anzahl von Schülern an Masern erkrankt. Um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhindern, hat der Direktor der Schule nach Rücksprache mit dem zuständigen Kreisphysikus bis auf weiteres die Einstellung des Unterrichts in den fraglichen Klassen verfügt. Voraussichtlich wird der Unterricht am 16. d. M. wieder in vollem Umfange beginnen.

Mariendorf.

Die Landtagswählerliste liegt im Rathause, Zimmer 14, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags zur Einsichtnahme aus. Diejenigen, welche nicht selbst nachsehen können, wollen sich in den durch rote Plakate kenntlichen Lokalen einzeichnen.

Neu-Zittau (Kreis Borslow).

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurden zunächst unsere beiden Genossen Schulz und Peter eingeführt. Als Handarbeitslehrerin wählte die Vertretung ein Fräulein Kettelbeck. Eine Anregung unserer Vertreter, wonach die Lehrerin vor Ablauf des ersten Lehrjahres eine Ausstellung von Handarbeiten der Kinder veranstalten und an die besten Schüler Prämien verteilen sollte, lehnte die Vertretung vorläufig ab. In den Schulvorstand wurden die Herren Müller und Grunke wiedergewählt. Da die Entwicklung des Ortes durch die demselben aufgezogene Bauleihe außerordentlich gehemmt wird, beauftragte die Vertretung den Gemeindevorsteher, daß derselbe erneut beim Landrat sowie beim Oberpräsidenten vorstellig werden solle.

Lichterfelde.

Am 8., 9. und 10. d. M. liegen im hiesigen Rathaus, Schillerstraße 32, Zimmer 12, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags die Urwählerlisten aus. Für diejenigen, welche verhindert sind, selbst einzusehen, haben sich folgende Genossen bereit erklärt: Erpel, Berliner Straße 123, Schiller, Ferdinandstraße 15, Bahrendorf, Wälschstraße 7, Richter, Chausseestraße 104, Lenß, Chausseestraße 55, Piny, Zigarettengeschäft, Dürenstraße 42 und Bromick, Ringstraße 17.

Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Zigarettenfabrikant Frey Wächter lehnt die Wahl zum Stadtverordnetem mit der Begründung ab, daß er lange Zeit das Amt eines Schiedsmannes versehen habe und zurzeit noch stellvertretender Rechtsanwalt sei. Die Versammlung erkannte die Begründung als stichhaltig an. Sodann wurde Herr Thiele als Stadtverordneter und Herr Jenger als Magistratsmitglied eingeführt. Als Stadtverordnetenvorsteher wählte die Versammlung den Stadtverordneten Haase mit 9 gegen 5 Stimmen, die auf den Stadtverordneten Dinge entfielen. Zum Stellvertreter wurde Herr Buchner mit 8 Stimmen gewählt. Als Schriftführer fungiert Herr Karl Binge, als dessen Stellvertreter Herr W. Deweler. In die Abteilungskommission werden gewählt: Heuser, Thiele, Koch, Jung, Genosse Schönsee und Binge. Als Sitzungstag wurde für 1913 wieder der Donnerstag festgelegt. Die Sitzungen beginnen im Sommer um 7 Uhr, im Winter um 6 Uhr.

Spandau.

Ueber Reichstag und Koalitionsrecht in den Staatsbetrieben sprach am Montagabend Reichstagsabgeordneter Weinhauen im großen Saale des „Roten Adlers“ in einer vom liberalen Verein einberufenen öffentlichen, von etwa 500 Personen besuchten Versammlung. Welch geringes Interesse die Liberalen an dem Koalitionsrecht der Staatsarbeiter haben, bewies der Besuch der Galerien, die laut wiederholten Bekanntmachungen für liberale Parteifreunde reserviert und nur von 20 Personen besetzt waren. Die Versammlung war auf die Landtagswahl zugeschnitten, um für die Wahl eines freisinnigen Kandidaten Propaganda zu machen. Der Referent kam ausführlich auf das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter zu sprechen. Genau so wie der Privatarbeiter müsse er das Recht haben, sich in Berufsvereinen zu organisieren. Die Regierung erklärt nun, sie könne keine Organisation anerkennen, die nicht auf das Streikrecht verzichte, da durch einen Streik die Schlagfertigkeit des Heeres nicht unterbunden werden dürfe. In der Privatindustrie beherrschten die Organisationen mit dem Streikrecht das Feld und der Friede werde dadurch gefährdet, daß von Organisation zu Organisation verhandelt werde. Genau so gut könnte es auch in den Staatsbetrieben der Fall sein. Alle Organisationen außer den sozialdemokratischen hätten nun für ihre Mitglieder in den Staatsbetrieben auf das Streikrecht verzichtet. Als Entschädigung dafür müßten ihnen aber andere Rechte eingeräumt werden. Die Staatsbetriebe müßten Arbeiterbetriebe werden. Innerhalb der Betriebe und der Verbände sollten die Staatsarbeiter keine Politik treiben, aber außerhalb derselben müßten

sie als Staatsbürger ihre Rechte geltend machen, denn sie seien doch nicht Staatsbürger zweiter Klasse. Der Referent ging dann auf die einzelnen Parteien ein. Die Sozialdemokratie rede wohl in den Parlamenten zugunsten der Staatsarbeiter, aber durch ihre ständige Verneinungspolitik könne sie für dieselben nichts erzielen. Sie habe es trotz ihrer größeren Vertreterzahl nicht verhindern können, daß der Militärsetat glatt angenommen wurde. Bei Wahlen komme es ihr hauptsächlich nur auf die Stimmengabe an. Anders die Fortschrittliche Volkspartei. Keiner schloß mit dem Wunsch, daß die Staatsarbeiter bei der Landtagswahl ihre Schuldigkeit tun und sich außerdem gewerkschaftlich und politisch organisieren werden.

Als erster Diskussionsredner erhielt Reichstagsabgeordneter Genosse Buchner das Wort, dem allerdings nur eine Redezeit von 20 Minuten bewilligt wurde. In temperamentvoller Weise ging er auf die Ausführungen des Referenten ein. Derselbe habe lang und breit über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter gesprochen. Jeder Staatsarbeiter wisse aber, daß das Koalitionsrecht für ihn nur auf dem Papier stehe. In dem bekannten Anschlag heiße es: „Jede Agitation in Wort, Tat und Schrift werde mit Entlassung bestraft.“ Das unternehme man gegen den Militärarbeiterverband, der auf nationalem Boden stehe. Der Verband habe diese Heße gegen ihn dem früheren Abgeordneten Pauli zu verdanken, der ihn offen demütigt habe. Es herrsche ein Antriebsmangel in den Militärwerkstätten, und wenn ein Arbeiter infolge dieses Systems einen Unfall erleide, werde er obendrein noch bestraft. Hiergegen müsse aufs schärfste protestiert werden. Als seinerzeit wegen Arbeitsmangels auf den Königl. Instituten Arbeiter entlassen wurden, seien zugleich auf einem Anschlag, die Arbeiter aufgefordert worden, nach Betrieben, in denen gestreift würde, als Streikbrecher zu gehen. Auf eingelegte Beschwerden des Metallarbeiterverbandes sei erst nach 10 Tagen die Antwort gegeben worden, daß man nichts davon wisse. In den Betrieben werde das Schmarotzertum großgezogen, heiße es doch in der Arbeitsordnung: „Personen, welche sozialdemokratische Gesinnung betätigen, werden entlassen.“ Eine schwere Anklage liege in dem amtlichen Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten, worin es heißt, daß die Lebensverhältnisse der Arbeiter ungünstig beeinflusst werden durch die herrschende Teuerung. Nachdem Genosse Buchner unter wiederholter Zustimmung noch eine Reihe weiterer Mißstände kritisiert hatte, betonte er zum Schluß: Gerade die sozialdemokratische Partei habe bei jeder Gelegenheit schärfsten Protest gegen die Unterdrückung der Staatsarbeiter eingelegt und Mißstände kritisiert und dadurch auch die Freisinnigen vorwärts getrieben. Sie verlange, daß die Staatsarbeiter freies Organisationsrecht haben und ihre politische Gesinnung frei betätigen können. Der Vordredner habe gesagt, trotz der 110 Sozialdemokraten sei die Militärvorlage angenommen worden. Demgegenüber müsse betont werden, daß die Partei des Herrn Weinhauen ja samt und sonders dafür gestimmt habe.

Es sprach dann noch der frühere Nationalsoziale Tischendorf, dessen Ausführungen auf die Versammlung aber keinen Eindruck machten. Am Schluß seiner Rede machte derselbe Propaganda für den Reichsverband liberaler Arbeiter.

Nach einem Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Versammlung, die zu Beginn des Berichtsjahres 60 Mitglieder zählte, ist durch den Tod des Stadtverordneten Hermann I auf 59 vermindert worden. Die hierauf vorgenommenen Vorstandswahlen ergaben die fast einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Die elektrische Straßenbeleuchtung soll eine kleine Ausdehnung erhalten und zwar sollen die Straßen Am Kanal (Nordseite) von Berliner Brücke bis Kaiserbrücke, Lanener Brücke bis Waisenbrücke und im Anschluß hieran die Bäderstraße, Lindenstraße und Jägerallee elektrisches Licht erhalten. Die jährlichen Unterhaltungskosten sind um 3016,75 M. höher als bisher. Stadt, Winkler regte hierbei an, auch an die elektrische Beleuchtung der Teltower Vorstadt zu denken. Die sozialpolitischen Bureau, als Rechtsanwaltsstelle, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Bureau für Kranken- und Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung usw. sollen in dem Hause Humboldtstraße 5/6 (Palast Barberin) untergebracht werden. Durch diese Verlegung entsteht ein jährlicher Mietsausfall von 1563,60 M.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Lichtenberg. Donnerstag, den 9. Januar, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Röllendorferstraße. Einführung der neuen Stadtverordneten in ihr Amt. Wahl des Bureau und des Bahndirektors.

Reinickendorf. Donnerstag, den 9. Januar, abends 5 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses, Hauptstr. 38 1.

Rosenhal. Donnerstag, den 9. Januar, abends 6 Uhr, in der Schulaula der Gemeindegasse, Schillerstraße.

Mariendorf. Donnerstag, den 9. Januar, abends 5 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal, Kaiserstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Marktpreise von Berlin am 6. Januar 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,74 bis 19,90, mittel 19,02-19,68, geringe 19,50-19,56. Roggen, gute Sorte 17,14-17,20, mittel 17,02-17,08, geringe 16,90-16,96 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,40-18,00, mittel 16,70-17,30, geringe 16,00-16,60. Hafer, gute Sorte 18,80-20,20, mittel 17,30-18,70 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-50,00. Spelzbohnen, weiße, 36,00-50,00. Linien 35,00-60,00. Kartoffeln (Kleinbidl) 5,00-8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40-1,80. Schweinefleisch 1,60-2,20. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,40-3,00 60 Stück Eier 4,80-7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,40-2,40. Kalle 1,60-3,20. Bander 1,40-3,60. Seife 1,60-2,60. Borax 1,00-2,40. Seife 1,80-3,20. Mehl 0,80-1,60. 60 Stück Kredit 4,00-24,00.

Wetterprognose für Mittwoch, den 8. Januar 1913. Zunächst etwas kälter, teilweise auflarend bei mäßigen südlichen Stürmen; später wieder mild und vorherrschend wollig ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Stationen	Wasserstand	am		Wasserstand	am	
		6.1.	5.1.		6.1.	5.1.
Remel, Elbtal	377	om	-25	Saale, Großitz	175	-13
Bregel, Ansternburg	78	-3	-10	Oavel, Spandau	96	+8
Wiesfel, Thorn	272	-10	-10	Oavel, Rathenow	88	-4
Oder, Rathow	170	-10	-10	Spree, Spremberg	98	+6
„ „ „ „	227	-3	-2	„ „ „ „	113	-1
„ „ „ „	225	+2	-2	Weser, Brönnel	243	-11
„ „ „ „	134	-8	-8	„ „ „ „	355	-17
„ „ „ „	124	-1	-1	„ „ „ „	396	-7
„ „ „ „	50	-4	-4	„ „ „ „	339	-9
„ „ „ „	74	-13	-13	„ „ „ „	283	-16
„ „ „ „	-42	-16	-16	„ „ „ „	96	-9
„ „ „ „	302	-20	-20	„ „ „ „	211	-11
„ „ „ „	249	-17	-17	„ „ „ „	123	-2

+) bedeutet Hoch, -) Fall. *) Unterprogl. *) Schwaches Treiben.



Geffentliche politische Versammlungen.

Deffentliche Versammlungen

am Montag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Marinehaus“, Brandenburger Ufer (in der Wallenbüche) und am Dienstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in dem „Noabiter Gesellschaftshaus“, Wieleffstr. 24.

Referenten in beiden Versammlungen:

- Prof. Dr. R. Broda, Paris** (vom Institut für den Austausch fortgeschrittener Erfahrungen): Konfessioneller Religions- oder weltlicher Moralunterricht? Erfahrungen in Frankreich. (Der Vortrag wird in deutscher Sprache gehalten.)
- Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann:** Die Moral des Religionsunterrichts. Erfahrungen in Preußen. 55/1* Eintrittspreis 10 Pf. Der Einberufer: A. Harndt, Pappel-Allee 15-17

Ohne jede Anzahlung

Pianos Flügel und Harmoniums

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410. Auch Sonntags geöffnet.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 8. Januar 1913.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Kabale und Liebe, Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Violetta.
Kgl. Schauspielhaus. Julius Cäsar.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Zirkus Dutsch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Zwischen Kreuz und Halbmond.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Festung. Der Silberberg.
Stammerspiele. Florenza.
Neues Opernhaus (Kroll). Kaffisches Ballett.
Berliner. Filmzauber.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kurfürsten-Cover. Der Rufreigen.
Theater am Hollendorfsplatz. Die schöne Helena.
Deutsches Opernhaus. Oberon.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.
Kleines. Professor Bernhardt.
Reißend. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Suppen.
Schiller O. Die Geschwister. Eiga.
Schiller. Charlotteburg. Die Schmetterlingsschlacht.
Luisen. Berlin-Hamburg-New York.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Komödienhaus. Die Generalde.
Groß-Berlin. Das Fährtenkind.
Trianon. Die Erste — Die Beste.
Rote. Sünden der oberen 10000.
Herrnsfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.
Cassio. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Brüderlein sein. Spezialitäten.
Reichshallen. Bosco.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Witt. Schauspielhaus. Der Baumgall.
Luisenpark. Kaffisches Ballett.
Walhalla. Goldener Leuchtturm.
Folies Caprice. In Sachen Rahenstein. Die Doppelstirma. Die Tochter der Braut.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Mutter Landtsknecht.
Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. Gabelstift. Mit in St. North.
Zierwarte. Invalidenstr. 57-62.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.
8 Uhr: Der Frauenfresser.
Sonnab., 1. Male: Der heil. Antonius.
Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwank i. 3 Akt. v. Hennequin u. Becker.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Theater am Hollendorfsplatz 5.
In allen Tagen der Woche:
Abends 8 Uhr.
Die schöne Helena.
Luisen-Theater.
Mittwochabend 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York. Gr. romantisch. Ausstattungsstück von Ernst Ritterfeldt. Musik von Georg Kunze.
Donnerstag u. folg. Tage: Berlin-Hamburg-New York.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Die Sünden der oberen Zehntausend.
Anstattungsstück i. 4 Akt. von Raleigh Hamilton und Lup.
Anfang 8 Uhr.
Donnerst.: Der große Unbekannte.
Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire!
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Herrnsfeld Theater
Nicht endenwollende Lachstürme!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnsfeld
Abd. 8 Uhr. Vorwerk 11-2 (Theater.)

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Baron v. Binder-Kriegelstein:
Zwischen Kreuz und Halbmond.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Bosco“.
Reisefel und Dittton.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 1/2 Uhr.

Apollo Theater
Abends ab 8 Uhr!
Das grandiose Programm.
8 1/2 Uhr:
Ein beispielloser Erfolg!
„Brüderlein sein“.
Alt-Wiener Singspiel von Jul. Wilhelm. Musik v. Leo Fall.
Folies Caprice.
Die Novitäten:
In Sachen Rahenstein.
Die Doppelstirma.
Die Tochter der Braut.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Einzig in der Welt dastehend!
Das menschliche Aquarium
Mac Norton
verschluckt 20 lebende Frösche und 20 Goldfische. Die genauesten Untersuchungen Mac Nortons haben ergeben, daß eine Täuschung d. Publikums durch irgend welche Tricks ausgeschlossen ist, ferner die groß. Januar-Attraktion. Zum Schluß:
Die große Prunk-Pantomime „Sevilla“

Zirkus Albert Schumann.
Heute Mittwoch, 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Große Elite-Vorstellung.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Nou! Die verwegenste Raubtierdressur der Gegenwart
Eine Gruppe Riesens Löwen und Königstiger vorgeführt von Mons. Casario.
Mit Belloni mit ihren dressierten Papageien.
Schulperd u. Ballerina.
Sportakt ausgef. Hrn. Alb. Carré und das übrige Glanzprogramm.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musik des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Graf, und Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Schuhplattler und Jodler!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen:
Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Heute, Mittwoch: Elftag des größten bayerisch. Bockbierfestes
Damen-Prämierung
der schicksten Ohrenschneckenfrisuren
5 Geldpreise — 100 Mark bar.
Außerdem erhält jede Dame, welche mit einer Schneckenfrisur erscheint, ein Geschenk im Werte von 5 Mark.
Anfang 8 Uhr. — Entree 30 Pf.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Täglich:
Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.
Morgen, Donnerstag, den 9. Januar 1913:
Keine fleischnot! Keine fleischnot!
Braten eines ganzen Gchsen
Anschnitt 9 Uhr. Portion 80 Pf. Anschnitt 9 Uhr.
Anfang 7 Uhr. — Entree 30 Pf.
5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.

Union-Theater
Nur noch heute und morgen:
Asta Nielsen
als „Herr Klette“
in
Jugend u. Tollheit
Lustspiel in 3 Akten von Urban Gad.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Erste — Die Beste!
Theater Königstadt-Casino.
Ode Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Gannowstraße
Tgl. abds. 7 1/2, Sonn. 7 1/2 Uhr:
Einer Mutter Sohn.
Vollständ. in 1 Akt — und das groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Heute, den 8. Januar ex.:
Adam und Eva.
Komödie mit Gesang in 4 Akten von Jacobson und Ely.
Saffeneöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

Passage Theater
Lichtspiele
Unter den Linden 29/33.
Liebe u. Recht
Drama aus dem wilden Westen und das große Programm.

Casino-Theater
Lohbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse:
Am grünen Strand der Spree!

Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 110. K. Richter.
Heute Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sänge.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem Freitag.
— Vorzugsarten gelten. —
Morgen Donnerstag:
Großes Bockbier-Konzert.
Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

